

# STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg

ISSN 0949-7366 • [www.iugr.net](http://www.iugr.net)

Nr. 13 (2008)

Wie aus dem geplanten Lenin-grad-Abkommen die Ramsar-Konvention wurde ... •

Naturschutzmanagement auf wissenschaftlicher Grundlage – neue Ansätze in der DDR 1970-1989 •

Aus der Arbeit der Naturschutzbeauftragten im (Alt-) Kreis Forst (Lausitz) nach dem Zweiten Weltkrieg •

Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR •

Ein neues „ehrgeiziges“ Vorhaben des IUGR e.V. •

Neuzugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte



## Ein herzliches Dankeschön!

Wieder dürfen wir uns bei zahlreichen **Spendern und Spenderinnen** bedanken, die Herstellung und Versand des letzten Heftes unterstützten!

### Vielen Dank an die Damen und Herren:

Affani, Baier, Berger, Bethge, Bimboes, Blaschke, Boelsche, Braumann, Brinkmann, Brod, Buchholz, Czerny, Deglmann, Dinse, Erdmann, Eschke, Fischer, Fritze, Gemkow, Gorisch, Haenschke, Hamsch, Handtke, Heinicke, Heintze, Heise, Henker, Hiller, Hinz, Hobusch, Hofmann, Holzapfel, Hübler, Illig, Jessel, Kasten, Kintzel, Klostermann, Köhler, Kolbe, Kopp, Kosmale, Krummsdorf, Lehrkamp, Leps, Linser, Lösel, Matthes, Mewes, Möller, Mösch, Mohr, Natho, Nedon, Neubauer, Ortman, Pflanz, Pries, Reichhoff, Reimann, Roepke, Rogge, Rohner, Rudnick, Rupp, Ruthenberg, Ryssel, Scheufler, Schilling, Schmidt, Schoknecht, Schraetz, Schroedter, Schrom, Schulz, Simon, Simonis, Sohler, Spiess, Steinkopf, Strube, Thiele, Tjaden, Thormann, Voigt, Wächter, Wallaschek, Wallenta, Wegener, Weinrich, Witt, Wohlgemuth, Woll, Wosseng.

Impressum:

### Studienarchiv Umweltgeschichte

● Herausgeber: IUGR e.V. ● Redaktionsanschrift: IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 5693-255/-224 ● Redaktion: Hermann Behrens & Jens Hoffmann ● V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Peckatel 38, 17237 Klein Vielen ● Druck: Pegasus-Druck, Berlin ● Auflage: 800 ● Erscheinungsweise: Einmal im Jahr ● Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/ der jeweiligen Autor/in ● Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**Titelfoto:** „Die Zukunft der Wiese“, Linolschnitt von Peter Hofmann. Aus: 4 Jahre. Schatzgräber am Galenbecker See. Ohne Ort 1962. (Zeitung für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am „Jugendobjekt“ Friedländer Große Wiese)

### In eigener Sache:

Die Selbstkosten für das Heft „Studienarchiv Umweltgeschichte“ betragen für dieses Exemplar ca. 3 EURO einschließlich Porto.

**Spenden zur Unterstützung von Herstellung und Versand sowie zur Arbeit des Studienarchivs Umweltgeschichte sind herzlich willkommen!**

Bitte einzahlen unter dem Stichwort „Studienarchiv“ auf **Konto Nr. 285 126 40, Bankleitzahl 200 300 00 bei der HypoVereinsbank Neubrandenburg**. Das IUGR e.V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

## Wie aus dem geplanten Leningrad-Übereinkommen die Ramsar-Konvention wurde ...

– Aus einem Vortrag auf der IV. Winterakademie zur Geschichte des Naturschutzes (redigierte und autorisierte Tonband-Abschrift)

Eugeniusz Nowak<sup>1</sup>

Wenn man über die Entspannung zwischen Ost und West im Naturschutz sprechen will und die Zeit von 1970 bis 1980 bzw. 1981 im Blick hat, muss man ein paar Jahre früher ansetzen. Denn die „Naturschutz-Entspannung“ fing bereits Mitte der 1960er Jahre an. Es gab damals eine Öffnung der Sowjetunion für eine Zusammenarbeit mit dem Westen, auch auf dem Gebiete des Naturschutzes; gewiss wurde sie von höherer Stelle angeordnet oder erlaubt. Zwei Personen nahmen ihre Umsetzung in die Hand: ein Wissenschaftler und ein Bürokrat. Der Wissenschaftler war Professor Jurij Isakow aus Moskau und der Bürokrat (dieses Wort verwende ich hier ohne negativen Beigeschmack) ein guter Mensch namens Boris Bogdanow, Direktor der Abteilung Jagdwesen und Naturschutz im Ministerium für Landwirtschaft der Sowjetunion. Die beiden verstanden sich gut und vertrauten einander. Das war wichtig, denn Isakow war politisch gewissermaßen angeschlagen (als Jugendlicher verbrachte er, aus politischen Gründen, vier Jahre in einem Straflager und so etwas wurde in der Sowjetunion niemals vergessen). Aber Bogdanow war ein „politisch starker Mensch“ und wünschte sich, die internationale Naturschutzarbeit gerade mit Isakow zu betreiben.

Das Duo reiste zu Fachtagungen ins Ausland, z.B. in die DDR (wo ich Isakow näher kennen gelernt habe), aber auch in den Westen. Im Mai 1966 nahmen beide an einer großen Konferenz über den Schutz der Wasservögel und Feuchtgebiete im holländischen Noordwijk (wo ich für Bogdanow und Isakow Dolmetscherdienste leistete<sup>2</sup>) teil. Der internationale, europäische Naturschutz dieser Jahre bemühte sich stark um die Erhaltung von Feuchtgebieten. In Tour du Valat (Camargue) in Südfrankreich wirkte eine private Biologische Station, die sich seit Anfang der 1960er Jahre mit dieser Problematik befasste; eine „NGO“ – das International Waterfowl Research Bureau (IWRB) – hatte hier ihren Sitz. Der schweizerische Begründer der Station und Direktor des IWRB, Dr. Lucas Hofmann, nahm Kontakt zu den beiden sowjetischen Naturschützern auf, da gerade in der Sowjetunion ökologisch wertvolle, große Feuchtgebiete noch immer in großem Stil trockengelegt wurden. Mir wurde vorgeschlagen, eine kleine Konferenz mit Beteiligung fachkundiger Wissenschaftler aus Ost und West in Polen zu veranstalten. Sie fand am 16. bis 19. September 1966 in Jabłonna bei Warschau statt. Isakow kam persönlich, mit ihm drei weitere prominente sowjetische Wissenschaftler. Auch Dr. Hofmann, Prof. G.V.T. Matthews aus England (der spätere Direktor des IWRB), Prof. Josef Szijj und Dr. Gisela Eber aus Westdeutschland, Prof. Erich Rutschke aus der DDR waren dabei; insgesamt kamen 25 Personen aus 11 Ländern. In Jabłonna traf sich, würde ich sagen, die Elite der Wasservogel- und Feuchtgebietsforscher. Es war eine sehr fruchtbare Tagung, kurz danach erschien ein kleiner Tagungsband.

---

<sup>1</sup> Die Redaktion dankt der Stiftung Naturschutzgeschichte für die Bereitstellung des Vortrags-Transkripts.

<sup>2</sup> Dr. E. Nowak, Biologe/Ökologe, war bis 1974 wissenschaftlich in Polen tätig und unterhielt zahlreiche internationale Kontakte (Anm. d. Red.).

Die Beziehungen zwischen Dr. Hofmann, Bogdanow und Isakow wurden enger, die Zusammenkünfte häufiger. Jetzt wurde darüber diskutiert, dass eine internationale Konvention zum Schutze von Feuchtgebieten abgeschlossen werden müsste. Zu der Wahl des Ortes, an dem eine diesbezügliche Konferenz stattfinden könnte, hat gewiss auch die Ehefrau von Dr. Hofmann beigetragen: Sie entstammte einer russischen Hochadelfamilie aus der Katharinischen Zeit (Rasumowskije) und obwohl bereits in der Emigration geboren, war sie doch russische Patriotin; so wurde einvernehmlich beschlossen, dass die Konferenz zur Verabschiedung des Textes der neuen Naturschutzkonvention Ende September 1968 in Leningrad stattfinden solle.

Die Leningrad-Konferenz wurde zwei Jahre lang vorbereitet. Alle Vorträge, alle Papiere wurden in drei Sprachen übersetzt (Hofmanns Biologische Station hat dies zumeist finanziert). Die offizielle Schirmherrschaft hatte die niederländische Regierung und für diese das niederländische Außenministerium übernommen. Aber vier Wochen vor Beginn der Konferenz, am 21. August 1968, marschierten Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein. Politische Spannung von größtem Kaliber erfasste Europa. Die Holländer zogen natürlich sofort ihre Beteiligung zurück. Der offizielle Regierungskonferenz-Status war verloren, die Veranstaltung sollte verschoben werden. Dr. Hofmann (und seine Frau) waren verzweifelt; Herr Bogdanow, der sich gerade in der Schweiz aufhielt, erlitt einen Herzinfarkt. Aber die Sowjets beschlossen, die Tagung „trotz allem“ durchzuführen. Es war klar, dass der Konventionstext nicht mehr verabschiedet werden konnte, dafür sollte aber das wissenschaftliche Programm „durchgezogen“ werden. Die Sowjets hofften, dass genügend Teilnehmer kämen und die Konferenz stattfinden würde, „als wäre nichts passiert“. Sie fand tatsächlich statt, ich war dabei. Die sowjetischen Organisatoren haben zusätzliches Geld „reingepumpt“, um die programmlos gewordene Zeit mit einer interessanten Exkursion zu füllen.

Trotz des Scheiterns haben beide Seiten den Willen zu weiterer Kooperation nicht aufgegeben, man zeigte sich versöhnlich. Englische Kollegen redigierten den Tagungsband, in dem über das eigentliche Platzen der Konferenz kein Wort steht. Es gibt sogar ein Verzeichnis der angemeldeten Tagungsteilnehmer, ohne Anmerkung, wer nicht gekommen war. Das IWRB wurde aus Frankreich in das englische Slimbridge verlegt, Dr. Hofmann gab die Leitung an Prof. Matthews ab, der es erfolgreich weiterführte. Dank seiner guten Kontakte zum Iran, ehemals Persien und englische Kolonie, gelang es ihm, 1971 eine neue Konferenz zur Verabschiedung des Konventionstextes in einer kleinen iranischen Stadt, in Ramsar, zu veranstalten. Wie versöhnlich die Sowjets damals waren, ist daran ersichtlich, dass Isakow ebenfalls an diesen Beratungen teilgenommen hat; auch er hat also dazu beigetragen, dass die Ramsar-Konvention im Iran offiziell verabschiedet wurde. Die Delegation der Bundesrepublik hat es geschafft, sowjetischem Protest zum Trotz, dem Konventionstext die sog. „Wiener Klausel“ beizufügen (diese versperrt den Beitritt von Staaten, die keine Mitglieder der UNO bzw. deren Teilorganisationen sind, damals u.a. der DDR).

Eine kleine Episode soll diesen Bericht noch ergänzen. Es wurde hier [während der Tagung auf Vilm] einige Male über die Stasi bzw. Geheimdienste gesprochen. Ich war ein Jahr im IWRB in Slimbridge tätig (1973/74) und habe dort von englischen Kollegen vertraulich erfahren, dass ein „befreundeter Geheimdienst“, tätig im Iran, damals der Konferenzleitung geholfen hat, die Verhandlungen um den Konventionstext erfolgreich abzuschließen: Eine Depesche aus Moskau, mit Anweisungen an die sowjetische Verhandlungsdelegation, wurde dechiffriert und „zufällig“

der Leitung der Konferenz zugespielt. So wusste man, welche Probleme es sich lohnt noch zu diskutieren und welche nicht, um die Zustimmung der Sowjets zu erlangen ...

Da wir bei der hohen Politik sind: Zu der kleinen Konferenz in Polen 1966 wurde auch Prof. Josef Szijj aus der Bundesrepublik eingeladen. Er hatte zwar einen westdeutschen Pass, stammte jedoch aus Ungarn, in der Bundesrepublik erhielt er politisches Asyl. Kurz vor Beginn der Tagung dachte ich plötzlich: „Joska hat mir doch erzählt, wie er 1956, mit der Waffe in der Hand, gegen die sowjetische Erstickung der Revolution in Budapest gekämpft hat. Was mache ich, wenn er in Polen verhaftet und nach Budapest ausgeliefert wird?“ Diese Ängste verursachten, dass ich in das Warschauer Innenministerium ging und dort den hohen Beamten suchte, der die Einreisevisa für die westlichen Teilnehmer genehmigt hatte (die Warschauer Universität, wo ich damals tätig war, musste einen solchen Antrag, mit Begründungen, stellen). Es war ein intelligenter, netter, „normaler“ Mensch, ich habe ihm ganz offen mein Problem geschildert, und gefragt, ob ich Prof. Szijj raten soll, die Reise nicht anzutreten. Mein Gesprächspartner verneinte dies und versicherte, dass es in Polen niemals zu Verhaftungen und Auslieferung mutmaßlicher Teilnehmer der ungarischen Revolution gekommen war. Ich vertraute diesem „polnischen Stasi-Mann“. Szijj weilte in Polen und reiste auch „normal“ aus. Oft denke ich an die Worte des Ex-Kanzlers Schmidt (etwa): „Wenn ein Gespräch mit dem Teufel Gutes bewirken könnte, würde ich mit ihm sprechen ...“

Nach der Invasion der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, an der auch die polnische Armee teilgenommen hatte, gab es Probleme mit unseren dortigen Kollegen, zu denen wir fachliche oder auch private Kontakte unterhielten: Sie schickten uns Sonderdrucke unserer Publikationen (die wir seinerzeit, mit Widmung versehen, an sie verschenkt hatten) zurück; es war sehr peinlich, insbesondere deshalb, weil in meiner Umgebung kaum jemand die Invasion befürwortet hatte (auch die absolute Mehrheit der Bevölkerung nicht). Zusammen mit einigen Kollegen aus Warschau beschlossen wir, dass ich Dr. Karel Hudec, unseren Kollegen aus einem Institut in Brünn, zu einem persönlichen Treffen in der Hohen Tatra einladen und dort die Dinge mit ihm offen bereden sollte. Es war eine gute Begegnung, ich habe mich, auch im Namen meiner Kollegen, entschuldigt, wir haben uns wieder verbrüdered. Dies ist jedoch nicht das Wichtigste. Ich will hier noch erzählen, wer diese meine Reise finanziert hat (die Universitätsgehälter waren sehr knapp, man war gezwungen sparsam zu sein). Da ich mich auch mit Naturschutzproblematik befasste, hatte ich Kontakte zum stellvertretenden Minister für Forstwirtschaft in Warschau, der für den Naturschutz in Polen zuständig war. Er hieß Władysław Bieńkowski, war ein alter polnischer Kommunist, noch aus der Vorkriegszeit. 1956, als Gomułka in Polen an die Macht gelangte, wurde er u. a. sein Redenschreiber, einige Zeit später veröffentlichte er jedoch in Paris ein Buch über Unsinnigkeiten der sozialistischen Wirtschaft im Lande ... Aus seinen politischen Funktionen wurde er nun gefeuert und auf den Posten eines „Naturschutzministers“ abgeschoben. Ich berichtete ihm über meine geplante „Versöhnungsreise“ und er hat mir sofort angeboten, dieses Unternehmen zu finanzieren. Die Kasse des Forstministeriums in Warschau hat mir nach meiner Rückkehr die Reisekosten erstattet ...

In der zeitlichen Chronologie der Entspannung ist nun die Regierungszeit Brandt in Westdeutschland zu nennen; 1970 passierte jedoch auch im Osten Wichtiges: Die Parteisekretäre Honecker und Gierek öffneten die Grenze zwischen Polen und der DDR; Unglaubliches war passiert: Ohne jegliche Formalitäten konnte man hin und her reisen. Naturschützer und insbesondere Ornithologen beider Seiten haben in dieser Zeit viele, auch persönliche Kontakte und

Bekanntschaften geschlossen. Getrennte Familien aus den beiden deutschen Staaten trafen sich, meistens in Pommern oder Masuren. Es gab aber auch Negatives: Polnische Händler, auch Zigarettenschmuggler, grassierten massenhaft in Ostberlin und in vielen grenznahen Ortschaften; für das mühevoll verdiente Geld kauften sie die meisten Dorfläden leer, was Feindschaften erzeugte. Dutzende, oft verletzte Polenwitze waren die Quittung. Das Treiben beendete ungewollt die „Solidarność“-Bewegung in Polen: Die DDR-Machthaber schlossen die Grenze. Nicht nur die lokale deutsch-polnische, auch die gesamte Ost-West-Naturschutzentspannung erlebte eine erneute Unterbrechung.

Zurück jedoch zu der Ramsar-Konvention, der die DDR im Jahre 1978 beigetreten war (die DDR war inzwischen in die UNO und ihre Teilorganisationen aufgenommen worden). Die westeuropäischen Staaten traten ihr bereits kurz nach der Verabschiedung bei, da sie eigentlich ein „westliches Produkt“ war, der „Leningrader Beitrag“ war ja erloschen. Die Geschichte des DDR-Beitritts habe ich persönlich erlebt, sie ist aus politischer Sicht höchst spannend, ich will sie hier kurz wiedergeben.

Zu Abschluss meiner Arbeit im Internationalen Büro für Wasservogelforschung in Slimbridge, Anfang 1974, beauftragte mich Prof. Matthews, eine Reise in alle Hauptstädte des kommunistischen Blocks durchzuführen, um dort für den Beitritt zur Ramsar-Konvention zu werben. Die Reise dauerte gut einen Monat, auch Belgrad habe ich besucht, zunächst gelang es mir jedoch nicht, nach Tirana zu fliegen (dort weilte ich einige Monate später). Ich schätze, dass zumindest Rumänien und Bulgarien durch meinen Besuch der Konvention beigetreten sind. Aber die spannendsten Aufenthalte waren die in Moskau und in Ost-Berlin.

In Moskau ging ich in das Büro von Bogdanow, wir tranken Tee und ich fragte ihn, wie es um den Beitritt der UdSSR stehe. Er antwortete, dass alles auf dem besten Wege sei, nach einem längeren administrativen „Hin und Her“ gebe es endlich einen Beschluss, der Konvention beizutreten. Der sowjetische Botschafter in Paris habe den Auftrag erhalten, den Text im Sitz der UNESCO zu unterzeichnen, die Signierung verzögere sich jedoch wegen seiner Krankheit; es gebe aber eine Meldung, wonach er in der kommenden Woche im Dienst erscheinen und als erstes die Konvention unterzeichnen werde. Mein Moskauer Auftrag war also erledigt. Nun flog ich nach Warschau (hier verlief alles friedlich) und danach nach Ost-Berlin. Das war die schwierigste Visite. Ich wurde bereits vorher, durch Korrespondenz, für den 8. Februar um 8 Uhr morgens im Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft, Berlin-Karlshorst, zu einem Gespräch mit Generalforstmeister Horst Heidrich eingeladen. Er empfing mich in Gesellschaft dreier Mitarbeiter. Während der längeren Begrüßungsrede merkte ich, dass ich es mit einem linientreuen Funktionär zu tun hatte: Er sprach über den nun verschärften Klassenkampf, über die Stockholmer UNO-Umweltschutzkonferenz 1972, von der die DDR ausgesperrt wurde, über das „illegal“ in Westberlin etablierte Umweltbundesamt, sogar über das kapitalistische England, wo ich tätig war, über das von Kapitalisten geleitete IWRB ... Ich kannte solche Leute, habe auch geduldig zugehört und als ich dann reden durfte, auch das meiste bestätigt: „Ja, sie haben Recht; aber dieser Matthews aus dem kapitalistischen England, den ich ja persönlich kenne und schätze, der will ja mit uns zusammenarbeiten. Das sollten wir doch nutzen, um ihn ein bisschen umzustimmen.“ Dem stimmte mein Gesprächspartner zu; erst allmählich kamen wir zur Sache. Ich lobte die fachlich gute Arbeit von Leuten wie Prof. Rutschke oder Dr. Siefke (es zeigte sich dabei, dass Herr Heidrich über den Stand der praktischen und wissenschaftlichen Naturschutzarbeit in der DDR sehr gut im Bilde war). Auf meine Frage nach dem DDR-Beitritt

kam ein bedingtes „ja“ (sinngemäß): „Wir werden den Text noch analysieren, wichtig ist aber, eine Abstimmung mit allen sozialistischen Staaten abzuwarten; falls diese den Beitritt befürworten, treten auch wir bei.“ An dieser Stelle kam wieder Politisches zur Sprache: Herr Heidrich fand die „Wiener Klausel“, die der Text der Konvention enthielt, beleidigend und diskriminierend (es war ja kein Problem mehr, da sie bereits keine Beitrittssperre für die DDR darstellte, die Empörung über dieses „Produkt der Hallstein-Doktrin“ war jedoch noch immer da; eines war aber wirklich eigenartig: Rutschke traf ja 1966 in Jablonna westdeutsche Fachkollegen und diskutierte mit ihnen schöpferisch die Problematik der Konvention, 1971 hat jedoch die westdeutsche Delegation in Ramsar gezielt versucht, u. a. ihn daran zu hindern, an der Kooperation im Rahmen dieses Vertragswerkes mitzuwirken). Diese politische Degression half mir, meine Antwort auf Heidrichs Mitteilung zu formulieren (etwa): „Ich war ja erst vor vier Tagen in Moskau und Herr Bogdanow hat mir verbindlich gesagt, dass die Sowjetunion den Beitrittsbeschluss bereits gefasst habe und die Unterzeichnung der Konvention in Kürze erfolgen werde.“ Jetzt wurde das Gespräch unterbrochen, Herr Heidrich musste uns für einige Zeit verlassen. Die Kaffeepause durfte ich mit seinen drei Begleitern verbringen (einer von ihnen war wahrscheinlich Herr Richter, Parteisekretär und Chef der Staatsjagd). Als wir wieder zu Herrn Generalforstmeister gebeten wurden, teilte dieser mit: „Ja, also die Sowjetunion hat beschlossen, beizutreten; ich kann ihnen mitteilen, dass die Deutsche Demokratische Republik der Konvention auch beitreten wird.“ Es dauerte zwar noch ein paar Jahre, bis alle Formalitäten erledigt wurden, die DDR wurde jedoch ein wertvolles, sehr aktives Mitglied der Ramsar-Konvention. Insbesondere ist die Arbeit Professor Rutschkes lobenswert. Er hoffte für seine wissenschaftliche und praktische Naturschutzarbeit auf mehr Unterstützung und diese Hoffnungen haben sich erfüllt: Seine schon früher gegründete Zentrale für Wasservogelforschung der DDR wurde nun seitens des Staatlichen Forstkomitees großzügiger finanziert.

Mitte 1974 bin ich aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland, nach Bonn, emigriert. Zwar habe ich, auch während dieser Tagung hier auf Vilm, einige kritische Anmerkungen zu dieser freiheitlichen Republik geäußert, muss jedoch sagen, dass sich die westdeutsche Demokratie auch als „Werkzeug der Entspannung“ bewährt hat. Ich will Sie daran erinnern, dass wir uns in den 1970er Jahren noch mitten im „Kalten Krieg“ befanden. Ich, ein Pole mit „kommunistischem Pass“, fand damals den Weg in ein Naturschutz-Institut des westdeutschen öffentlichen Dienstes, in eine nachgeordnete Dienststelle eines Bundesministeriums! (1975 erhielt ich eine Anstellung in der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, BFANL, in Bonn-Bad Godesberg). Natürlich habe ich das einigen Personen, deren Denkweise die Entspannungspolitik der damaligen Zeit geprägt hatte, zu verdanken. Die wichtigste von ihnen war Professor Wolfgang Erz, Leiter des Institutes für Naturschutz und Tierökologie der BFANL, in dem ich viele Jahre tätig war. Die Tatsache, dass wir später in Konflikt gerieten und harte Auseinandersetzungen miteinander führten, ist ebenfalls ein Beleg dafür, dass die Ost-West-Entspannung, zumindest in einigen Bereichen des Naturschutzes, so weit gefestigt war, dass auch ein Streit sie nicht mehr beschädigen konnte!

#### **Nützliche Literaturhinweise:**

Matthews, G.V.T. (1993): Feuchtgebiete. Schutz und Erhaltung im Rahmen der Ramsar-Konvention. - Wien (die englische Originalausgabe ist ebenfalls 1993, in Gland / Schweiz, erschienen).

Nowak, E. (2005): Wissenschaftler in turbulenten Zeiten. Erinnerungen an Ornithologen, Naturschützer und andere Naturkundler. - Schwerin.

## Fruchtbarer Streit um Aufsatz im Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 12 ...

Hermann Behrens

Der Aufsatz von Gerhard Klafs: „Bemerkungen zum Kapitel Naturschutz in der DDR im Buch „Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906 – 2006“ (Bundesamt für Naturschutz Bonn-Bad Godesberg, Hg. 2006, bearbeitet von H.-W. Frohn und F. Schmoll) im letzten Heft, in dem er sich kritisch mit der in diesem Buch enthaltenen Darstellung



lung der Entwicklung des Naturschutzes in der DDR durch die Historiker Andreas Dix und die Historikerin Rita Gudermann auseinander setzte, fand auf der V. Winterakademie zur Geschichte des Naturschutzes, die im März dieses Jahres in der Internationalen Naturschutzakademie auf der Insel Vilm stattfand, ein lebhaftes Echo. R. Gudermann legte den Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmern eine von A. Dix mitverfasste vorläufige Antwort auf den Beitrag von Klafs vor. Beide Beiträge wurden intensiv diskutiert, wobei einerseits der kritische Gehalt von Klafs Aufsatz unterstützt und bemängelt wurde, dass für die Darstellung der DDR-Naturschutzgeschichte keine ostdeutschen Autoren oder Zeitzeugen hinzugezogen wurden. Andererseits wurde kritisiert, dass Klafs sich zu wenig mit den Schattenseiten des DDR-Naturschutzes, z.B. der begrenzten Wirksamkeit, beschäftigt hätte. Im Ergebnis wurde ein Treffen zwischen den Autoren und G. Klafs, der an der Tagung nicht teilnahm, unter Moderation von Dr. Lebrecht Jeschke angeregt, das der Klärung der strittigen Fragen dienen sollte. Die Redaktion von „Studienarchiv Umweltgeschichte“ bot R. Gudermann an, eine ggf. nach dem Treffen erarbeitete Antwort auf den Beitrag von Klafs im nächsten Heft abzurufen. Auch G. Klafs soll dann noch einmal bei Bedarf Raum für eine abschließende Stellungnahme erhalten. Da das Treffen erst Ende September 2008, also nach Redaktionsschluss, stattfand, werden beide Beiträge für das nächste Heft 14 (2009) vorgesehen.



Einige Teilnehmer der Tagung: Fotos von oben links nach unten links: Dr. Groß, Prof. Krummsdorf und Dr. Nowak, G. Hoffmann, H. Makowski. Oben rechts Dr. Reichhoff, darunter: Dr. Knapp, Dr. Jeschke, unten rechts: Prof. Pflug, T. Neiss, Dr. Burhenne. Fotos: H. Behrens (4), J. Rosebrock (2)

**... wird fortgesetzt**

Einige Teilnehmer der Tagung: Fotos von oben links nach unten links: Dr. Groß, Prof. Krummsdorf und Dr. Nowak, G. Hoffmann, H. Makowski. Oben rechts Dr. Reichhoff, darunter: Dr. Knapp, Dr. Jeschke, unten rechts: Prof. Pflug, T. Neiss, Dr. Burhenne. Fotos: H. Behrens (4), J. Rosebrock (2)

## **Naturschutzmanagement auf wissenschaftlicher Grundlage – neue Ansätze in der DDR in den Jahren 1970 bis 1989**

Uwe Wegener

### **1. Die Situation des Naturschutzes in den 1970er Jahren**

Das Landeskulturgesetz der DDR von 1970 setzte neue Schwerpunkte, integrierte zwar den Naturschutz, schaffte aber doch eine neue Situation. Es führte zu einer Aufbruchstimmung im Hinblick auf die vielen ungelösten Fragen des Umweltschutzes, es führte jedoch auch zu Ängsten im System der KNB, dass möglicherweise bald hauptamtliche Kräfte auch den Naturschutz übernehmen würden und die KNB entbehrlich wären.

Diese Entwicklung trat nicht ein, es kam im Naturschutz der DDR weder personell noch finanziell zu wesentlichen Änderungen – ein Nachteil!? Von dieser Zeit an gingen die Entwicklungen des Naturschutzes in der DDR und in der BRD weit auseinander. Hinzu kamen wesentliche Änderungen der Landnutzung hinsichtlich einer umfangreichen Intensivierung. Ältere Landnutzer, Kleinbauern, Pächter, Schafhalter zogen sich aus der Fläche zurück.

Nutzung und Schutz als Einheit waren zumindest in der landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr aufrecht zu halten. Als Ergebnis einer mehr als 10 Jahre andauernden Entwicklung verschlechterte sich der Zustand der Halbkulturformationen, die mehr als 50 % des Naturschutzes der DDR ausmachten.

Auch im forstlichen Naturschutz funktionierte die Kielwassertheorie, nachdem alle Naturschutzleistungen im Zuge der Holznutzung sich automatisch einstellen, längst nicht mehr.

### **2. Forschung in den Halbkulturformationen**

Das Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) und zahlreiche wissenschaftliche Institute der Universitäten betrachteten diese Entwicklung mit Sorge und intensivierten seit Anfang der 1970er Jahre die Forschung auf diesem Gebiet.

Auftraggeber dieser Forschung war das ILN in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, koordiniert wurden die Einzelbeiträge von Prof. Dr. R. Schubert in der Hauptforschungsrichtung Ökologie (HFR 13). Angeschlossene Universitätsinstitute, überwiegend die Institute für Geobotanik, arbeiteten zu diesem Thema in Halle, Jena, Greifswald, Rostock und Dresden.

Als Ergebnis wurde ein dramatischer Verlust an Lebensraumqualität durch mangelnde Pflege, aber auch Artenverluste und z. T. Flächenverluste infolge Umwandlung der Halbkulturformationen in Ackerflächen, Intensivgrünland oder natürliche Sukzession festgestellt. Die Forschungen führten auch zu ersten Pflegeempfehlungen für die Praxis, die als „Prinzipien für die Pflege ausgewählter Typen von Naturschutzgebieten“ herausgegeben wurden (WEINITSCHKE 1976). Die Broschüre fand eine weite Verbreitung, änderte aber nicht grundsätzlich etwas an diesem Dilemma.

Zwei Jahre später erschien ein vielbeachteter Artikel von REICHHOFF und BÖHNERT (1978), der nicht nur das Wissen auf diesem Gebiet zusammenfasste, sondern neue Ansätze für Halbkulturformationen brachte. Er ging von folgenden Überlegungen aus:

- es geht darum, die Struktur eines Lebensraumes zu erhalten, dazu muss der Pfleger nicht unbedingt jährlich eingreifen;
- es gibt alternative Möglichkeiten der Pflege, mit denen sich wirkungsvoll die gewünschte Struktur wiederherstellen lässt, sodass ein weiterer Einsatz 3 bis 10 Jahre ausgesetzt werden kann.
- Aus diesen Überlegungen entstanden Pflegerotationen, die mit mosaikartigen Eingriffen sowohl die Struktur als auch den Artenbestand sichern sollten (vgl. BÖHNERT und HEMPEL 1987; WEGENER 1980).

Das war aber nur der Anfang, die Übertragung in die Praxis erfolgte durch weitere Publikationen, pflanzengesellschaftsspezifische, detaillierte Pflegerotationen, Vorträge, probeweises Arbeiten, Flämmen, Maschineneinsatz meist auf ehrenamtlicher Basis im Laufe der folgenden 15 Jahre.

### **3. Weitere Umsetzung des Naturschutzmanagements**

HENTSCHEL und WEGENER (1975) erarbeiteten im ILN im Zusammenwirken mit den Regionalzweigstellen Jena, Potsdam und Dresden ein Konzept zur Einrichtung von Landschaftspflegehöfen, die unter anderem auch die Pflegerotationen umsetzen sollten. Es war an eine enge Zusammenarbeit mit der Forstwirtschaft gedacht, um das Arbeitskräftepotential als auch die Maschinen mit nutzen zu können. Bei den Räten der Bezirke und im Ministerium fanden diese Planungen zunächst kein Echo.

Die schwierige Situation war bei den Bezirksnaturschutzverwaltungen aber durchaus bekannt, und es lag ein Interesse vor Änderungen herbeizuführen. Zu einer einheitlichen vom Ministerium abgesehenen Regelung kam es jedoch nicht. Die interessierten Bezirksmitarbeiter gingen eigene Wege, die vom Ministerium geduldet, zum Teil auch gefördert wurden.

Das waren im Wesentlichen drei Möglichkeiten:

- Die Einrichtung von Naturschutzstationen in den Bezirken Neubrandenburg und Potsdam. So entstanden im Bezirk Neubrandenburg durch das Wirken von Heinz Ruthenberg (BNV) zunächst drei, später noch weitere 5 Stationen. Im Bezirk Potsdam waren es durch die aktive Unterstützung von Hubertus Meckelmann (BNV) in den siebziger Jahren 4 Stationen, während der 1980er Jahre weitere 3 Naturschutzstationen. Die Stationen wurden dem Bezirk direkt unterstellt und verfügten über 20 fest angestellte Mitarbeiter (MECKELMANN 2008).
- Die Einsetzung von Naturschutzwarten – meist den staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben zugeordnet – in den Bezirken Magdeburg, Suhl, später Schwerin und Rostock, war eine weitere Möglichkeit zur nachhaltigen Förderung des Naturschutzes.
- Die Heranziehung des Landeskulturbeauftragten der Forstbetriebe und die Einsetzung zusätzlicher Beauftragter für Naturschutzleistungen, was sich aber nur dann als sinnvoll erwies, wenn der entsprechende Mitarbeiter selbst ein Interesse am Naturschutz hatte und sich den notwendigen Freiraum im Forstbetrieb verschaffen konnte. Diesen Weg ging der Bezirk Dresden unter anderem in seinen Landschaftsschutzgebieten von zentraler Bedeutung.
- Mitte der 1970er Jahre baute die Pädagogische Hochschule Potsdam eine eigene wissenschaftliche Station an der Unteren Havel unter Leitung von Prof. Dr. Erich Rutschke auf, die

insofern in diesem Rahmen Erwähnung finden muss, weil hier wichtige Vorarbeiten für den „Katalog der Feuchtgebiete der DDR“ geleistet wurden. Darüber hinaus fanden etwa 400 – 500 ehrenamtliche Mitarbeiter in der Zentrale für Wasservogelforschung eine Heimstatt. In dieser Zentrale spielte die Station eine wichtige Rolle. In Potsdam und in der Station wurden bis 1978 ganz wesentliche Grundlagen für den Beitritt der DDR zur Ramsar-Konvention geschaffen. Es war das erste internationale Naturschutzabkommen, dem die DDR beitrug (RUTSCHKE 1998).

Alle Naturschutzstationen und Naturschutzwarten arbeiteten eng mit den KNB zusammen, das betraf sowohl Wochenendtagungen, Pflegeeinsätze und die Qualifizierung der Naturschutzhelfer (GROßER 2008).

#### **4. Weitere Möglichkeiten der Umsetzung des Naturschutzmanagements**

Neue Formen des Naturschutzmanagements wurden jedoch nicht nur in Halbkulturformationen, wie Trockenrasen, Heiden und Wiesen durchgesetzt, sondern fanden auch Eingang in anderen Lebensräumen z. B.:

- Bergbaufolgelandschaften mit Hilfe des ILN und der Bergbaubetriebe;
- bei der Teich- und Seenentschlammung;
- bei der Revitalisierung von kleinen Fließgewässern;
- beim speziellen Naturschutz im Wald, z. B. bei der Wiederbelebung historischer Bewirtschaftungsformen. Hier bedurfte es lediglich der Überzeugungsarbeit im Forstbetrieb, dann wurden diese Leistungen mit Hilfe eigener Kräfte bewerkstelligt.

#### **5. Neue Ansätze für den Artenschutz und die Erhaltung der Biodiversität**

Seit dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) auf der Weltnaturschutzkonferenz in Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde weltweit über die Bedeutung der Erhaltung der Biodiversität diskutiert. Eine Folgekonferenz fand in diesem Jahr in Deutschland statt.

In der DDR gingen die Anfänge dieser Denkrichtung im Naturschutz bereits auf die frühen 1980er Jahre zurück. Auch im ILN war man nicht bei der Erstellung der Roten Listen stehen geblieben, ein „Rotbuch der DDR“ war inzwischen in Arbeit. Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Ressourcenfunktion des Naturschutzes ein. Einer der führenden Mitarbeiter des ILN auf diesem Gebiet war Siegfried Schlosser, der mit seiner Schrift „Genressourcen für Forschung und Nutzung“ im Jahre 1982 eine fruchtbare Diskussion in Naturschutzkreisen auslöste. Es gelang ihm mit dieser und nachfolgenden Schriften auch Genetiker, Landwirte, Forstwirte, Biologen und Naturschützer in diese Arbeit einzubeziehen.

Zur wissenschaftlichen Fundierung dieser Artenschutzdiskussion trug auch der Beitrag von REICHHOFF und BÖHNERT (1987) bei, der noch einmal deutlich machte, dass die genetische Mannigfaltigkeit, die Arten- und Formenvielfalt dieser Erde eine lebenswichtige und entwicklungsaktive Ressource darstellt und der Naturschutz die Aufgabe hat, diesbezügliche Verluste zu verhindern. Von den Verfassern wurde die Vermeidung von Artenverlusten als eine strategische Aufgabe des Naturschutzes gesehen. In großer Offenheit wurde im ILN um diese Position gerungen (vgl. WEINITSCHE 1987), wobei die Zustimmung der Regionalzweigstellen recht eindeu-

tig war. Diese Diskussion motivierte auch die Kreisnaturschutzbeauftragten, noch stärker aber die hauptamtlichen Mitarbeiter der Naturschutzstationen und die Naturschutzwarte, war doch als Folge dieser Debatte ein deutlicher Zugang an Kräften im Naturschutz zu erwarten.

Von BÖHNERT und REICHHOFF (1984) wurden bereits vorab wichtige Schlussfolgerungen für den praktischen Naturschutz gezogen, die eingebettet in politische Forderungen und wohlverbunden mit den Aussagen der sozialistischen Klassiker waren, so dass sie auch in den viel gelesenen regionalen Naturschutzzeitschriften gedruckt werden konnten.

Die wenigen Großschutzgebiete der DDR erfuhren durch diese neue Richtung im Naturschutz eine zusätzliche Aufwertung (SCHLOSSER 1987). Möglicherweise sollte die breite Aussprache über die bestehenden und zukünftigen Biosphärenreservate jedoch auch von einer Nationalparkdiskussion ablenken (JESCHKE 2008).

## **6. Bewertung der Naturschutzstationen und -warte für die Durchsetzung von Naturschutzaufgaben im Jahrzehnt von 1970 bis 1980**

Die Naturschutzstationen bewährten sich bei der Bewältigung der Vielfalt von Aufgaben. Zumeist stand eine Aufgabe deutlich im Vordergrund, z. B. die Trappenaufzucht, die Gebietsbetreuung, die Besucherlenkung. Die Pflegeaufgaben ließen sich jedoch zumeist gut mit einordnen. Diese Funktionsbindung bewährte sich besonders im Bezirk Potsdam.

Mit der 1. DVO vom 18.05.1989 wurden die Stationen auch offiziell sanktioniert und gingen in die Naturschutzgesetzgebung der DDR ein. Für die Naturschutzwarte war dieses erste Jahrzehnt von 1970 – 1980 eher ein „Probelauf“. Der Einsatz erfolgte aus unterschiedlichen Gründen, nicht immer effizient genug, meist erfüllten sie einzelne Spezialaufträge. Es gelang ihnen häufig nicht, sich innerhalb des Forstbetriebes ausreichende Selbständigkeit zu verschaffen und Kollegen des Forstbereiches mit in die Erfüllung von Naturschutzarbeiten einzubinden.

Für den Forstbetrieb Wernigerode ließ sich jedoch einschätzen, dass hier nach einer Anlaufzeit sowohl vom Naturschutzwart als auch vom Betrieb die neuen Chancen der Naturschutzpflege, ihre Einbindung in den Betriebsablauf, die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Kräften und die Außendarstellung dieser Leistungen erkannt und verwirklicht wurden. Das erfolgte jedoch bereits in den 1980er Jahren (WEGENER 1998).

Mit der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR geriet auch der Naturschutz stärker ins zentrale Blickfeld und erleichterte den Einsatz dieser zusätzlichen Möglichkeiten im wissenschaftlichen Bereich und bei der Durchsetzung des Naturschutzmanagements vor Ort.

Die Professionalisierung des Naturschutzes in der BRD, aber auch in der UdSSR, wurde in Fachkreisen der DDR mit Hilfe der vorhandenen Zeitschriften und durch direkte Begegnungen mit den sowjetischen Kollegen aufmerksam verfolgt. So war uns durchaus klar, dass die Entwicklung des Naturschutzes der siebziger Jahre in beiden deutschen Staaten deutlich auseinander ging.

In der BRD hielten in den Naturschutzverwaltungen der Ministerien, Regierungspräsidien und Landkreise Biologen, Landschaftsplaner, Geographen und diplomierte Forstwirte Einzug. Der Verwaltungsnaturschutz mit seinen Stärken und Schwächen setzte sich durch. Das System der KNB geriet auf ein Abstellgleis.

In der DDR wurde versucht, den „Einmann-Naturschutz“ in den staatlichen Verwaltungen aufrecht zu erhalten. Er wurde ergänzt durch Naturschutzstationen, Naturschutzwarte und Landeskulturbeauftragte auf der hauptamtlichen Strecke. Das System der KNB mit ihren Helfern blieb in vollem Maße erhalten. Diese Vorgehensweise war zweifellos kostensparend, die Defizite nahmen aber in den 1970er Jahren zu und verstärkten sich im folgenden Jahrzehnt.

So unterschiedlich die eingeschlagenen Wege der beiden Staaten auch waren, es gab auch Parallelen in der Naturschutzprofessionalität, die insbesondere vom ILN und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn ausgingen.

## 7. Literatur

- BÖHNERT, W. & HEMPEL, W. (1987): Nutzungs- und Pflegehinweise für die geschützte Vegetation des Graslandes und der Zwergstrauchheiden Sachsens. Naturschutzarb. in Sachsen **29**: 3 – 14.
- BÖHNERT, W. & REICHHOFF, L. (1984): Aufgaben des sozialistischen Naturschutzes in den 80er Jahren. Naturschutzarb. in den Bezirken Halle und Magdeburg **21**, 2: 3 – 10.
- GROBER, K. H. (2008): Entwicklung des Naturschutzes in den 1970er Jahren. Vortrag auf der 5. Winterakademie zur Naturschutzgeschichte „Naturschutz im geteilten Deutschland“ vom 3.3. – 6.3.2008 im Bundesamt für Naturschutz auf der Insel Vilm.
- HENTSCHEL, P. & WEGENER, U. (1975): Vorschläge zur Einrichtung und zum Betrieb von Landschaftspflegehöfen in der DDR. Unveröff. Manuskript, Halle.
- JESCHKE, L. (2008): Wissenschaftliche Entwicklungen im Naturschutz der 1970er Jahre in der DDR. Vortrag auf der 5. Winterakademie zur Naturschutzgeschichte „Naturschutz im geteilten Deutschland“ vom 3.3. – 6.3.2008 im Bundesamt für Naturschutz auf der Insel Vilm.
- MECKELMANN, H. (2008): Zur Organisation des staatlichen Naturschutzes vor und nach der Wende. Vortrag auf der Tagung 100 Jahre Naturschutz in Brandenburg 1908 – 2008 am 18.2.2008 in Potsdam.
- REICHHOFF, L. & BÖHNERT, W. (1978): Zur Pflegeproblematik von Festuco-Brometea-, Sedo-Scleranthetea- und Coryneporetea-Gesellschaften in Naturschutzgebieten im Süden der DDR. Arch. Nat.schutz Landsch.forsch. **18**: 81 – 102.
- REICHHOFF, L. & BÖHNERT, W. (1987): Aktuelle Aspekte des Naturschutzes. Arch. Nat.schutz Landsch.forsch. **27**, 3: 140 – 160.
- RUTSCHKE, E. (1998): Aufgaben und Arbeitsweise der „Zentrale für Wasservogel-forschung der DDR“ an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (1998): Naturschutz in den Neuen Bundesländern – Ein Rückblick. Forum Wissenschaft, Studien Bd. 45, I: 425 – 433. BdWi-Verlag Marburg.
- SCHLOSSER, S. (1982): Genressourcen für Forschung und Nutzung. Naturschutzarb. in den Bezirken Halle und Magdeburg **19**, Beiheft, 96 S.
- SCHLOSSER, S. (1987): Der MAB-Aktionsplan für die Biosphärenreservate in der DDR. Naturschutzarb. in den Bezirken Halle und Magdeburg **24**, 1: 3 – 11.
- WEGENER, U. (1980): Gezielte Pflegemaßnahmen für Orchideenbestände des Berggrünlandes. Mitt. d. AK. „Heimische Orchideen“ **9**: 36 – 48.
- WEGENER, U. (1998): Naturschutzstationen und Naturschutzwarte in der DDR zur Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (1998): Naturschutz in den Neuen Bundesländern – Ein Rückblick. Forum Wissenschaft, Studien Bd. 45, I: 407 – 424. BdWi-Verlag Marburg.
- WEINITSCHKE, H. Hrsg. (1976): Prinzipien für die Pflege ausgewählter Typen von Naturschutzgebieten. Agrabuch, Markkleeberg, 32 S.
- WEINITSCHKE, H. (1987): Vorbemerkungen der Redaktion zum Artikel: Aktuelle Aspekte des Naturschutzes von L. Reichhoff und W. Böhnert. Arch. Nat.schutz Landsch.forsch. **27**, 3: 139.

## Aus der Arbeit der Naturschutzbeauftragten im Altkreis Forst (Lausitz) nach dem Zweiten Weltkrieg

Hermann Behrens<sup>1</sup>

Für jeden heutigen Landkreis bzw. für die Altkreise in Brandenburg oder die Stadtbezirke in Berlin könnten jeweils eigene umfangreiche Naturschutz-Chroniken entstehen. Dafür ist die Nutzung von Archivalien unerlässlich, wenngleich diese natürlich allein kein vollständiges Bild der Naturschutzgeschichte bieten können. Dennoch sind sie eine wesentliche Grundlage für die Rekonstruktion von Ereignissen und Zusammenhängen aus der Geschichte des Naturschutzes.

Vor einiger Zeit übergab der letzte Naturschutzbeauftragte im brandenburgischen Altkreis Forst, Norbert ELSNER, seinen privaten Naturschutzarchiv, das auch Nachlässe seiner Vorgänger Ernst BEHR, Max BALDE und Rudolf LERKE enthält, dem Studienarchiv Umweltgeschichte im IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg.

Im Folgenden wird unter Nutzung des unter Zugangs-Nr. 309 in das Studienarchiv Umweltgeschichte eingeordneten Bestandes von Norbert Elsner (siehe den erschlossenen Bestand unter [www.iugr.net](http://www.iugr.net) > Studienarchiv Umweltgeschichte > Recherche > Archivalien) und mit Ergänzung durch eigene Recherchen im Zusammenhang mit der noch laufenden Arbeit am „Lexikon der Naturschutzbeauftragten in Berlin und Brandenburg“ gezeigt, mit welchen Problemen die Naturschutzbeauftragten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur „Wende“ in der DDR zu kämpfen hatten.

Der (Alt-)Kreis Forst wurde im Jahre 1952 im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform in der DDR aus den westlich der Neiße gelegenen Gebieten des ehemaligen Stadtkreises Forst und des ehemaligen Landkreises Sorau gebildet. Der neue Kreis Forst gehörte zum damaligen Bezirk Cottbus. 1993 wurde Forst Kreisstadt des Landkreises Spree-Neiße im Land Brandenburg.

Der erste Kreisnaturschutzbeauftragte im Kreis Forst war nach dem Zweiten Weltkrieg der Direktor des Heimatmuseums in Forst, Ernst **BEHR**. Behr wurde am 8.2.1903 in Cottbus geboren. Behr, aus katholischem Elternhaus, war seit 1934 Lehrer in Forst. Er bekleidete das Amt des Naturschutzbeauftragten im Stadtkreis Forst bereits in der Zeit von 1929 bis wahrscheinlich 1933. Ihm folgte der bekannte Naturschutzbeauftragte Paul Decker, Mittelschulkonrektor in Forst, der das Amt von 1935 bis 1945 ausübte. Decker war in der Provinz Brandenburg schon früh als Botaniker bekannt geworden („Flora von Forst und Umgebung“ 1924; Beiträge zur Flora der südlichen Neumark und der östlichen Niederlausitz). Er betrieb eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, hielt zahlreiche Vorträge und Volkshochschulkurse und führte zahlreiche Exkursionen zu heimatkundlichen und Naturschutz-Themen durch. Neben seiner Tätigkeit als KNB war er auch ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger im Stadtkreis. Decker war Geschäftsführer des Volksbundes Naturschutz e.V., Zweig Forst, seit 1932 bzw. – nach der nazistischen Gleichschaltung der Vereine – seit 1934 Leiter der „Fachschaft Naturschutz in der Landschaft Kurmark“ des „Reichsbundes Volkstum und Heimat e.V.“ bzw. seit 1935 bis mind. 1942 der Arbeitsgemein-

---

<sup>1</sup> Dem letzten Kreisnaturschutzbeauftragten im Altkreis Forst, Norbert Elsner, ist es zu verdanken, dass es über die Arbeit der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten im Kreis Forst einen wichtigen, an Informationen reichen Bestand an Dokumenten gibt, der die vorliegende Darstellung überhaupt erst ermöglichte. Ich danke Norbert Elsner auch für eine kritische Durchsicht des Aufsatzes und seine Anregungen und Korrekturen.

schaft Naturschutz im Märkischen Heimatbund. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr er in den 1950er Jahren eine Würdigung durch Benennung des Heimathauses in Forst als „Paul-Decker-Haus“.

Zurück zu Ernst Behr. Dieser bemühte sich in seiner ersten KNB-Zeit insbesondere um den Schutz des Kulmer Sees bei Sommerfeld. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde er früh, nämlich bereits im Mai 1933, Mitglied der NSDAP, konnte aber dennoch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg das Amt des Museumsdirektors in Forst ausüben. Eine Beurteilung des Kreis-



KNB Ernst Behr (links) und der bekannte sächsische Botaniker Max Miltzer. Quelle: Fotoarchiv des ILN Potsdam im Landesumweltamt Brandenburg

schulrates vom 12.9.1938 lässt vermuten, dass Behr „einfaches Mitglied“ war und nach dem Ende des Faschismus offenbar zu den nicht belasteten Mitläufern gezählt wurde.<sup>2</sup>

Behr wurde bereits 1946 in das Ehrenamt des Naturschutzbeauftragten für Forst und Umgebung berufen und reorganisierte die Naturschutzarbeit. Nach Bildung des Kreises Forst rekonstruierte er in den Jahren 1952 bis 1954 die Liste der geschützten Objekte und Gebiete. Bereits 1949 beantragte er die Unterschutzstellung des Euloer Bruchs als NSG. Die Vorgänge um das NSG Euloer Bruch zeigen, welche Bedeutung es hatte, ob ein Gebiet bereits vor 1945 unter Schutz stand und wie

wichtig es war, dass ein KNB „am Ball“ blieb. Dazu bedurfte es zunächst eindeutiger Nachweise eines bestehenden Schutzstatus, die oft fehlten, denn in den Kreisen waren die Naturdenkmälbücher bzw. die Naturschutzbücher und Landschaftsschutzkarten häufig durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen, sodass zu den ersten und wichtigsten Aufgaben nach dem Kriegsende die Wieder- oder Neuerfassung der geschützten Objekte und Gebiete gehörte. Hier leisteten die ersten Naturschutzbeauftragten im Land Brandenburg eine immense Arbeit.

Das Euloer Bruch wurde 1954 von Prof. Meusel/ILN als „wichtiges Gebiet des Tieflandfichten-Vorkommens“ im System der Waldschutzgebiete aufgeführt.<sup>3</sup>

1950 stellte Behr über den Kulturbund den Antrag auf NSG-Stellung, der vom Rat der Stadt Forst noch im selben Jahr positiv beschieden wurde, und auch der Rat des Kreises Cottbus empfahl die Unterschutzstellung. Dann blieb der Antrag bei der Landesregierung längere Zeit unbearbeitet liegen. In einem Brief an Kurt Kretschmann, seinerzeit Sachbearbeiter für Naturschutz bei der Landesregierung in Brandenburg, fragte Behr nach einem ggf. bereits bestehenden Schutzstatus für das Gebiet. Im Antwortbrief heißt es: „Weil über das Euloer Bruch keine Klarheit herrschte, haben wir das Gebiet, wie Sie aus beiliegendem Druck ersehen, nur als geplantes Naturschutzgebiet geführt. ... Die Angelegenheit würde ganz anders liegen, wenn Sie nachweisen könnten, dass das Euloer Bruch bereits vor dem zweiten Weltkriege geschützt war.“

<sup>2</sup> „Lehrer Behr hat fleißig und mit gutem Erfolge in seiner Klasse gearbeitet. Im außerdienstlichen Leben tritt er sehr wenig hervor; er hält sich bewusst von Beteiligung und Arbeit in der Öffentlichkeit zurück; dagegen arbeitet er wissenschaftlich als Naturkundler recht rege.“ Brandenburgisches Landeshauptarchiv – BLHA, Rep. 3 B II Pers. B 324.

<sup>3</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutzgebiete. Brief Meusel an RdK Cottbus vom 22.12.1954.

Wir können dafür keine Unterlagen finden.“<sup>4</sup> Daraufhin schrieb Behr wiederum an die Landesregierung und wies darauf hin, dass der Nachweis schwierig sei, da das Naturdenkmalbuch des vor 1945 bestehenden Kreises Sorau in Sorau liege (nunmehr Polen). In der Nr. 56 des „Forster Tageblatts“ vom 8.3.1937 sei das Euloer Bruch aber als Naturdenkmal aufgeführt worden.<sup>5</sup>

Im September 1952 wurde das Gebiet von Kretschmann besichtigt und kurze Zeit später erarbeitete dieser den Entwurf der NSG-Verordnung. Am 20.9.1954 beschwerte sich Behr beim Mitarbeiter im Amt für Wasserwirtschaft der DDR, Kaesebier, darüber, dass noch nichts geschehen sei: „Am 14. Januar 1950 reichte ich das Euloer Bruch zum Naturschutzgebiet ein. Inzwischen sind die Unterlagen mehrfach verloren gegangen, neue wurden erstellt, Besichtigungen am laufenden Band vorgenommen, Erklärungen und Gutachten von Instituten und Professoren abgegeben. Die Akte Euloer Bruch ist zu einem schönen Band angewachsen. ... Das neue Naturschutzgebiet gibt doch nun die Möglichkeit, neue Naturschutzgebiete zu schaffen, wenn man nicht beweisen kann, dass das Euloer Bruch schon früher Schutzgebiet war. Ich bitte Sie nun, verehrter Herr Kollege Käsebier, um eine baldige klare Antwort, woran es liegt, dass wir noch immer auf derselben Stelle treten wie vor fast 5 Jahren.“

Auf wiederholte Nachfragen bei mehreren Stellen antwortete u.a. der Abteilungsleiter im Amt für Wasserwirtschaft (Zentrale

Naturschutzverwaltung), Henkel, wie folgt: „Die Erklärung von

Naturschutzgebieten konnte bisher wegen des Fehlens eines einheitlichen Verfahrensweges nicht erfolgen. Durch die auch Ihnen zugegangene Dienstanweisung über den Verfahrensweg ist diese Lücke geschlossen. ... Nach Auskunft des Institutes für Landesforschung wird der Antrag für das Euloer Bruch von dort zusammen mit den anderen Waldschutzgebieten gestellt werden.“<sup>6</sup>

Dazu Behr: „Es ist sehr reizvoll, meine Akten betr. Euloer Bruch zu studieren. Erst fehlte ein einheitliches Naturschutzgesetz, dann fehlten die Ausführungsbestimmungen, dann fehlte ein einheitlicher Verfahrensweg und auf das, was jetzt noch fehlt, bin ich gespannt wie ein Flitzebogen !!!! Übrigens besinne ich mich nicht auf eine mir zugegangene Dienstanweisung über das Euloer Bruch. Nach Cottbus zu schreiben verlohnt nicht mehr, FP 1 (Abt. Land- und Forstwirtschaft, H.B.) antwortet nicht mehr !!!! Dieserhalb gebe ich mich im Falle des Bruches noch nicht geschlagen. Ich beantrage daher sofortige einstweilige Sicherung des Euloer Bruches. Es tren-



Ausweis Naturwacht für Kurt Lehmann. Quelle: StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner

<sup>4</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutzgebiete. Brief Behr an Kretschmann vom 13.6.1952 und Antwortbrief Kretschmann an Behr vom 27.6.1952.

<sup>5</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutzgebiete. Brief Behr an Kretschmann vom 17.7.1952.

<sup>6</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutzgebiete. Brief Henkel an Behr vom 24.10.1955.

nen uns nur noch wenige Wochen von Weihnachten und vielleicht können wir durch eine sofortige Sicherung verhindern, dass auch noch die letzten Weihnachtsbäume aus dem Bruch verschwinden.“

Der Vorgang zog sich weiter hin, aber Behr blieb am Ball. In seinem Brief an das Amt für Wasserwirtschaft vom 14.7.1956 verwies er nochmals auf den schon vor 1945 bestehenden Schutzstatus: „Betr. Euloer Bruch. Im ‚Heimatkalender f.d. Kreis Sorau‘ 1941 befindet sich ein Artikel von Herbert Schulze, Sorau, mit der Überschrift ‚Naturschutzgebiete im Kreise Sorau‘. Auf Seite 63 ist zu lesen: ‚Westlich von Forst besuchen wir ein anderes Naturschutzgebiet, das Euloer Bruch.‘ Dies zur gef. Kenntnisnahme. Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, um zu beweisen, dass das Euloer Bruch tatsächlich schon früher Naturschutzgebiet gewesen ist. ...“

Triumphierend konnte er in einem weiteren Brief an die ZNV verkünden: „Meine jahrelangen Bemühungen, den Nachweis zu erbringen, dass das Euloer Bruch bei Forst schon vor dem Kriege zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist, sind nunmehr erfolgreich gewesen. Es gelang mir, das ‚Amtliche Sorauer Kreisblatt‘, 95. Jahrgang, Nr. 9 v. 4. März 1937 zu beschaffen. Unter Nr. 54 wird das Euloer Bruch, Landgemeinde Eulo, Messtischblatt 2402, nordwestlich 1,5 km, Besitzer Graf von Brühl, amtlich unter Naturschutz gestellt. Die Verordnung ist vom Landrat unter dem 17.12.1936 unterzeichnet. Abgesehen davon, dass dieses Gebiet zum Waldschutzgebiet erklärt werden soll, bitte ich um neuerliche Bestätigung als Naturschutzgebiet.“<sup>7</sup>

Ernst Behr, der am 24.5.1957 starb, erlebte die formale Unterschutzstellung des Euloer Bruchs als NSG nicht mehr, konnte aber in einer anderen Angelegenheit noch einen kleinen Erfolg verzeichnen. Er wies das ILN im April 1957 auf den Abschuss von zwei Gänsesägern hin. Das ILN schrieb ihm daraufhin, dass die Gänsesäger als Wildenten gelten würden und damit als jagdbares Wild. Behr setzte sich nun mit Dr. Creutz von der Vogelwarte Neschwitz in Verbindung, der seine Auffassung bestätigte, dass die Säger keine Enten seien und damit nicht als jagdbares Wild gelten dürften. Er schickte die Stellungnahme zum ILN und zur Zentralen Naturschutzverwaltung mit dem Hinweis, dass „im alten Gesetz (Reichsnaturschutzgesetz, H.B.) die Gänsesäger ausdrücklich als jagdbar bezeichnet wurden, während sie im neuen Gesetz nicht erwähnt werden (sie sollen ja auch tranig schmecken!). Ich bitte um Überprüfung Ihrer Ansicht.“<sup>8</sup>

In ihrem Antwortbrief erklärte die ZNV, dass sie nunmehr Behrs Ansicht teile und sich mit der Obersten Jagdbehörde in Verbindung gesetzt habe, um derartige Vorfälle in Zukunft zu vermeiden. Dabei wurde vereinbart, die Säger „namentlich in der 6. Durchführungsbestimmung zum Jagdgesetz als nicht jagdbar aufzuführen.“<sup>9</sup>

Ernst Behr hatte wie Kreisnaturschutzbeauftragte andernorts auch mit den Folgen der grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu tun, etwa der Bodenreform. So setzte er sich für die Erhaltung der Gutsparken ein, besonders für die, die als Naturdenkmale geschützt waren. Geschützte Parks wurden in einzelnen Gemeinden zum Ort für „moderne“ Massenveranstaltungen. So bot eine solche Veranstaltung im Gutspark Drehna, im Nachbarkreis Luckau gelegen, den Anlass für die bezirkliche Naturschutzverwaltung, folgendes Rundschreiben zu versenden: „Ein am 18. Juli 1954 von der Sportgemeinschaft Drehna Kreis Luckau durchge-

<sup>7</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutzgebiete. Brief Behr an Amt für Wasserwirtschaft vom 14.7.1956.

<sup>8</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Zentrale Naturschutzverwaltung/ILN. Schreiben Behr an ILN vom 25.4.1957.

<sup>9</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Zentrale Naturschutzverwaltung/ILN. Schreiben ZNV an Behr vom 17.5.1957.

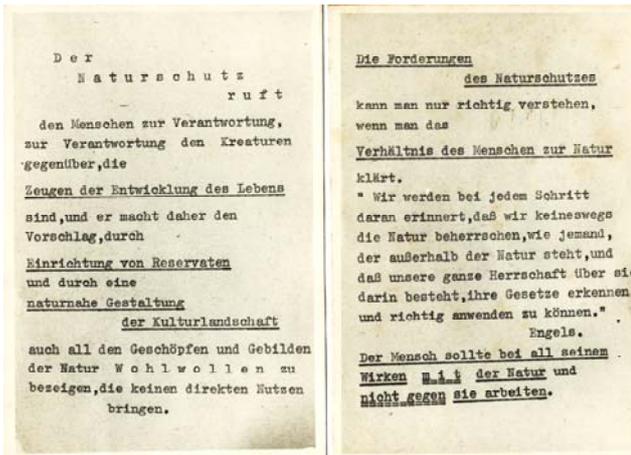
fürhtes Parkfest im Drehaer Park gibt uns Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen. Parkfeste und sonstige Veranstaltungen mit Pferde- und Motorradrennen in Naturschutzgebieten usw. sind auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung der heimatlichen Natur vom 4.8.54 (Gesetzblatt Nr. 71 vom 13.8.54) nicht statthaft."<sup>10</sup>

Behrs Nachfolger wurde der kaufmännische Angestellte Max **BALDE**. Vor Übernahme des Ehrenamtes war er bereits Mitglied der von Behr ins Leben gerufenen Naturwacht des Kreises. Die Amtszeit Baldes war anfänglich durch Erfolge gekennzeichnet, denn einige Gebiete, deren Unterschutzstellung Ernst Behr beantragt hatte, wurden 1958 unter Schutz gestellt bzw. einstweilig gesichert, so die LSG „Jamnoer Urwald“, Gutspark Groß-Kölzig“ und „Park Weißagk“ sowie die NSG „Kathlower Bruch“, „Sergener Luch“, „Tannenwald“ bei Peitz, „Preschener Mühlbusch“, „Euloer Bruch“ und „Zerna“ bei Köbeln.

Allerdings bedeutete die formale Unterschutzstellung nicht, dass die Gebiete auch wirklich gesichert waren. So lagen aus dem NSG Euloer Bruch Informationen über „starke Einschläge“ und „starke Schädigungen“ vor. Diese Probleme waren allerdings auch darin begründet, dass in den Waldschutzgebieten der Holzeinschlag im Plänterbetrieb erlaubt war und Missbrauch damit möglich blieb.<sup>11</sup>

Balde beklagte sich während seiner ganzen Amtszeit über mangelnde Unterstützung der Verwaltung, so schon anlässlich der Naturschutzwoche 1959: „Eine staatliche Führung kam während der Naturschutzwoche nicht zum Ausdruck. Sie war

auch gar nicht vorhanden. Selbst der Kollege in der Kreisnaturschutzverwaltung nahm weder von den Vorbereitungen noch von der Durchführung der Woche Kenntnis. Dies war alles dem Naturschutzbeauftragten überlassen, der mit einigen wenigen Freunden der Naturwacht die umfangreichen Arbeiten vor allem für die Ausstellung allein durchführte.“<sup>12</sup>



Aus einer von Max Balde organisierten Ausstellung. Quelle: StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner

<sup>10</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz/Rat des Bezirkes 1950-1960. Rundschreiben RdB, Ref. Landeskultur und Naturschutz, an alle 15 Kreiskomitees für Körperkultur und Sport und alle 14 KNB vom 14.9.1954.

<sup>11</sup> Vgl. StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Zentrale Naturschutzverwaltung/ILN. Hinweis auf Beschluss des RdK vom 7.7.1958 und Akte Naturschutz 1950-1965. Schreiben Dr. Freitag, ILN, an Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Cottbus vom 11.10.1958. Freitag wies den StFB darauf hin, dass die NSG durch Verfügung des RdB vom 1.3.1958 einstweilig gesichert seien. Er forderte insbesondere die Schonung des Euloer Bruches wegen der Informationen über „starke Einschläge“ und „starke Schädigungen“.

<sup>12</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Tätigkeitsbericht für das III. Quartal 1959, Balde an den RdK, Naturschutzverwaltung, vom 10.10.1959.

Die Naturwacht, die es damals in zahlreichen Kreisen gab, schien im Kreis Forst mehr auf dem Papier zu stehen als dass sie zu einer besseren Naturschutzarbeit beitrug. Das geht aus einem Bericht Max Baldes „über die Entwicklung der Naturwacht im Kreise Forst von den Anfängen bis zum 30.9.1959“ hervor: „Als im Jahre 1955 die Bildung der Naturwacht in den Kreisen gefordert wurde, hat mein Vorgänger anscheinend Vorschläge bei der Kreisnaturschutzverwaltung nur deswegen gemacht, um der Forderung Genüge zu leisten. Ich selbst erhielt damals den Ausweis als Naturwacht-Helfer ohne Anschreiben durch die Post, also ohne Mitteilung, dass es so etwas überhaupt gibt und welche Aufgaben gestellt sind. Eine gemeinsame Besprechung oder Tätigkeit ist auch niemals erfolgt, so daß die Bildung der Naturwacht nur eine Formsache blieb.

Als ich im Jahre 1957 als Naturschutzbeauftragter für den Kreis Forst bestellt wurde, habe ich sofort an alle Naturschutzhelfer geschrieben und sie zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, an der auch Kol. Lucas von der Bezirksnaturschutzverwaltung teilnahm. Seitdem finden regelmäßig alle 4 Wochen Besprechungen und Schulungen statt. Die Tätigkeit der Naturwacht lässt leider sehr zu wünschen übrig. Eine organisierte Arbeit findet nicht statt. Es sind einige Mitglieder dabei, die sich während meiner zweijährigen Tätigkeit überhaupt noch nicht mit mir in Verbindung gesetzt haben. ... Im übrigen sind die meisten Naturwachtmitglieder Naturfreunde, die sich keine Aufgaben stellen lassen, sondern die bei ihren Wanderungen durch die heimliche Natur die Belange des Naturschutzes so nebenher wahrnehmen. In Ermangelung eines besseren Mitarbeiterstabes sind mir diese Freunde natürlich sehr wichtig, da ich durch sie manches erfahren, was ich allein nicht feststellen kann, da ich auch nicht überall bin. Ich kann aber auch mitteilen, dass ich einige Freunde zu guten Mitarbeitern zählen kann, die mich wenigstens bei besonderen Aufgaben gut unterstützen.“<sup>13</sup>



Max Balde  
Foto aus: Kundisch 2007

Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre wurde bei Forst eine Fasanerie aufgebaut. Prophylaktisch sollten zum Schutz der Jungfasane bzw. von Gelegen alle Igel und Mäusebussarde vernichtet werden. Dr. Creutz, Leiter der Vogelschutzstation Neschwitz, schrieb am 18.1.1961 an Balde: „Es ist erschütternd, was unsere naturliebenden Jäger alles der Aufzucht von einigen Fasananen, die sie dann selber abknallen wollen, zu opfern bereit sind. Es sind nicht nur die Bussarde, die allenthalben Anstoß erregen, sondern der Kreis Forst hat nun sogar den traurigen Ruhm, etwas neues vorgeschlagen zu haben, nämlich die ‚Entigelung‘. Bei der allgemeinen mangelhaften Gesetzeskenntnis unter den Jagdberechtigten nimmt es nicht wunder, dass die Anordnung zum Schutze der nichtjagdbaren wildlebenden Tiere mit Ausnahme der Vögel vom 15.2.1955 nicht bekannt ist.“<sup>14</sup> – Sie sah den Schutz dieser Tiere vor.

Vandalismus ist offenbar kein neuzeitliches Problem, sondern beschäftigte den Naturschutz bereits vor Jahrzehnten. „Die Kontrollfahrten durch den Kreis Forst ergaben eine traurige Bilanz. Im Raum Döbern wurden neun Nistkästen, die erst in diesem Jahre angebracht wurden, herabgerissen und entwendet. Besonders die Schutz- und Hinweistafeln waren beliebte Zielscheiben

<sup>13</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Balde an RdB, Naturschutzverwaltung, vom 25.8.1959.

<sup>14</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Dr. Creutz, Leiter der Vogelschutzstation Neschwitz, an KNB Max Balde vom 18.1.1961.

von Luftbüchenschützen. Eine Tafel in den ‚Keuneschen Alpen‘ weist 9 Durchschüsse auf. Eine andere dort angebrachte Tafel ‚Naturschutzgebiet‘ wurde völlig zerstört, eine Anzahl Schutztafeln in verschiedenen Gebieten beschädigt. Im Naherholungsgebiet an der Malxe wurden 3 Tafeln durchlöchert und dann zerbrochen weggeworfen. Eine polizeiliche Verbotstafel ‚Gesperrt für Kraftfahrzeuge‘ wurde mit dem Pfahl entfernt. Sie wurde später wieder aufgefunden und stark beschädigt an der alten Stelle aufgestellt. In Groß-Jamno wurde die Tafel, die den Beginn des Naturlehrpfades anzeigt, ausgegraben und verschleppt. Die aufgestellten Bänke wurden mit den Taschenmessern zersplittert.“<sup>15</sup>

Die Auseinandersetzungen um das NSG Euloer Bruch hörten nicht auf. Balde hatte noch jahrelang mit Problemen zu kämpfen, die aus dem Holzeinschlag im NSG durch den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb in Peitz rührten. Er forderte, die Genehmigung des beschränkten Holzeinschlags zu beenden und verwies dabei in seinen Schreiben an RdB und ZNV immer wieder auf den seit langem bestehenden Schutzstatus des Gebietes.

Das ILN hatte Gründe für die Genehmigung des Holzeinschlags, wie ein von H.-D. Krausch unterzeichneter Brief an Balde vom 18.3.1959 zeigt: „Die Floskel ..., dass eine beschränkte Nutzung im Rahmen des Zuwachses gestattet werden soll, besagt natürlich nicht, dass eine derartige Holznutzung erfolgen muß. Sie wurde lediglich bei allen Waldschutzgebieten aus taktischen Gründen mit aufgenommen, um wenigstens für diese Gebiete den Grundcharakter erhalten zu können. Hätte man bei den Anträgen auf die vorläufige Sicherstellung bereits einen völligen Schutz gefordert, so wären die Schwierigkeiten für die Sicherstellung zweifellos viel größer gewesen. Was das Euloer Bruch betrifft, so befürworten wir stets ein völliges Verbot der Holznutzung. Die Angelegenheit Euloer Bruch war ja insofern verfahren, als jahrelang die frühere Schutzverordnung nicht wieder aufgefunden werden konnte und wir somit gezwungen waren, eine erneute Unterschutzstellung einzuleiten. ... In der ersten Nr. der neuen ‚Märkischen Heimat‘ habe ich bereits einen kurzen Aufsatz über das Euloer Bruch verfasst, in dem ich ebenso wie Sie die Forderung des völligen Schutzes verrete.“<sup>16</sup>

Die Bearbeitung der Waldschutzgebiete oblag im ILN dann Dr. Karl Heinz Großer, der ab 1. Mai 1959 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des ILN tätig wurde und mit dem StFB in Peitz Bewirtschaftungshinweise abstimmt. Der Betrieb erklärte sich bereit, lediglich absterbende oder vom Wind geworfene Bäume schonend zu entnehmen.

Zur endgültigen Unterschutzstellung des NSG kam es mit der Sammelanordnung von 1961 und 1967 wurde es erweitert.<sup>17</sup>

Ein weiteres Problem in dem NSG Euloer Bruch war in den 1960er Jahren die illegale Jagd durch Angehörige der sowjetischen Streitkräfte. Die Jäger jagten zuvor in einem ihnen zugeteilten Jagdrevier bei den Mulknitzer Teichen. Dort war jedoch der Wildvogelbestand durch intensive Entenmast und Fischzucht so stark zurückgegangen, dass die sowjetischen Soldaten auf das NSG auswichen. Balde versuchte durch Briefe an den Kommandanten der Sowjetischen Streitkräfte in Cottbus und durch die zweisprachige Beschilderung des NSG mit dem Schild „Naturschutzgebiet – Jagden verboten!“ Abhilfe zu schaffen und war letztlich erfolgreich.

<sup>15</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Tätigkeitsbericht Baldes für das III. Quartal 1962 vom 15.10.1962.

<sup>16</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Krausch an Balde vom 18.3.1959.

<sup>17</sup> Anordnung Nr. 1 über Naturschutzgebiete vom 30. März 1961; GBl. II Nr. 27 1961, S. 166 und Anordnung Nr. 3 über Naturschutzgebiete vom 11. September 1967; GBl. II Nr. 95 S. 697.

Zunehmende Probleme bereiteten dem Naturschutz die Folgen der Vergenossenschaftlichung der landwirtschaftlichen Produktion und die Industrialisierung der Binnenfischerei.

Max Balde schrieb im Mai 1960 ein Manuskript zum Thema „Naturschutz – eine nationale Aufgabe!“ Darin kritisierte er einige Folgen der Genossenschaftsbildung für die Landschaft: „Die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande mit der zunehmenden Durchführung der Großraumwirtschaft wird die Beseitigung der Wiesenraine und Feldgehölze zur Folge haben. Dadurch werden sich nachteilige Wirkungen auf die landwirtschaftlichen Kulturen zeigen. Es müssen also gleichzeitig mit der Umgestaltung die neuen Erkenntnisse über eine biologische und zweckmäßige Landeskultur Anwendung finden“.<sup>18</sup> Balde wollte dieses Manuskript auf der Hauptseite der Kreisausgabe der Bezirkszeitung „Lausitzer Rundschau“ veröffentlichen. Die Kreisredaktion schickte den Artikel im Juni 1960 an die Bezirksredaktion und begründete dies gegenüber Balde damit, dass das Thema es „Wert ist, im großen Rahmen beantwortet zu werden.“<sup>19</sup>

Das „Ressort Landwirtschaft“ der Bezirksredaktion in Cottbus vermerkte in einer „Hausmitteilung“ vom 21.7.1960 an den zuständigen Redakteur des Kreises Forst: „Lieber Manfred! Wir haben Deinen Artikel ‚Naturschutz – eine nationale Aufgabe‘ erhalten und schicken ihn Dir anliegend wieder zurück, da wir nicht der Meinung sind, dass ein solches Problem auf der Hauptseite dargelegt werden muss. Falls Ihr den Artikel auf der Kreisseite auswerten wollt, bitten wir Euch, unbedingt zu dem von uns angestrichenen Absatz zu argumentieren und diesen Text wörtlich nicht zu veröffentlichen. Die Beseitigung der Wiesenraine und Feldgehölze hat außerordentlich große Vorteile für die Anwendung der modernen Technik auf den Feldern. Außerdem werden die Brutstätten des Ungeziefers vernichtet. Bekanntlich ist in der sozialistischen Landwirtschaft planmäßig die Anlegung von Brandschutzstreifen vorgesehen, so dass auch die Belange der Landeskultur in den kommenden Jahren entschieden besser gewahrt werden, als das bisher der Fall war. Mit sozialistischem Gruß (Eck).“

Der Artikel erschien nicht.

1963 wandte sich Balde gegen den Bau eines Rinderstallkomplexes im LSG Keunsche Alpen (1963). „Einen tollen Streich plant man in Forst-Keune. Im Landschaftsschutzgebiet ‚Keunsche Alpen‘, einer Binnenlanddüne innerhalb des Stadtgebietes, soll ein ‚Rinderstallkomplex‘ errichtet werden. Daß dieses Gebiet als geologisches Naturdenkmal gerade wegen seiner Stadtnähe von Bedeutung ist, und dass es gleichzeitig als Erholungsgebiet für die Stadt im Zusammenhang mit dem nahe gelegenen Rosengarten dient, veranlasste den Vertreter des Bezirkswirtschaftsrates gelegentlich einer Standortbesichtigung zu einer wohlwollenden Anerkennung. Selbstverständlich sind ihm diese Dinge nicht ausreichend für einen Verzicht auf dieses Vorhaben.“<sup>20</sup>

1964 schuf er zusammen mit Mitgliedern seiner Naturwacht den „Hain des Naturschutzes“ als Teil eines Naherholungsgebietes an der Malxe. Anfangs als offene Lehranlage gedacht, musste sie wegen des von Anfang an einsetzenden Vandalismus‘ eingezäunt werden. Balde hatte sich dafür gegenüber der SED-Kreisleitung zu rechtfertigen: „So entstand das Naherholungsgebiet an der Malxe, das von der Teichstraße bis hin an die Euloer Teiche reicht. Der Schwerpunkt

<sup>18</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz, Allgemeines, Schriftwechsel. Manuskript Balde: „Naturschutz – eine nationale Aufgabe“.

<sup>19</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz, Allgemeines, Schriftwechsel. Brief Lausitzer Rundschau an Balde vom 19.7.1960.

<sup>20</sup> ILN-Archiv im Landesumweltamt Brandenburg, Ordner Schriftwechsel Bezirk Cottbus 1962-1973. Schreiben Balde an ILN Potsdam, Dr. Großer, vom 21.8.1963.

dieses Gebietes ist der Hain des Naturschutzes. Hier hatte vor dem Kriege ein ‚Verein für Aquarienfreunde‘ eine Freilandanlage für Fische und Kriechtiere geschaffen, deren Betonbecken heute noch teilweise erhalten sind. Diese Anlage wieder aufzubauen, war der Anlaß, dass im Kulturbund eine Fachgruppe für Aquarienfreunde gegründet wurde. Diese Gruppe zeigte sich jedoch für die Anlage uninteressiert, so daß ich gezwungen war, mich selbst darum zu kümmern. Damit hatte ich aber gleichzeitig die Aufgabenstellung erweitert, wodurch eben der ‚Hain des Naturschutzes‘ entsteht. Eine Tafel am Eingang sagt, dass diese Anlage der Erholung und Belehrung diene. Sie ist also für alle interessierten Menschen geschaffen. Der Baumbestand wird allmählich so umgestaltet, dass alle bei uns heimischen Bäume und Sträucher vertreten sind. An jedem Gehölz wird eine Tafel angebracht, von der der Name und das nächste natürliche Vorkommen abzulesen ist. In den Becken werden unsere heimischen Fische und Kriechtiere zu beobachten sein. Eine Vogelschutzhecke soll unseren heimischen Vögeln sichere Unterkunft bieten. Vogelschutzgeräte werden ebenfalls aufgestellt, um den Besuchern Anregungen für ihren eigenen Garten zu geben. Eine Anzahl Bänke laden zum Verweilen und zum ruhigen Beobachten ein. Es soll also auch eine Lehrstätte für den Biologieunterricht in den Schulen werden. Der Hain des Naturschutzes ist nach dieser Darstellung eine öffentliche Anlage. Wenn es nun notwendig ist, diese Anlage einzuzäunen und abzuschließen, dann aus dem Grunde, um die geschaffenen Einrichtungen weitgehend zu schützen.<sup>21</sup>

Ein Schlaglicht auf allgemeine Probleme des Naturschutzes im Kreis Forst in den 1960er Jahren stellen die Vorgänge um die Erweiterung des NSG Euloer Bruch dar. In die Erweiterung sollten einige Fischteiche einbezogen werden, wogegen sich der Volkseigene Betrieb Binnenfischerei Peitz wehrte. Er verwies in einem Schreiben an Balde vom 26.2.1963 auf „volkswirtschaftliche Interessen“: „Auf Grund des Ministerratsbeschlusses ist in der gesamten DDR insbesondere in den Binnenfischereibetrieben die Wassergeflügelzucht und -mast bedeutend zu erweitern. In den von uns an den Rat des Bezirkes vorgeschlagenen Maßnahmeplänen sind durch unseren Betrieb bis 1965 500.000 Mastenten auf den Teichen zu mästen. Diese gewaltige Steigerung macht es erforderlich, dass alle für die Entenmast geeigneten Teiche für diese Produktion herangezogen und genutzt werden. Aus diesem Grunde müssen wir Ihnen leider entgegen unserer Zusicherung vom 22.1.62 mitteilen, dass wir auf dem Jungfernteich in Eulo Enten halten werden. ... Wir bedauern, Ihnen keine andere Auskunft geben zu können. Wir hoffen, dass Sie im volkswirtschaftlichen Interesse einsehen werden, dass der Jungfernteich von uns für die Entenmast genutzt werden muß. Unsererseits glauben wir kaum, dass durch die Entenhaltung die Vogelwelt in dem dortigen Bereich wesentlich zurückgehen wird.“<sup>22</sup>

Auf dem „Junkerteich“, wie er richtig hieß, wurden allein in einem „Durchgang“ 10.000 Enten gemästet.

Balde erwies sich allerdings als gleichermaßen „unbequemer“ KNB wie Ernst Behr. Er bestand zusammen mit dem ILN auf der Zusicherung vom 22.1.1962, auf dem Junkerteich wie auch auf zwei anderen Teichen, dem Stubben- und Mietzelteich, keine Enten zu halten und auf der Einhaltung der naturschutzgesetzlichen Regelungen, nach denen das Gebiet als einstweilig gesi-

<sup>21</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz, Allgemeines, Schriftwechsel. Brief Balde an SED-Kreisleitung Forst vom 25.12.1964.

<sup>22</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief VEB Binnenfischerei Peitz an Balde vom 26.2.1963.

chert zu gelten habe.<sup>23</sup> Der Junkerteich wurde schließlich durch den RdK vom Bewirtschaftungsverbot ausgenommen, jedoch ohne eine Einverständniserklärung des ILN einzuholen.

1965 wiederholte sich der Streit, da der VEB Binnenfischerei Enten auf dem Mietzelteich hielt, der einem Bewirtschaftungsverbot unterlag. Die Selbstherrlichkeit von leitenden VEB-Mitarbeitern wird dabei in einem Schreiben Baldes an den RdK vom 18.8.1965 deutlich. So ordnete ein J. u.a. Wegesperrungen in NSG und im LSG Urwald Groß-Jamno an. Der Betrieb legte in seiner Reaktion auf die schriftlichen Eingaben Baldes beim RdK unbewusst einige Folgen der Entenmast für die aquatischen Ökosysteme offen: „Wir produzieren im Jahre 1965 ca. 330.000 Mastenten. Das sind ca. ¼ der Geflügelfleischproduktion des Bezirkes Cottbus. Um aber diese hohe Produktion zu realisieren, ist es notwendig, dass auf allen Teichen bzw. Teichdämmen, auf denen die Entenhaltung möglich ist, Enten gemästet werden. Die Teichwirtschaft Eulo mästet vom 25.6.-5.8.1965 ca. 10.000 Enten auf dem Junkerteich. Auf Grund hoher Raubwildverluste mussten verstärkt Fallen aufgestellt werden. Um Unfälle zu vermeiden, beantragte Koll. J.(..) schriftlich beim Rat des Kreises Forst und bei der Volkspolizei – Verkehrspolizei – die Sperrung unseres betriebseigenen Weges (Buschweg). Der Antrag wurde von beiden Instanzen am 30.7.1965 schriftlich genehmigt (eine Einsichtnahme des Antrages im VEB Binnenfischerei Peitz bleibt Ihnen freigestellt). Am 2.8.65 wurden aus den Mastenten am Junkerteich ca. 2.900 Nachzuchttiere ausgesucht. Um diese Enten von den Mastenten räumlich getrennt zu halten, sollten sie vorübergehend bis zur Auslieferung der Mastenten am Junkerteich auf den Mietzelteich gebracht werden, um sie dann wieder zurück an den Junkerteich zu setzen. Jedoch trat im Junkerteich inzwischen Sauerstoffmangel ein. Um einem hohen volkswirtschaftlichen Schaden durch Fischsterben vorzubeugen, wäre es verantwortungslos gewesen, die Enten auf den Junkerteich zurückzubringen. Koll. J. (..) hat von uns die Anweisung, sofort nach Verbesserung des Sauerstoffgehaltes des Wassers im Junkerteich die Enten umzusetzen. Wir bitten Sie jedoch dabei um Ihr Verständnis.“<sup>24</sup>

Balde forderte in einem weiteren Brief an den VEB die Einhaltung „unserer demokratischen Gesetzlichkeit ... Wenn Sie schreiben, dass Sie bei der Erfüllung der hohen Planaufgaben unmöglich auf dieses Gebiet verzichten können, so bleibt Ihnen nur der eine Weg, die Aufhebung des Ratsbeschlusses zu erwirken. Ich bezweifle nicht, dass Sie stark genug sind, einen entsprechenden Antrag durchzusetzen. Vorläufig besteht der Beschluß zu Recht, und somit haben Sie gegen unsere Gesetzlichkeit gehandelt. Es ist Sache der Staatsorgane, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.“<sup>25</sup>

Aus weiteren Schreiben des VEB geht hervor, dass der Hinweis auf den zu geringen Sauerstoffgehalt des Junkerteiches lediglich ein Vorwand für die Mitnutzung der geschützten Teiche für die Entenmast war. So schrieb der Betriebsdirektor des VEB an Balde, dass sich „der Sauerstoffgehalt des Wassers leider noch nicht geändert (hat), so dass die Enten noch ca. 3 bis 4 Wochen auf dem Mietzelteich verbleiben müssen, um sie danach in die Zuchtställe zu bringen.“<sup>26</sup>

<sup>23</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Balde an VEB Binnenfischerei Peitz vom 22.9.1963.

<sup>24</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief VEB Binnenfischerei Peitz an Rat des Kreises Forst, Abt. Naturschutz, vom 31.8.1965.

<sup>25</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Balde an VEB Binnenfischerei Peitz vom 22.9.1965.

<sup>26</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief VEB Binnenfischerei Peitz an Balde vom 1.10.1965.

Balde wandte sich nun mit einem Hilfeersuchen an Dr. Großer und Dr. Schiemenz, ILN Potsdam. Großer antwortete für das ILN, dass der VEB sich grundsätzlich an den Ratsbeschuß zu halten habe und nicht befugt sei, den KNB „und ggf. auch uns mit derartigen Erklärungen zu überfahren“ (gemeint waren die Hinweise des VEB auf volkswirtschaftliche Zwänge). Balde bat er, in Zukunft über das ILN und mit Verweis auf die gesetzlichen Grundlagen zu agieren und sich „als örtlich Wirkenden nicht unnütz zu exponieren. ... Ich kann Ihren Zorn und Ihr Verlangen, dem Fischereibetrieb einmal tüchtig Ihre Meinung zu sagen, voll und ganz nachfühlen, halte aber in solchen hartnäckigen Fällen ein rasches Überwechseln auf den Rechtsweg wirksamer als das alleinige Beharren auf langwierigen Überzeugungsversuchen, die uns nur als Geplänkel ausgelegt werden können.“

Den VEB forderte das ILN auf, „unverzüglich für die sofortige Rücknahme der Erweiterung der Entenzucht und die künftige Beschränkung auf den Junkerteich zu sorgen.“ Seit dem 1.11.1965 wurden dann auf dem Mietzelteich keine Enten mehr gehalten.<sup>27</sup>

Balde kämpfte auch gegen Versuche der Forellenzucht im NSG Preschener Mühlbusch (1961), der als Standort für das nördlichste Vorkommen der Tanne in der Lausitz ebenso wie das Waldschutzgebiet Zerna bei Köbeln (Fichten-Tannen-Vorposten im Muskauer Faltenbogen) im Zusammenhang mit dem System der Waldschutzgebiete unter Schutz gestellt werden sollte.

Balde, der sich auch um die Unterschutzstellung von Landschaftsteilen als LSG, u.a. das Wald- und Restseengebiet im Raum Döbern (1967), bemühte, scheute sich nicht, bei Verstößen gegen das Naturschutzgesetz Anzeige zu erstatten. In den Akten finden sich zahlreiche Belege dafür.

Wie sein Vorgänger Behr beklagte sich auch Balde mehrfach über die mangelnde Unterstützung durch die Kreis- und Bezirks-Naturschutzverwaltung. „Meine Arbeit wird außerordentlich gehemmt dadurch, dass wir noch immer keine Kreisnaturschutzverwaltung haben. Ich sehe darin das mangelnde Verständnis bei Rat des Kreises für die Belange des Naturschutzes. Auch die Bezirksnaturschutzverwaltung tut nichts, um die Verwaltungsarbeit im Kreis durchzusetzen.“ Das ILN bestätigte mehrfach diese mangelhafte Arbeit der Naturschutzverwaltung.<sup>28</sup>

Wie mühsam und frustrierend die alltägliche Kleinarbeit eines KNB war, zeigt auch Baldes Tätigkeitsbericht für das I. und II. Quartal 1967, in dem zwar einige positive Beispiele der Naturschutzarbeit wie die Gestaltung einer Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages des früheren KNB Paul Decker, die erfolgreiche Durchführung der Naturschutzwoche und einige praktische Naturschutzmaßnahmen aufgelistet werden, der ansonsten aber vor deutlichen Hinweisen auf unerledigte Arbeitsvorhaben und mangelnde Unterstützung durch RdK und RdB nur so strotzt: „Eine Markierung der drei neuen LSG konnte nicht erfolgen, da der Beschluß des Rates des Bezirkes noch nicht vorliegt. Außerdem sind die erforderlichen Tafeln nicht bereit gestellt. Es ist beschämend, dass der Rat des Bezirkes nach fast zwei Jahren noch nicht Gelegenheit fand, eine entsprechende Beschlußvorlage zu behandeln, nachdem der Entwurf Ende 1965 so außerordentlich vordringlich behandelt werden musste, dass eine ordnungsgemäße Beratung im Erholungsaktiv nicht möglich war. ...

<sup>27</sup> Vgl. StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Brief Balde an ILN vom 8.10.1965 und Brief ILN an Balde vom 11.10.1965 sowie Brief Großer an Balde vom 1.11.1965 und mit Brief ILN an VEB Binnenfischerei Peitz vom 11.10.1965.

<sup>28</sup> Vgl. StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Verschiedene Schreiben.

Eichwege: Die Entwicklung am Badeteich Eichwege ist eine einzige Katastrophe. Seit vier Jahren wird hier gekuhhandelt, viel ist dabei nicht herausgekommen. ...

Der Hain des Naturschutzes ist weiterhin Schwerpunkt in unserer Arbeit. Der Besuch ist trotz der knappen Öffnungszeiten erfreulich. Besonders kommen immer wieder Schulen zu uns, um im Hain eine Biologiestunde durchzuführen. Leider ist in diesem Jahr auch ein starkes Ansteigen der Störungen festzustellen, so dass ich mich entschließen musste, den Kleintierbestand nicht wie beabsichtigt zu erweitern. Es erfolgen immer wieder Eingriffe in die Terrarien und Aquarien. Die Pflege der Anlagen erfordert jedoch nach wie vor viel Zeit. ... Die Gewinnung von Naturschutz Helfern in den Gemeinden ist noch schwierig, weil überall die Ansatzpunkte fehlen. Lediglich in Döbern konnte ich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Malxequellteiches einen Helfer finden, der sich besonders mit diesem Gebiet befassen wird. ...

Große Sorgen bereitet der unsachgemäße Abbau von Kiesgruben. Hier arbeitet die Standortplanung nicht schnell genug. Es ist notwendig, dass wir alle Kiesgruben unter Kontrolle bringen, nach Möglichkeit auch rückwirkend Ordnung schaffen. ...

Ich habe einen Lichtbildervortrag ‚Die Kehrseite‘ zusammengestellt, den ich vor und während der Naturschutzwoche dreimal vorgeführt habe. Ich will erreichen, ihn auch in der Bürgermeistertagung anzubringen. ...

Im Park Weißagk gab es Differenzen mit der dort tätigen PGH (Produktionsgenossenschaft des Handwerks, H.B.) Beton und Kies, die einige Bäume geschlagen und den Park als Lagerplatz benutzt haben. In Heinersbrück wurde eine unter Schutz stehende Eiche bis in den Wipfel ausgeästet, obwohl der Kreis und der Bezirk eine Entfernung des Baumes abgelehnt hatten. In beiden Fällen hat der Rat des Kreises die Angelegenheit zur Erledigung übernommen. Es ist aber bis heute nichts dabei herausgekommen. Man muß sich überlegen, ob es sich heute noch lohnt, für den Schutz von Bäumen und Parks noch etwas zu tun, wenn dieser Schutz nicht wirksam wird. Wenn der Kreis gegen die Übeltäter nicht vorgehen will, dann soll er das sagen, aber die Sache selbst übernehmen und dann im Sande verlaufen lassen, das ist kein Anreiz für weitere Arbeit auf diesem Gebiet. Nach meinem Rechtsempfinden ist es unerträglich, etwas gesetzlich zu verbieten und im Übertretungsfall keine Strafe zu verhängen.“<sup>29</sup>

Ein besonders gespanntes Verhältnis hatte Balde dabei zur Abteilung Kultur des Kreises, mit der – etwa im Erholungswesen – keine Zusammenarbeit zu Stande kam.

Balde blieb allerdings hartnäckig am Ball und konnte im zweiten Halbjahr 1967 in einigen Bereichen Erfolge verbuchen. So trafen die Hinweistafeln für die LSG ein und mit Unterstützung von Dr. Großer/ILN wurde mit der Erarbeitung der Pflegerichtlinien begonnen. Auch gelang es mit Hilfe des BNB Otto Rindt, der Mitarbeiter des Büros für Territorialplanung Cottbus war, die Unterstützung des Kreises für einen geordneten Kiesabbau zu erlangen. 1968 beschloss der RdB schließlich auch die Unterschutzstellung der von Balde genannten LSG.

Im „Hain des Naturschutzes“ gab es weiterhin Probleme mit dem Vandalismus. So heißt es in Baldes Quartalsbericht II/1968: „Im Hain des Naturschutzes sind in diesem Sommer fortlaufend

---

<sup>29</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Tätigkeitsbericht Baldes für das I. und II. Quartal 1967.

Störungen verursacht worden. Wiederholt wurden fast alle Nistkästen abgerissen. Fische wurden aus den Becken geholt und die letzte Sumpfschildkröte ist auch verschwunden.<sup>30</sup>

Balde kündigte der Bezirksnaturschutzverwaltung schließlich Ende 1968 die „Aufkündigung“ seines Ehrenamtes an. In seinem letzten Quartalsbericht stellte er resignierend fest: „Meine Aufkündigung als Naturschutzbeauftragter blieb bisher ohne jedes Echo. Das ist nicht schön. Auch ein kleiner Naturschutzbeauftragter möchte ernst genommen werden. Ich wiederhole daher die Aufkündigung mit Termin zum 31.12.1968. Ich bitte um Vereinbarung eines Termins für die Übergabe der Akten, des Inventars und des Hains des Naturschutzes.“

Das ILN dankte Balde für seine Arbeit. Dr. Großer schrieb ihm: „Die Nachricht von der Niederlegung Ihres Amtes als Kreisbeauftragter für Naturschutz habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Mit Bedauern insofern, als wir mit Ihnen einen sehr tüchtigen und aktiven ehrenamtlichen Mitarbeiter verlieren.“<sup>31</sup>

Balde sah sich möglicherweise angesichts der Probleme, die die „sozialistische Intensivierung“ in der Landwirtschaft mit sich brachte, aber auch angesichts des voranschreitenden Braunkohlentagebaus westlich von Forst, der die wichtigsten NSG des Kreises, etwa das Euloer Bruch, und etliche alte Schutzobjekte wie den Gutspark Weißagk Niedergut bedrohte, sowie der Zunahme allgemeiner Umweltprobleme<sup>32</sup> nicht mehr in der Lage, wirksam Naturschutzinteressen zu vertreten. Mit diesen Problemen hatte nun Baldes Nachfolger, der Revierförster Rudolf **LERKE**, zu tun, der das Amt des KNB von 1969 bis 1978 bekleidete. Leider liegen über Lerkes Wirken bisher nur wenige Informationen vor.

Lerkes Amtszeit fiel in eine Zeit großräumiger Landschaftsveränderungen nicht nur im Kreis Forst. Zum einen wurden in diesen Jahren mehrere Komplexmeliorationsvorhaben durchgeführt wie „Jamno-Noßdorf“ (1969), am NSG „Euloer Bruch“, im LSG „Wiesen- und Teichgebiet Eulo und Jamno“, „Laßzinswiesen Peitz-Grotsch“ (1969 – mit anschließendem Bau u.a. einer Aufzuchtanlage für 12.000 Jungrinder in den Laßzinswiesen), „Gahry-Groß Kölzig“ (1972) und „Obere Malxe“ zwischen Simmersdorf-Groß Tzschacksdorf (1977 – mit Bau einer Mastanlage für 6000 Schweine in Jocksdorf südlich von Forst 1972).<sup>33</sup> Zum anderen wurden die Braunkohletagebaufelder Forst und Jänschwalde-Süd erweitert. Dieser Tagebau wurde ca. 1972 aufgeschlossen. Durch ihn wurden u.a. der Ort Weißagk mit Weißagk-Niedergut abgebaggert. Der LSG-Status des Gutsparkes wurde 1970 aufgehoben und der Baumbestand abgeholzt.<sup>34</sup> Der Tagebau Jänschwalde-Süd ist bis heute aktiv.

Im Verfahren um die Erweiterung des Bergbauschutzgebietes Forst-Hauptfeld (1971) forderte Lerke die Verlegung der Grenzen um ca. 900 m nach Westen, damit „für die Stadt Forst ein natürlicher Grünschutzgürtel im Westen der Stadt (Hauptwindrichtung) erhalten bleibt. Wir

<sup>30</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Tätigkeitsbericht Baldes für das II. Quartal 1968 vom 18.7.1968.

<sup>31</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Naturschutz 1950-1965. Tätigkeitsbericht Baldes über das II. Quartal 1968 vom 18.7.1968 und Akte ZNV/ILN. Brief ILN an Balde vom 2.9.1968.

<sup>32</sup> So enthält der Archivbestand 309 Zeugnisse über Baldes Bemühungen um die Beendigung wilder Müllablagerungen am „Eiskeller“ (Malxeniederung), gegen das Abbrennen von Feldrainen, Teichrändern und Wiesen und um Verringerung von Luftschadstoffen aus der Industrie (u.a. Forderung nach neuen Filteranlagen für das Eltwerk, Stadt Forst; auch Forderungen für eine geordnete Beseitigung von Reststoffen aus Industrieanlagen (u.a. Asche) sowie von Hausmüll.

<sup>33</sup> Vgl. StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Standortgenehmigungen. Verschiedene Akten.

<sup>34</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Standortgenehmigungen. Im Brief Lerkes an das BKW Jugend Lübbenau vom 18.11.1970 heißt es: „Von Seiten der Kreisnaturschutzverwaltung Forst wird im Zuge der weiteren Erschließung des Tagebaufeldes ‚Jänschwalde Süd‘ hinsichtlich des Einschlags aller Holzarten im ehemaligen Weißacker Park – Niedergut, zugestimmt.“

bitten diese nochmalige Feststellung als Auflage zu betrachten.“<sup>35</sup> In dem beantragten Erweiterungsgebiet lag das NSG „Euloer Bruch“, das durch den Tagebau abgebaggert worden wäre. Dieser Tagebau ist allerdings nicht mehr aufgeschlossen worden, „ihm kam die Wende zuvor“.<sup>36</sup> Angesichts der großräumigen Landschaftsveränderungen waren Lerkes Bemühungen nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Auf Lerke folgte 1979 schließlich als letzter Kreisnaturschutzbeauftragter im Kreis Forst Norbert **ELSNER**, Revierförster im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Peitz. Er blieb bis 1991 im Amt. Ihm oblag u. a. die Betreuung und Kontrolle von sechs Naturschutzgebieten, drei Landschaftsschutzgebieten, 27 Flächennaturdenkmälern und 59 Naturdenkmälern im Kreisgebiet sowie die Anleitung der ca. 30 ehrenamtlichen Naturschutzhelfer. Er erarbeitete Vorschläge für die Unterschutzstellung von weiteren vier NSG (Hispe, Luisensee, Fasanerie Bohsdorf, Faltenbogen südl. Döbern), zahlreichen Flächennaturdenkmälern sowie Naturdenkmälern und bereitete die jeweiligen Beschlussvorlagen vor. Zusammen mit den Naturschutz Helfern und -helferinnen konzentrierte er seine Bemühungen bei Meliorationsvorhaben der Landwirtschaft auf die Erhaltung und Schaffung von Kleinbiotopen sowie den Schutz und die Neuanlage von Flurgehölzen. Zu Naturschutzerfolgen konnte er auch Pflanzungen in Ortslagen sowie die Verabschiedung einer Baumschutzordnung im Kreis Forst 1979 zählen.



Norbert Elsner. Foto: privat

Elsner deckte einen Umweltskandal auf, gegen den er mit mehreren Eingaben vorging, u.a. an das Büro des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker. Vom Gelände des Flugplatzes der Nationalen Volksarmee (NVA) in Jocksdorf war 1979 über einen längeren Zeitraum Öl in einen offenen Graben abgelassen worden. Eine erste Eingabe richtete Elsner am 25.10.1979 an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Forst. Darin hieß es u.a.: „Am 23.8.79 wurde ich in der Gemarkung Jocksdorf, Flur 3, auf einen Graben durch dessen Gestank aufmerksam, der hervorgerufen wurde durch eine 5 cm starke und mehrere Hundert Meter lange Schicht Öl und Treibstoff. Die Vegetation der Grabenböschung ist abgestorben, unter dem Öl steckte eine erstickte Stockente. Der Graben führt aus dem NVA-Objekt heraus über die Jocksdorfer Felder in die Malxe. Nur dem verstopften Durchlaß unter dem Triftweg ist es zu verdanken, dass der größte Teil der Schadstoffmenge gestaut wurde. Gespräche mit Jocksdorfer Bürgern ergaben, dass dieser Zustand bereits einige Wochen alt ist und dass es in eigenwasserversorgten Haushalten bereits aus dem Wasserhahn perlt. ... Zwei Wochen darauf traf ich an derselben Stelle Kollegen des Tiefbaukombinates, die mit dem Abpumpen des Treibstoffes beauftragt waren. Durch sie wurden meines Wissens 2000 l Schadstoff beseitigt. Dennoch bietet der Graben heute dasselbe Bild wie vor zwei Monaten.“

<sup>35</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Standortgenehmigungen. Brief Lerke an VEB Rationalisierung Braunkohle Großräuschen/Süd vom 27.4.1971.

<sup>36</sup> Elsner, Norbert, Brief vom 26.8.2008.

Wie ich mich selbst überzeugen konnte, existiert auf dem Gelände des NVA-Objekts ein richtiger Öl-Teich, dessen Abfluß der Graben darstellt. Die Ursache des Übels wurde bisher übersehen.<sup>37</sup>

In zwei Schreiben wurde Elsner vom Rat des Kreises zugesichert, erforderliche Maßnahmen einzuleiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Ableitung des Öls zukünftig unterbleibt. Am 5. Mai 1980 schrieb Elsner besagte Eingabe an Honecker, in der es nach Schilderung der bisherigen Entwicklung des Falles dann heißt: „Wie ich heut zum wiederholten Mal feststellen musste, ist der aus dem NVA-Objekt kommende Graben immer noch stark mit Öl verschmutzt. Der Ölfilm wird zum großen Teil an dem verstopften Durchlaß aufgehalten. An dieser Stelle sind die benachbarten Wiesen bereits so stark verseucht, dass bis zu 20 m vom Grabenrand entfernt keine lebende Vegetation mehr zu finden ist. Wieder liegen Enten unter dem Öl. ... Dieser seit einem dreiviertel Jahr anhaltende Zustand belegt, dass die bisher eingeleiteten Maßnahmen völlig unzureichend waren. Ich bitte Sie, eine umfassende und gründliche Klärung und Beseitigung dieser Umweltverschmutzung zu veranlassen.“<sup>38</sup> Über das Büro Honeckers erhielt Elsner am 15.5.1980 die Antwort, dass die Angelegenheit geprüft würde. Der Graben wurde in der Folge tatsächlich beräumt. Ob damit die Gewässerverunreinigung endete, konnte dann nicht weiter kontrolliert werden, denn der Graben wurde nach der Beräumung verrohrt, „damit dergleichen nicht mehr zu sehen war.“<sup>39</sup>

Im Jahre 1985 wurde auch im Kreis Forst die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund gegründet. Für Elsner hatten seine engagierte, Konflikte nicht scheuende Naturschutzarbeit und die Gründung der GNU zur Folge, dass er (und einer seiner Kollegen) fortan vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) observiert wurden. Es wurde ein OPK-Vorgang (Operative Personenkontrolle) eingeleitet, der so begründet wurde: „Die zwei Personen sind Mitglieder der Gesellschaft für Natur und Umwelt („GNU“). Beide sind kirchlich gebunden. Die durchgeführten Überprüfungen ergaben Hinweise auf eine negative politische Einstellung dieser Personen. Die vorliegenden operativ bedeutsamen Anhaltspunkte deuten auf eine zunehmende kirchliche Beeinflussung der ‚GNU‘ hinsichtlich des Verbreitens der kirchlich gesteuerten Ökologiebewegung hin.“ In einem weiteren MfS-Bericht wird ein bedrohliches Feindbild konstruiert: Elsner „genießt eine streng katholische Erziehung und hält nach wie vor an diesem Glauben fest. ... 1982 lehnte er eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS ab. Er begründete diese Ablehnung damit, dass ihm seine Mitgliedschaft in der Kirche bisher viel Ärger eingebracht hätte, besonders von staatlicher Seite aus. Seine Jagderlaubnis erhielt er nach einem Beschwerdebrief an den Forstminister. Er gab an, dass sich sein Leben nach den Geboten der Kirche richtet und dass es zu große Unterschiede in der Weltanschauung gibt. Er wird keine Aufgaben übernehmen, da sie nicht mit seinem Glauben und seiner Lebenshaltung übereinstimmen. Er möchte mit seinen Möglichkeiten im Rahmen der Kirche für die Erhaltung des Friedens eintreten. Seine Tätigkeit als Kreisnaturschutzbeauftragter und Mitglied der GNU nimmt der E. sehr ernst, lässt aber teilweise überspitzte Ansichten in bezug auf den Umweltschutz erkennen. Der E. unterhält über seine Ehefrau und auch seine Mutter umfangreiche Verbindungen in die BRD und nach Berlin/West. Es ist nicht auszuschließen, dass sich der E. mit den ‚Grünen‘ bzw. mit kirchlichen Umweltgruppen des nichtsozialistischen Auslandes identifiziert und so begünstigende Bedingun-

<sup>37</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Korrespondenz, Eingabe vom 25.10.1979, „Gewässerverunreinigung durch NVA-Objekt“.

<sup>38</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Korrespondenz, Schreiben Elsner an Honecker vom 5.5.1980.

<sup>39</sup> Elsner, Norbert, Brief vom 26.8.2008.

gen für Aktivitäten des Feindes in der GNU objektiv und subjektiv vorhanden sind. Es muß eingeschätzt werden, dass der E. eine negative Haltung zu unserem Staat und zur Politik der Partei bezieht. ... Zu beachten ist, dass beide Kontrollpersonen im Besitz einer Jagderlaubnis und damit einer Waffe sind.“<sup>40</sup>

Die OPK wurde von der MfS-Kreisdienststelle Forst als „Teil einer zielgerichteten politisch-operativen Durchdringung der ‚GNU‘“ gesehen, „um so vorbeugend kirchlich orientierten Ökologiebestrebungen und damit verbundener Feindtätigkeit entgegenzuwirken.“<sup>41</sup> In diesem Zusammenhang nahm das MfS maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der GNU. Vier inoffizielle Mitarbeiter wurden zur Kontrolle von Elsner und seinem Kollegen eingesetzt, einer davon im Bereich der GNU. „Durch den zielgerichteten Einsatz des IMS ‚Siggij‘ wurde verhindert, dass die kontrollierten Personen leitende Funktionen in der GNU übernehmen. ... Im Zusammenhang mit den Wahlen im Kulturbund der DDR gelang es ..., die personelle Struktur der GNU positiv zu verändern. Durch den maßgeblichen Einfluß des IMS ‚Siggij‘ wurden 8 neue Mitglieder in die GNU gewählt, die konsequent die Umweltpolitik der DDR vertreten. Unter diesen neuen Mitgliedern befinden sich 2 Mitglieder der SED-Kreisleitung Forst sowie 4 weitere Genossen. Damit wurde ... erreicht, dass es den kontrollierten Personen nicht mehr gelingt, westlich orientiertes Ökologiedenken in die GNU hineinzutragen.“<sup>42</sup>

Der OPK-Vorgang um Norbert Elsner ist für die Phase der DDR-Entwicklung seit Ende der 1970er Jahre, die zunehmend von Merkmalen der Stagnation und des Niedergangs geprägt war, ein lokales Beispiel für eine allgemeine Verschärfung der Auseinandersetzungen um die „Umweltfrage“, insbesondere in den Regionen, die mit erheblichen Umweltbelastungen konfrontiert waren (Schwerpunkte des Braunkohlentagebaues und der Chemischen Industrie). Die daraus entstehenden Konflikte wurde entweder im Keim erstickt oder repressiv „gemanagt“.

Im Jahre 1990 beantragte Norbert Elsner noch die Einrichtung einer Naturschutzstation in Trägerschaft der Kreisverwaltung Forst. Zur Begründung führte er an, dass es angesichts der Aufgaben des Naturschutzes „ein völlig unzureichender Zustand“ sei, dass die Naturschutzarbeit im Kreis auf den Schultern einer kleinen Gruppe ehrenamtlicher Naturschutz Helfern laste, die hin und wieder zusammenkomme und Informationen austausche oder an die staatlichen Stellen weiterleite. Für eine solche Naturschutzstation hielt er eine personelle Ausstattung mit zwei hauptamtlichen qualifizierten Mitarbeitern und zwei Zivildienstleistenden für sinnvoll.<sup>43</sup> Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt. In Umsetzung des Umweltschutzgesetzes begann in der DDR bzw. dann in den ostdeutschen Bundesländern die Neuorganisation des staatlichen Naturschutzes, u.a. mit der Einrichtung unterer Naturschutzbehörden in den neu entstehenden Kreisen. Damit wurden viele Vorschläge aus der „Wende“-Zeit von den Entwicklungen überholt.

#### Literatur

Kundisch, G. 2007: Ein Experte des Forster Untergrunds. Heimatforscher Max Balde stirbt vor 20 Jahren. Lausitzer Rundschau vom 13.10.2007. LR-online: [http://www.lr-online.de/regionen/cott\\_bus-spree-reise/Forst;art1052,1805234](http://www.lr-online.de/regionen/cott_bus-spree-reise/Forst;art1052,1805234)

<sup>40</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Kopien BStU. Verwendung mit freundlicher Genehmigung durch Norbert Elsner.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda. IMS = Informeller Mitarbeiter des MfS zur Sicherung eines Bereichs oder einer Organisation.

<sup>43</sup> StUg, Bestand 309 – Norbert Elsner, Akte Korrespondenz, Antrag auf Einrichtung einer Naturschutzstation bei der Kreisverwaltung Forst, 19.6.1990.

## Studieren in Neubrandenburg - Stadt der Vier Tore

### z. B. Bachelor oder Master für Land- schaftsarchitektur und Umweltplanung

#### Bewerbung

Für eine erfolgreiche Bewerbung sind folgende Unterlagen einzureichen:

- Zulassungsantrag (Formular ist an der Hochschule erhältlich oder im Internet unter: [www.hs-nb.de](http://www.hs-nb.de))
- Lebenslauf
- amtlich beglaubigte Kopie des Zeugnisses, das die Hochschulreife nachweist
- ein Foto
- ein großer und ein kleiner frankierter Briefumschlag (C5 und C6) für Benachrichtigungen

Adresse für Bewerbungen:  
Hochschule Neubrandenburg  
Immatrulations- und Prüfungsamt  
Postfach 11 01 21  
17041 Neubrandenburg

#### Kontaktadressen

Hochschule Neubrandenburg  
Broder Straße 2  
17033 Neubrandenburg

Internet: [www.hs-nb.de](http://www.hs-nb.de)

Zentrale Studienberatung  
Mechthild Kirchstein  
Tel. (03 95) 5 69 31 21  
E-Mail: [zab@hs-nb.de](mailto:zab@hs-nb.de)

Immatrulations- und Prüfungsamt  
Katja Kuterinoga  
Tel. (03 95) 5 69 31 22  
E-Mail: [katja.kuterinoga@hs-nb.de](mailto:katja.kuterinoga@hs-nb.de)

Sekretariat des Fachbereichs  
Marlene Ohl  
Tel. (03 95) 5 69 32 03  
Fax (03 95) 5 69 32 99  
E-Mail: [ohl@hs-nb.de](mailto:ohl@hs-nb.de)

#### Spätere Arbeitsfelder

- Ingenieur- und Planungsbüros
- Galabau-Betriebe
- Kommunalbereich und Landesbehörden:  
Kulturämter, Grünflächenämter, Straßenbauämter,  
Wasserwirtschaftsämter und Naturschutzbehörden
- Abteilungsleiter/Sachbearbeiter/in bei Fach- und  
Umweltverbänden, Naturschutzverbände
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter/in an Hochschulen und  
Forschungseinrichtungen
- Ausbilder/in an Fortbildungseinrichtungen



Studierende auf einer Exkursion

#### Zugangsvoraussetzungen

- Fachhochschulreife oder  
fachgebundene Hochschulreife oder
- Allgemeine Hochschulreife (Abitur) oder
- Bestehen einer Hochschulzugangsprüfung an der  
Hochschule Neubrandenburg für Personen mit einer  
abgeschlossenen Berufsausbildung und einer anschlie-  
ßenden mindestens dreijährigen beruflichen Tätigkeit
- Für die Zulassung zum Master-Studiengang ist ein  
erster berufsqualifizierender Abschluss erforderlich  
(B.Sc. oder Diplom mit einem Notendurchschnitt von  
mindestens 2,5)

Zusätzlich zu den allgemeinen Zugangsvoraussetzungen ist eine 13-wöchige berufspraktische Tätigkeit zu absolvieren, davon sind 8 Wochen vor Beginn des Bachelor-Studiums nachzuweisen, die restlichen fünf Wochen können bis zum Ende des 2. Semesters geleistet werden. Die Hochschule rät zu einer vollständigen Ausbildung zur Gärtnerin/zum Gärtner, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, Baumschule oder Staudengärtnerei vor Beginn des Studiums.

#### Studiengänge und Abschlüsse

Die Studiengänge Bachelor und Master bieten ein modernes, umfassendes und anwendungsorientiertes Studium. An der Hochschule Neubrandenburg wird Wert auf eine praxisnahe, problemorientierte Ausbildung gelegt. Im Rahmen von Projektarbeiten, Exkursionen und Seminaren werden zusätzlich zu Vorlesungen und Übungen Aufgaben aus dem Berufsfeld der Landschaftsarchitektur bearbeitet.

Die Abschlüsse Bachelor of Science (B.sc) und Master of Science (M.sc) bieten durch ihre internationale Kompatibilität auch gute Voraussetzungen für eine spätere Tätigkeit im Ausland. In beiden Studiengängen wird das European-Credit-Transfer-System angewendet. Dies gewährleistet eine hohe Transparenz der erbrachten Studienleistungen.

## Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR - Erfahrungen und Schlussfolgerungen

Wilhelm Thürnagel<sup>1</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden in der Sowjetischen Besatzungszone zunächst die Wasserwirtschaftsämter, Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände weiter.

In den Städten wurden die Aufgaben der Trinkwasserversorgung und, soweit schon vorhanden, der Abwasserableitung und -behandlung später den KWU – Kommunalen Wirtschaftsunternehmen zugeordnet.

Nach der Gründung der DDR begannen schrittweise einschneidende Veränderungen der Organisation der Wirtschaft, so auch der Wasserwirtschaft. In gewissem Umfang war davon auch der Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung betroffen, spielte aber zunächst eine eher untergeordnete Rolle.

In der staatlichen Organisation waren die Bildung der Bezirke und der neuen Kreise, die damit einhergehende Auflösung der Länder gravierende Maßnahmen. Das Amt für Wasserwirtschaft beim Ministerrat der DDR wurde gebildet. In der Wirtschaft waren es die Maßnahmen zur Reorganisation der volkseigenen Industrie<sup>2</sup> und zur Organisation der volkseigenen örtlichen Industrie und der kommunalen Einrichtungen<sup>3</sup>. Die KWU wurden aufgelöst.

Als bedeutsam in diesem Zusammenhang muss noch die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1952<sup>4</sup> erwähnt werden.

Die Wasserwirtschaft wurde mit den Veränderungen in der örtlichen Wirtschaft erstmals ein eigenständiger, volkswirtschaftlicher Bereich der örtlichen Wirtschaft.

Im Ostteil Berlins sind bereits 1951 die Berliner Stadtentwässerung und die Berliner Wasserwerke zu den Groß-Berliner Wasser- und Entwässerungswerken zusammengeführt worden. Offensichtlich ließ man sich bereits dabei davon leiten, die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Verbundes und den wasserwirtschaftlichen Effekt einer einheitlichen Bewirtschaftung des Wassers zu nutzen. Die Beschränkungen und Hemmnisse der fiskalischen Ungleichbehandlung dieser beiden Teile der Wasserwirtschaft bestanden ja nicht mehr.

In der Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft vom 28. August 1952<sup>5</sup>, welche die Grundlagen für die Bildung von volkseigenen Wasserwirtschaftsbetrieben der örtlichen Wirtschaft lieferte, wurde dann auch vorangestellt, dass eine einheitliche Bewirtschaftung des Wassers, gemeint war damit eben die Zusammenführung von Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung, für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der DDR, insbesondere die Schwer-

<sup>1</sup> Mitglied der Arbeitsgruppe Wasserwirtschaft der DDR im IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg. Vortrag auf dem Seminar „Der Klimawandel und die Folgen für die Wasserwirtschaft“ 25. bis 27. März 2008 Heimvolkshochschule am Seddiner See bei Potsdam.

<sup>2</sup> Verordnung über die Reorganisation der volkseigenen Industrie vom 22. Dezember 1950. Gesetzblatt Nr. 148 vom 29. Dezember 1950, Seite 1233.

<sup>3</sup> Verordnung über die Organisation der volkseigenen örtlichen Industrie und der kommunalen Einrichtungen vom 22. Februar 1951. Gesetzblatt Nr. 25 vom 28. Februar 1951, Seite 143.

<sup>4</sup> Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 20. März 1952. Gesetzblatt 1952, Nr. 38 vom 27.3.1952, S. 225 f.

<sup>5</sup> Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft vom 28. August 1952. Gesetzblatt Nr. 120 vom 02. September 1952, Seite 792 ff.

Industrie und die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle spielten. Es heißt in der Verordnung ausdrücklich, dass dadurch auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft fortschrittliche Regelungen erzielt werden sollten.

Für die Wasserwirtschaftsbetriebe der örtlichen Wirtschaft wurden drei Kategorien vorgegeben:

- volkseigene Wasserwirtschaftsbetriebe, die einen Finanzplan nach den Bestimmungen für die volkseigene Wirtschaft aufstellen,
- Wasserwirtschaftsbetriebe, die vereinfachte Wirtschaftspläne aufstellen, so genannte VuD-Betriebe; Versorgungs- und Dienstleistungs-Betriebe,
- wasserwirtschaftliche Kleinstbetriebe, die brutto im Haushalt der Kommunen geplant wurden.

Die Bildung von wasserwirtschaftlichen Kreisbetrieben war zulässig, sofern Aufgaben bestanden, die über den Rahmen der Gemeinden hinausgingen.

In Durchführung der Verordnung entstanden in allen größeren Städten VEB (K) Wasserwirtschaftsbetriebe. In einigen Fällen beschränkten sie sich nur auf die Wasserwerke und führten einen entsprechenden Betriebsnamen. Auch in den Landkreisen wurden VEB (K) Wasserwirtschaft, für mehrere Gemeinden oder auch für den Landkreis insgesamt, gebildet. Das blieben aber zunächst Einzelfälle.

Die Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in den kleineren Städten wurde überwiegend in VuD-Betrieben mit vereinfachter Rechnungsführung organisiert. In den Landgemeinden wurden diese Aufgaben brutto im Haushalt der Gemeinden geplant, soweit dort überhaupt schon Wasserversorgungs- oder Abwasseranlagen bestanden.

Diese Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft stellte außerdem die Aufgaben zur Bildung von zentral geleiteten volkseigenen Wasserwirtschaftsbetrieben nach Großeinzugsgebieten und zur Auflösung der Wasser- und Bodenverbände.

Es entstanden 15 VEB (Z) Wasserwirtschaft. Sie übernahmen die Aufgaben der Wasserwirtschaftsämter und der Wasser- und Bodenverbände. Ihnen oblagen vor allem der Ausbau und die Unterhaltung der Vorfluter sowie der Kulturbau, also der landwirtschaftliche Wasserbau und die Meliorationen. Teilweise hatten sie auch Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung übernommen oder traten zur Unterstützung kleinerer Städte und der Gemeinden als Erfüllungsgehilfen bei Planung, Bau und Betrieb solcher Anlagen auf. Gemäß der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft<sup>6</sup> konnten sie dazu auch auf vertraglicher Grundlage herangezogen werden.

Die VEB (Z) Wasserwirtschaft wurden 1958 aufgelöst<sup>7</sup>. An ihre Stelle traten 7 Wasserwirtschaftsdirektionen nach Großeinzugsgebieten. Sie waren als Haushaltsorganisationen dem Amt für Wasserwirtschaft direkt nachgeordnet. Außerdem wurde je Bezirk ein VEB Gewässerunterhaltung und Meliorationsbau gegründet, an den die Kapazitäten der Gewässerunterhaltung und es Meliorationsbaus der ehemaligen VEB (Z) Wasserwirtschaft übergingen. Aus ihnen wurden später die Meliorationsbaukombinate.

---

<sup>6</sup> Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft vom 9. Dezember 1952. Gesetzblatt Nr. 175 vom 16. Dezember 1952, Seite 1311.

<sup>7</sup> Verordnung über die Vervollkommnung und Vereinfachung der staatlichen Organisation auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft vom 13. Februar 1958. Gesetzblatt Teil I Nr. 15 vom 04. März 1958, Seite 188.

Aus dem erst 1946 gegründeten Wasserbeschaffungsverband Elbaue wurde der VEB Fernwasserversorgung Elbaue. 1966 entstand daraus durch Zusammenführung mit der Wasserversorgung aus dem Ostharz mit dem neu errichteten Wasserwerk Wienrode an der Rappbode-Talsperre der VEB Fernwasserversorgung Elbaue/Ostharz. Dieser Betrieb hatte die Aufgabe, das industrielle Ballungsgebiet um Leipzig und Halle und insbesondere auch diese beiden Städte mit Trinkwasser zu versorgen.

Bei den VuD-Betrieben und den brutto geplanten Einrichtungen kam es immer wieder zu Hemmnissen und Störungen in der Versorgung, bei der Instandhaltung der Anlagen, bei der Realisierung der geplanten Investitionen und auch in der Wirtschaftlichkeit.

Die Situation in den Wasseranlagen der Gemeinden und teilweise auch in den VuD-Betrieben war erschreckend und unterschied sich in nichts von der, wie sie in einem „Gutachten über die Betriebs- und Wirtschaftsverhältnisse von Trinkwasserversorgungsanlagen auf dem Lande“ der Landesgruppe Rheinland-Pfalz des DVGW von 1956 dargestellt wird, aus dem Karl Pahl in seinem Buch „Ein Leben für die Wasserwirtschaft“ auszugsweise zitiert<sup>8</sup>.

Die Anlagen wiesen vielfach erhebliche Mängel in baulicher, betrieblicher, hygienischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf. Die Überwachung und Wartung erfolgte durch örtlich Ansässige ohne die erforderlichen Kenntnisse. Die Folge waren starke Verfallserscheinungen an den Anlagen, häufige Störungen in der Versorgung, ungenügende Qualität des Trinkwassers bis hin zu groben Verstößen gegen die Hygienevorschriften und finanziellen Verlusten für die Kommunen.

Zur Veränderung dieser Situation wurde 1956 mit der dritten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft<sup>9</sup> bestimmt, in den Bezirken leistungsfähige kommunale Wasserwirtschaftsbetriebe als technische Leitbetriebe zu benennen, welche auf der Grundlage entsprechender Verträge die Betreuung solcher Einrichtungen und Betriebe zu übernehmen hatten.

Die Aufgaben der technischen Leitbetriebe umfassten:

- Beratung bei Betrieb und Instandhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen,
- Kontrollen der Betriebssicherheit und des Zustandes der Anlagen,
- Beratung in der Anwendung der einschlägigen Arbeits- und Hygiene-Bestimmungen,
- Beratung und Mitwirkung bei der Aufstellung von Investitions- Generalreparatur- und Werterhaltungsmaßnahmen,
- Unterstützung bei der Perspektiv- und Vorplanung,
- Beratung in betriebswirtschaftlichen Fragen,
- Unterstützung bei der Materialbeschaffung und Organisation der Störreserve.

Außerdem sollte in jedem Bezirk aus Mitarbeitern der Wasserwirtschaftsbetriebe ein Ingenieurskollektiv gebildet werden. Dessen Aufgaben bestanden in der Beratung der Fachabteilung beim Rat des Bezirkes bei der Aufstellung der Perspektiv- und Vorplanung sowie der Jahrespläne und

---

<sup>8</sup> Pahl, K. 2005: Ein Leben für die Wasserwirtschaft. Steffen Verlag Friedland.

<sup>9</sup> Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft vom 07. April 1956. Gesetzblatt Nr. 39 vom 20. April 1956, Seite 333.

in der Mitwirkung bei der Schulung des Personals der Leitbetriebe, welches in den zu betreuenden Betrieben eingesetzt wurde.

Bei dem akuten Personalmangel, insbesondere dem geringen Bestand an Ingenieuren, war dies ein Unterfangen, dem der Erfolg weitgehend versagt bleiben musste.

Die Umsetzung dieser Forderungen erfolgte in den Bezirken deshalb auch mit unterschiedlicher Intensität und Qualität. Beispielsweise wurden im Bezirk Neubrandenburg der VEB (K) Wasserwirtschaft Neubrandenburg und im Bezirk Potsdam der VEB (K) Wasserwirtschaft Falkensee als Technische Leitbetriebe benannt. Diese nahmen die Aufgaben gewissenhaft und mit Erfolg wahr. Im Bezirk Rostock wiederum wurde die Tätigkeit eines Leitbetriebes kaum wirksam. Es entstand aber ein technisches Büro für Wasserwirtschaft und Landeskultur, welches sich diesen Aufgaben widmete und es wurde ein zentrales Einkaufslager der Wasserwirtschaft geschaffen, das alle Aufgaben der Materialwirtschaft übernahm und mit beispielhafter Initiative und Gründlichkeit erfüllte. Ähnlich unterschiedlich vollzog sich auch die Entwicklung in anderen Bezirken. In einigen gab es hingegen kaum Veränderungen.

Obwohl diese Maßnahmen in den Bezirken mehr oder minder zu Verbesserungen des Zustandes bei den wasserwirtschaftlichen Anlagen der brutto geplanten Einrichtungen und schwachen VuD-Betrieben führten und in der Zwischenzeit eine Reihe weiterer Kreiswasserwirtschaftsbetriebe gebildet worden waren, blieb die Situation doch in vielen Gemeinden und großen Teilen der Bezirke unbefriedigend. Zugleich waren auch die Anforderungen an die Wasserwirtschaft, vor allem die Trinkwasserversorgung, zunehmend aber auch an die Abwasserbehandlung erheblich gestiegen und wuchsen ständig weiter an.

Industrie und Landwirtschaft entwickelten sich mit hohem Tempo, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die volkseigenen Güter, der beginnende Wohnungsbau und die Modernisierung der Sanitärausstattungen der Wohnungen verlangten eine gesicherte Wasserversorgung und schadlose Beseitigung des Abwassers.

Das war mit den Strukturen und Organisationsformen der örtlichen Kleinstwasserbetriebe und den örtlichen volkseigenen Betrieben mit vereinfachter Finanzplanung nicht mehr zu leisten. Sie waren überfordert. Noch schwieriger stellte sich dies in den Gemeinden dar, welchen überhaupt noch keine wasserwirtschaftlichen Anlagen zur Verfügung standen.

Industriebetriebe, landwirtschaftliche Genossenschaften und volkseigene Güter errichteten zwar hier und da Eigenanlagen für die Trinkwasserversorgung. Aber das hielt sich in Grenzen und die Probleme bei deren Bau und Betrieb glichen oft denen bei den Anlagen der Gemeinden.

Deshalb beschloss der Ministerrat im Dezember 1962 Maßnahmen zur Bildung und Weiterentwicklung von Kreiswasserwirtschaftsbetrieben<sup>10</sup>. Diesem folgte die Anordnung über die Bildung der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 13.05.1963<sup>11</sup>.

Hiernach war für jeden Kreis ein VEB (K) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung durch Zusammenführung der bestehenden finanz- und brutto geplanten Wasserwirtschaftsbetriebe der Städte und Gemeinden zu bilden. Der Betrieb sollte dem Fachorgan Wasserwirtschaft des

---

<sup>10</sup> Beschluss des Ministerrates zur Bildung und Weiterentwicklung von Kreiswasserwirtschaftsbetrieben vom 19. Dezember 1962 (unveröffentlicht).

<sup>11</sup> Anordnung über die Bildung der VEB (K) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 13.05.1963. Gesetzblatt Teil II Nr. 43 vom 28. Mai 1963, Seite 290.

Rates des Kreises unterstellt werden. Wenn aus technischen oder ökonomischen Gründen die Notwendigkeit bestand, wasserwirtschaftliche Anlagen mehrerer Kreise zusammenzuführen, so sollte ein VEB (B) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung gebildet werden, welcher dem Fachorgan Wasserwirtschaft des jeweiligen Bezirkes zu unterstellen war.

Die Durchführung dieser Anordnung wurde zwar in Angriff genommen, insgesamt ist sie aber nicht wirksam geworden. Es gab zögerliche und abwartende Haltungen in den schon bestehenden Betrieben der Städte und auch bei den Räten der Kreise und Bezirke.

Besonders weit vorangekommen war man bei der Bildung dieser VEB (K) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung im Bezirk Neubrandenburg und auch im Bezirk Potsdam. In vielen andern Bezirken gab es kaum Veränderungen.

Im Zusammenhang mit der Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft für die Wasserwirtschaft und der daraus resultierenden Rolle der Wasserwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft kam es zu dem grundlegenden und weit reichenden Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die Leitung und Organisation der Wasserwirtschaft vom 12. Dezember 1963<sup>12</sup>.

Dieser Beschluss schrieb die Leitung der Wasserwirtschaft nach dem Produktionsprinzip, die komplexe Wasserbewirtschaftung und den Hochwasserschutz nach Großeinzugsgebieten durch die Wasserwirtschaftsdirektionen, die Bildung eines VEB Projektierung Wasserwirtschaft und eben auch die Bildung von VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in den Bezirken vor. Dabei war noch offen gelassen, dass entsprechend den Standortverhältnissen je Bezirk ein oder mehrere Betriebe gebildet werden konnten.

Alle in den Bezirken bestehenden finanz- und brutto geplanten wasserwirtschaftlichen Betriebe und Einrichtungen einschließlich öffentlicher Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung der Städte und Gemeinden waren in die neu zu bildenden VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung (VEB WAB) bis 31.12.1964 einzugliedern.

Die VEB WAB sollten der ebenfalls neu zu bildenden Vereinigung Volkseigener Betriebe - VVB - Wasserversorgung und Abwasserbehandlung unterstellt werden.

Die VVB selbst war dem Amt für Wasserwirtschaft unterstellt. Ebenso auch der VEB Projektierung Wasserwirtschaft (VEB Prowa). Als Sitz von VVB WAB und VEB Prowa wurde Potsdam bestimmt.

Der Beschluss legte auch verbindlich die Verantwortung der Direktoren der WWD und VEB WAB für die Abstimmung der Perspektiv- und Jahrespläne mit den Räten der Bezirke und Einholung deren Stellungnahme, die Rechenschaftspflicht gegenüber den Bezirkstagen und Räten der Bezirke sowie der Mitarbeit in den Katastrophenkommissionen fest. Gleiches galt gegenüber den Großstädten und durch Beauftragte gegenüber den Kreisen, Städten und Gemeinden.

Die Rechte und Aufgaben der Räte der Bezirke und Kreise und analog auch der Städte und Gemeinden sowie die Pflichten der WWD und WAB wurden mit dem Beschluss des Ministerrates

---

<sup>12</sup> Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die Leitung und Organisation der Wasserwirtschaft vom 12. Dezember 1963 (unveröffentlicht).

vom 24. Februar 1965 zur Ergänzung des Beschlusses vom 12.12.1963 über die Leitung und Organisation der Wasserwirtschaft<sup>13</sup> noch weiter präzisiert und vertieft.

In Ausarbeitungen über die Kommunalisierung sowie über die Zentralisierung im Zusammenhang mit der Bildung der WAB findet man häufig völlig falsche Interpretation bezüglich der Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Räten der Kreise und dem Rat des Bezirkes, sowie den Verpflichtungen diesen gegenüber.

In Verbindung mit der Übertragung der Rechtsträgerschaft für das Anlagevermögen und den Grund und Boden auf die WAB ist von einer praktisch damit verbundenen Entmündigung der Kommunen die Rede. Deshalb muss man dazu einige ergänzende Bemerkungen machen.

Die enge Zusammenarbeit mit diesen Staatsorganen seitens der WAB auf allen Ebenen war Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Anforderungen, Hinweise und Kritiken von Seiten der Kommunen, Kreise und des Bezirkes wurden ernst genommen und mussten zu Handlungen führen. Anderenfalls wären heftige Reaktionen zu erwarten gewesen. Die Entwicklung des Betriebes hing davon ab. Arbeitskräftebilanzen, die Zuweisung von Schulabgängern für die Berufsausbildung, die Bilanzanteile für die Bauleistungen wurden in den Kreisen und Bezirken entschieden. Bei den Räten lagen auch die wichtigen Entscheidungen über die Einrichtung von Trinkwasserschutz- und -vorbehaltsgebieten. Ebenso wurde auch die Rechenschaftspflicht gegenüber diesen Organen, die Beratung und Abstimmung mit ihnen sehr ernst genommen. Nur gut informierte Räte konnten die Lage richtig beurteilen, das Erreichte bewerten und notwendigen Maßnahmen unterstützen.

Die Tätigkeit der WAB fand im Territorium statt und hatte zum Ziel, die Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung für die Bürger und die angeschlossenen Betriebe und Einrichtungen von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu gewährleisten.

Wer die Grundsätze der Zusammenarbeit nicht beachtete, sich widerspenstig und ablehnend verhielt, bekam die Gegenwirkungen sehr bald zu spüren.

Die rechtlichen Grundlagen zur Durchführung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates lieferte die Anordnung über die Bildung der VVB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 23. März 1964<sup>14</sup> mit dem als Anlage dazu veröffentlichten Statut der VVB WAB<sup>15</sup> sowie die unter gleichem Datum veröffentlichte Anordnung über die Bildung der VEB WAB<sup>16</sup> mit dem ebenfalls als Anlage veröffentlichten Statut der Betriebe<sup>17</sup>.

Räumte der Beschluss des Präsidiums des Ministerrates von Dezember 1963 noch die Möglichkeit ein, je Bezirk auch mehrere WAB-Betrieb zu bilden, so wurde mit der Anordnung die Bildung nur eines Betriebes je Bezirk bis zum 31.12.1964 verbindlich vorgeschrieben.

---

<sup>13</sup> Beschluss des Ministerrates vom 24. Februar 1965 zur Ergänzung des Beschlusses vom 12.12.1963 über die Leitung und Organisation der Wasserwirtschaft (unveröffentlicht).

<sup>14</sup> Anordnung über die Bildung der Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 23. März 1964. GBI. Teil III, Nr. 20 vom 10. April 1964, S. 205.

<sup>15</sup> Statut der VVB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 23. März 1964. GBI. Teil III, Nr. 20 vom 10. April 1964, S. 205, Anlage.

<sup>16</sup> Anordnung über die Bildung der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 23. März 1964. GBI. Teil III, Nr. 20 vom 10. April 1964, S. 206 f.

<sup>17</sup> Statut der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 23. März 1964; GBI. Teil III, Nr. 20 vom 10. April 1964, S. 206 f., Anlage.

In Anlehnung an die Regelungen zur Bildung der VVB WAB und des VEB Prowa wurden auch auf der Ebene der Bezirke Vorbereitungsgruppen gebildet. Die personelle Zusammensetzung war in den Bezirken unterschiedlich. Im Wesentlichen wurden aber in den Vorbereitungsgruppen Vertreter der leistungsfähigen VEB (K) Wasserwirtschaft, der Fachabteilungen Wasserwirtschaft des Rates des Bezirkes und zum Teil der Räte der Kreise wirksam. Die fachlich-inhaltliche Anleitung erfolgte durch die VVB bzw. bis zu deren Gründung durch Mitglieder ihrer Vorbereitungsgruppe. Die Arbeit der Vorbereitungsgruppen beinhaltete eine Vielzahl von Aufgabenstellungen. Das waren die Erarbeitung der Konzepte und Dokumentationen für die Bildung des Betriebes, Abstimmungen und detaillierte Absprachen mit den Rechtsträgern / Eigentümern der zu übernehmenden Anlagen und Betriebe zur Vorbereitung eines ordnungsgemäßen Rechtsträgerwechsels, Gespräche mit allen Beschäftigten, um sie für den Übergang in den neuen Betrieb zu gewinnen und darauf vorzubereiten sowie Bewertung des Zustandes der Werke und Anlagen durch Inaugenscheinnahme, soweit dies möglich war.

Besonders bei diesen Objektbegehungen wurden oft schlimme Verhältnisse angetroffen. Das Bild, welches sich den Beurteilenden bot, machte sehr betroffen und glich dem von Jahren zuvor, als man sich entschloss, technische Leitbetriebe zu beauftragen. Es war also höchste Zeit dafür, grundlegende Veränderungen durch eine bessere Organisation und fachbezogene Verantwortung vorzunehmen.

Auch dies stellte sich natürlich in den Bezirken differenziert dar. In Bezirken mit einer größeren Anzahl schon gut arbeitender VEB (K) Wasserwirtschaft gab es solche Probleme weniger als in denen, wo dieser Prozess nur zögerlich vorgebracht worden war. Unabhängig vom Zustand der Anlagen und der Situation der zu übernehmenden Betriebe mussten aber alle in den neuen Betrieb eingegliedert werden.

Ich habe diese Entwicklung bis zur Bildung der WAB etwas ausführlicher dargestellt, um dadurch deutlich zu machen, dass sich die Situationen in der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung und die Probleme, insbesondere in den Landgemeinden und kleineren Städten, in beiden deutschen Staaten lange Zeit sehr ähnlich waren.

In jedem Fall musste gehandelt werden.

Die Landesgruppe Rheinland-Pfalz des DVGW schlug in ihrem Bericht vor, darauf Einfluss zu nehmen, dass sich die Gemeinden zügig zu Verbänden zusammenschließen, um dadurch Verbesserungen zu erreichen.

Unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, dem Neuaufbau der Wirtschaft und der Umgestaltung der Landwirtschaft hat man in der DDR durch staatliche, verbindliche Vorgaben Bedingungen für den zügigen Aufbau und die Organisation der Wasserwirtschaft sowie leistungsfähiger Betriebe der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung geschaffen.

Die Entwicklung zeigt auch, dass gründlich nachgedacht und nach Lösungen gesucht wurde, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielen gerecht wurden und zukunftsorientiert waren. Das betrifft insbesondere auch die sachlichen Überlegungen zur einheitlichen Organisation und Leitung von Wasserversorgung und Abwasserbehandlung – zur einheitlichen Bewirtschaftung des Wassers, was ein besonders zukunftsweisender Schritt war.

In einem Interview mit der Zeitschrift „3 R International“ hat 1992 der damalige Präsident des DVGW und technische Geschäftsführer des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung,

Professor Dr.-Ing. Naber, dazu gesagt: „Wir dürfen den natürlichen Weg des Wassers von der Quelle bis zur Mündung in den Ozean zwar für unseren Gebrauch unterbrechen, aber keinesfalls irreparabel in Unordnung bringen. Trinkwasser und Abwasser können sich im Kreislauf der Natur gegenseitig beeinflussen. In den neuen Bundesländern – wie übrigens auch in Westberlin – wurde dieser Tatsache bereits vor Jahren Rechnung getragen, indem man die Wasserver- und Abwasserentsorgung in eine Hand gelegt hat“<sup>18</sup>.

Man kann aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht auch sagen: Wer die wirtschaftlichen Vorteile der Trinkwasserversorgung nutzt und dabei in den Wasserkreislauf eingreift, muss auch dafür Sorge tragen, dass das durch die Nutzung entstehende Abwasser schadlos abgeleitet und bestmöglich gereinigt wieder dem Wasserkreislauf zugeführt wird.

In den Stadtwerken werden verschiedene Sparten, zwischen denen es sachlich keinen oder nur einen sehr vagen Bezug gibt, im wirtschaftlichen Querverbund betrieben – ganz wesentlich mit dem Ziel, defizitäre Bereiche durch Ergebnisse aus wirtschaftlich leistungsstarken Sparten, wozu die Trinkwasserversorgung zweifelsfrei gehört, zu stützen.

Warum tut man sich so schwer, den aus sachlich-fachlicher und ökonomischer Sicht logischen sowie aus ökologischer Sicht zwingenden Verbund zwischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung herzustellen?

Bis heute ist es nicht gelungen, die völlig überholte fiskalische Ungleichbehandlung der beiden Bereiche zu beseitigen und dadurch ein wesentliches Hemmnis für deren Zusammenführung zu beseitigen.

Die Bildung der WAB erforderte neben den schon dargestellten Aufgaben auch größte Sorgfalt bei der Erarbeitung der Schlussbilanzen, zumindest für die finanzgeplanten Betriebe und Einrichtungen, die möglichst exakte Erfassung des Inventars und der beweglichen Grundmittel, die Erarbeitung der Eröffnungsbilanz für den neuen Betrieb und vieles mehr. Das alles war in relativ kurzer Zeit zu bewältigen. Längstens stand dafür die Zeit bis Ende 1964 zur Verfügung. In den meisten Bezirken war man bemüht, den Betrieb möglichst zu einem früheren Zeitpunkt arbeitsfähig zu machen, zumal sich in der Übergangszeit trotz aller Sorgfalt auch Unsicherheit und Nachlässigkeit breit machten.

Der WAB Neubrandenburg nahm als erster seine Arbeit bereits am 01. Januar 1964 auf. Hier war gründlich vorbereitet worden. Der technische Bezirksleitbetrieb hatte ganze Arbeit geleistet. Es folgten weitere Betriebe in anderen Bezirken zum 01. April 1964, darunter der WAB Potsdam. Die Mehrzahl nahm ihre Arbeit zum 01. Juli 1964 auf. Einige wenige, bei denen sich die Probleme doch etwas häuften, folgten dann zum 01. Oktober und zum Jahresende 1964.

Die Betriebe waren juristische Personen, wurden in das Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragen und arbeiteten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Für die Organisation galten das schon erwähnte Produktionsprinzip und hinzukommend das Territorialprinzip. Die Rahmenstruktur war vorgegeben und es ist auch strikt darauf geachtet worden, dass diese eingehalten wurde. Einen Überblick gibt dazu *Abbildung 1 im Anhang zu diesem Beitrag*.

---

<sup>18</sup> Prof. Dr.-Ing. Gerhard Naber, Präsident des DVGW, Technischer Geschäftsführer des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung. Interview mit der Zeitschrift "3R international". 3R international, 31 (1992) Heft 1/2.

Der Betrieb wurde durch den Betriebsdirektor geleitet. Ihm unterstanden der Technische Direktor, der Produktionsdirektor und der Ökonomischer Direktor mit ihren Fachdirektoraten, außerdem der Hauptbuchhalter mit seiner Sonderstellung als staatlicher Kontrolleur des Betriebes. Stabsorgane des Betriebsdirektors waren die Abteilungen Kader/Bildung und Arbeitssicherheit.

In der Fläche waren die Betriebe nach dem Territorialprinzip in Betriebsbereiche gegliedert. Die Betriebsbereichsleiter unterstanden dem Betriebsdirektor. Innerhalb der Betriebsbereiche wiederum erfolgte die Gliederung spezialisiert, also entsprechend dem Produktionsprinzip nach Aufgabeninhalten in Ingenieur- bzw. Meisterbereiche für Betrieb und Instandhaltung der Wasserwerke, der Wasserversorgungsnetze, der Abwassernetze und der Abwasserbehandlungsanlagen. Hinzu kamen Werkstätten und Bauabteilungen.

Dem Betriebsbereichsleiter standen als Stabsorgane ein technisches Büro, dem Produktionsingenieure angehörten, eine Investitionsbauleitung und ein Bereichsökonom mit entsprechenden Mitarbeitern zur Verfügung bzw. sollten als solche eingerichtet werden.

Die Betriebsbereiche waren zunächst relativ selbstständige Einheiten und mussten alle Aufgabenbereiche selbst ausfüllen. Das umfasste Planung, Abrechnung, Lohnbuchhaltung, Absatzorganisation und -abrechnung, Investitionsdurchführung und -bauleitung und vieles mehr. Das wurde erst im Verlaufe der Entwicklung durch Rationalisierung und Konzentration, vor allem der Abrechnung, des Absatzes, der Lohnbuchhaltung und der Investitionen verändert, um den Betriebsbereichen Luft zu schaffen für die Konzentration auf die Aufgaben der Ver- und Entsorgung. Die Anzahl der Betriebsbereiche sollte gering gehalten werden. Deshalb waren sie relativ groß angelegt und umfassten jeweils das Gebiet von 3 bis 5 Kreisen. Wenn auch die Kreise damals flächenmäßig relativ klein waren, musste doch von jedem Betriebsbereichsleiter und auch von den Ingenieuren und Meistern ein recht ausgedehntes Gebiet bedient werden. Lag dann noch eine größere Stadt, etwa mit mehr als 30 bis 40 TE innerhalb des Verantwortungsbereiches, welche alle Aufmerksamkeit und Kräfte des Betriebsbereichsleiters und der Fachingenieure forderte, blieben Vernachlässigungen in den umliegenden Kreisen oft nicht aus. Das wurde, zumindest in einigen Betrieben, sehr bald als Nachteil erkannt und später auch verändert.

Die Arbeit in den Betrieben holperte zunächst noch etwas. Mehr und mehr aber kam Sicherheit hinein und es ging voran. Investitionen, welche ins Stocken geraten waren, wurden wieder weiter geführt. Andere, welche immer wieder hinausgeschoben worden waren, wurden in Gang gebracht. Ursachen für Versorgungsstörungen wurden schwerpunktmäßig beseitigt. Versorgungskonzeptionen wurden erarbeitet und Programme aufgestellt für die sofortige, mittel- und längerfristige Verbesserung der Situation in der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung. Die Ausstattung mit Fahrzeugen und Arbeitsgeräten wurde verbessert. Intensiv wurde daran gearbeitet, die Personalstruktur zu verbessern. Die Anzahl des Produktionspersonals war, dem Aufgabenumfang entsprechend, zu erhöhen, damit verbunden der Anteil der Facharbeiter und der Kräfte mit Spezialausbildung.

Große Anstrengungen wurden auch unternommen, um die Anzahl der Mitarbeiter mit einem abgeschlossenen Hoch- oder Fachschulstudium zu erhöhen. Viele Struktureinheiten waren ja wegen des fehlenden Personals nicht ausreichend besetzt und deshalb nur bedingt arbeitsfähig. Beispielsweise waren 1964 im WAB Schwerin 51 Beschäftigte tätig, die über einen Hoch- oder Fachschulabschluss verfügten, im WAB Rostock waren es nur 27 Personen und selbst im großen WAB Dresden waren es nur 122 Personen.

Im Rahmen der vorgegebenen Strukturen entwickelten sich die Betriebe eigenständig. Das war abhängig von den unterschiedlichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen in den Bezirken, von deren wirtschaftlicher Entwicklung und ihrer Bedeutung im Rahmen der Volkswirtschaft und selbstverständlich auch von den Führungsqualitäten der Führungskräfte in den Betrieben selbst.

Im überwiegend durch die Entwicklung der Landwirtschaft geprägten Bezirk Neubrandenburg kam es darauf an, möglichst schnell die Trinkwasserversorgung auf dem Lande zu verbessern. Dazu wurde das Konzept der Einzelversorgung der Gemeinden unter Nutzung der örtlichen Grundwasserdarangebote geringeren Umfangs entwickelt, was bedeutet, dass im Prinzip für jede Gemeinde ein eigenes kleines Wasserwerk errichtet wurde. Dazu wurde eine Standardplanung für den Bau der Wasserwerke in Mastenbauweise vorgenommen. Bauhülle und technologische Ausrüstung waren für verschiedene Ausbaugrößen typisiert und standardisiert. Die Mastenbauweise war zur rationellen Errichtung von Bauwerken im Landwirtschaftsbau entstanden. So gelang es dem WAB Neubrandenburg in wenigen Jahren, einen hohen Anschlussgrad an die zentrale Trinkwasserversorgung zu erreichen.

Im Bezirk Rostock, dessen wirtschaftliche Entwicklung durch die Werften und deren Zulieferbetriebe, die Landwirtschaft und das Erholungswesen gekennzeichnet war, hat der WAB Rostock dem Aus- und Aufbau von Gruppenwasserversorgungen und Verbundsystemen den Vorrang gegeben. Ähnlich oder noch ausgeprägter wurde dieser Weg in den WAB Magdeburg und Cottbus beschritten.

Die Betriebe in den Gebieten des Braunkohletagebaues hatten mit dessen Auswirkungen auf die Grundwasserdarangebote zu kämpfen und darauf ihre Kräfte zu konzentrieren. Vor besonders großen Herausforderungen beim Aufbau der Betriebe standen auch diejenigen in den Ballungsgebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und Konzentration in Großstädten, wie Halle, Leipzig, Dresden, Chemnitz und auch Magdeburg. In diesen Betrieben gab es auch häufigere Anfangsschwierigkeiten und im weiteren Verlauf hin und wieder mehr Probleme als in den anderen. Dies soll genügen, um die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und die Herangehensweise an die Lösung der Aufgaben anzudeuten.

Zunehmend wurde für die Betriebe auch die Anleitung und Unterstützung der VVB WAB wirksam. Dienstberatungen, Erfahrungsaustausche und Konsultationen halfen beim Verständnis der aktuellen Aufgaben und bei der Entscheidungsfindung für die Führung der Betriebe und die Lösung von Problemen. Von großer Bedeutung war der persönliche Kontakt zu den Kollegen der anderen Betriebe. Man half sich gegenseitig mit Rat und oft auch Tat.

Relativ früh, schon 1966/67 wurde mit der Zentralisierung und Rationalisierung der Routineabrechnungsprozesse in der Lohn- und Gehaltsrechnung, im Absatz und auch in der Kosten- und Finanzrechnung mit Hilfe der EDV begonnen.

Auf dem Gebiet der Produktion und der Instandhaltung bildeten sich zunehmend moderne, rationelle Methoden und leistungsfähige Einheiten heraus. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Mehranlagenbedienung der Werke zur Reduzierung des Bedienungsaufwandes, die Bildung von Spezialbrigaden für Ausbau und Instandhaltung der Elektro- und Mess-, Steuer- und Regeltechnik, der verstärkte Aufbau eigener Bauabteilungen.

Hervorzuheben ist auch der Aufbau eigener Kapazitäten für verfahrenstechnische Untersuchungen und Lösungen in der Wasserbehandlung oder auch der Einsatz von Hydrologen bzw. Geohydrologen, die eigenständig Untersuchungen, Beurteilungen und Bewertungen der Wasserdar-

gebote, ihrer Inanspruchnahme und ihres Schutzes vornahmen, wodurch Leistungssteigerungen und nachhaltige Bewirtschaftungen gefördert wurden.

Besonders erwähnenswert ist ebenfalls der Auf- und Ausbau der Zentrallabore zur Eigenüberwachung der Trinkwasserqualität und der Einhaltung der Abwassereinleitungswerte, zur Überwachung der gewerblichen und industriellen Indirekteinleiter, zur Durchführung technologischer Untersuchungen bei der Erforschung von Ursachen für Störungen oder zur Leistungssteigerung von Aufbereitungsprozessen.

Die Überwachung der Trinkwasserqualität durch staatliche Hygieneeinrichtungen und der Abwassereinleitung durch die staatliche Gewässeraufsicht wurden selbstverständlich davon unberührt durchgeführt.

1972 wurde das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft gebildet<sup>19</sup>. Damit waren für die Wasserwirtschaft insgesamt, ganz wesentlich aber auch für die WAB bedeutende neue Bedingungen für die Entwicklung verbunden. Die Stellung der Wasserwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft wurde gestärkt. Die Führung durch das Ministerium wurde straffer. Die Anforderungen stiegen und das Tempo der Entwicklung wurde erhöht. Die technische Ausrüstung wurde verbessert, ebenso die Materialversorgung, die Ausreichung von Bilanzanteilen und die Einordnung der erforderlichen Maßnahmen in die Pläne.

Eine erste wichtige Maßnahme des Ministers war die Herbeiführung des Beschlusses des Ministerrates vom 25. Juli 1972 über Maßnahmen für die zusätzliche Erweiterung und Verbesserung der Trinkwasserversorgung in ländlichen Gebieten<sup>20</sup>.

Die bis dahin erreichten Ergebnisse beim Aufbau zentraler Trinkwasserversorgung auf dem Lande waren bis auf Ausnahmen nicht ausreichend. Die WAB mussten sich auf die Erfüllung der Anforderungen in den Städten und Schwerpunkten, insbesondere auch die Standorte des Wohnungsbaus konzentrieren.

Auch die zunehmende Belastung örtlicher Wasserdargebote auf dem Lande mit Nitrat, infolge der Leistungsentwicklung in der Landwirtschaft, der Steigerung der Tierproduktion, der Großflächenbewirtschaftung und dem sorglosen bis leichtfertigen Umgang mit der Gülle, erforderte verstärkt Maßnahmen.

Der Beschluss gab Orientierungen für die Erschließung von Reserven, gewissermaßen über den Plan hinaus, vor. Damit war eine vereinfachte Projektierung/Planung der Vorhaben, die Nutzung der volkswirtschaftlichen Masseninitiative, also der Bereitschaft der Bürger, selbst mit Hand anzulegen, die Bereitstellung von Technik aus landwirtschaftlichen und anderen Betrieben für die Durchführung der Bauleistungen und die Bereitstellung zusätzlicher Materialkontingente, besonders für Rohmaterial verbunden.

Die Vorbereitungen erfolgten durch die Kommunen, die Räte der Kreise und den Rat des Bezirkes. Die WAB gaben bei der Projektierung, der Bauleitung, beim Rohrleitungsbau und bei der Abrechnung Unterstützung. Die fertig gestellten Anlagen wurden in das Anlagevermögen der WAB übernommen und von diesen betrieben. Ähnliche Unterstützung gab auch der VEB Projektierung Wasserwirtschaft.

---

<sup>19</sup> Bekanntmachung über die Bildung von Ministerien vom 03. Januar 1972. Gesetzblatt Teil II, Nr. 2 vom 18.01.1972, S. 18 f.

<sup>20</sup> Beschluss des Ministerrates vom 25. Juli 1972 über Maßnahmen für die zusätzliche Erweiterung und Verbesserung der Trinkwasserversorgung in ländlichen Gebieten (unveröffentlicht).

In allen Bezirken entwickelten sich viele beeindruckende Initiativen und es wurden bis 1989 große Fortschritte erzielt.

Aus Einzelabrechnungen und Berichten der Betriebe kann darauf geschlossen werden, dass bis 1989 insgesamt etwa 12 bis 15 % der Erhöhung des Anschlussgrades an die Trinkwasserversorgung erreicht wurden.

Ergänzend sei bemerkt: Die WAB stellten sich auch den Problemen, welche aus dieser Entwicklung für die Abwasserbehandlung entstanden und suchten nach Lösungen dafür. Es gab dann folgerichtig eine ergänzende Orientierung für die Anwendung der Grundsätze dieses Beschlusses auch für die Errichtung von Abwasserbehandlungsanlagen auf dem Lande.

Im Zusammenhang mit grundlegenden Veränderungen in der Volkswirtschaft durch die Bildung von Kombinat, welche direkt den Industrieministerien unterstanden, wurde 1975 auch die VVB WAB aufgelöst und die WAB ebenfalls direkt dem Ministerium unterstellt. Im weiteren Verlauf wurden durch das Ministerium konsequent auf die Stärkung der Wasserwirtschaft und den Ausbau ihrer materiell-technischen Basis gedrungen. Eine wichtige Entscheidung in diesem Zusammenhang war 1978 die Bildung des Kombinates Wassertechnik und Projektierung Wasserwirtschaft mit dem Forschungszentrum Wassertechnik<sup>21</sup>. Im Kombinat waren die Kapazitäten für die Herstellung wichtiger, spezifischer wassertechnischer Ausrüstungen und Geräte, z. B. Druck- und Filterkessel, Rohrgitterkaskaden, Ionenaustauschanlagen zur Nitrateliminierung, Räumbrücken, Schlammabwäger und Hochdruckspülgeräte, konzentriert. Hier erfolgten auch die Reparatur und die Verwaltung der so wertvollen Unterwassermotorpumpen. Das Kombinat führte im VEB Projektierung Wasserwirtschaft alle Planungsaufgaben für wasserwirtschaftliche Investitionen aus, vorrangig für die Wasserwirtschaft, aber auch für andere Bereiche der Volkswirtschaft.

Im Forschungszentrum Wassertechnik waren die Kapazitäten für die spezielle technologische Forschung für die Wasseraufbereitung, den Betrieb und die Instandhaltung der Netze, die Abwasser- und Schlammbehandlung konzentriert.

Um die technische Entwicklung zu unterstützen und noch wirksamer werden zu lassen, wurden geeignete VEB WAB als Erzeugnisgruppenleitbetrieb benannt. In Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum und den Wassertechnikbetrieben wurden auf den verschiedensten Gebieten neue technische und Rationalisierungslösungen entwickelt. Das umfasste technologische Lösungen für die Trinkwasseraufbereitung und Abwasser- und Schlammbehandlung, Automatisierungs-, Prozessüberwachungs- und -steuerungslösungen, Verwaltungsrationalisierung mit Hilfe der EDV und Methoden zur Verbesserung der Arbeitsorganisation.

Dies alles war richtig und unter den konkreten Bedingungen der Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR auch unumgänglich.

Mit der Bildung der Kombinate in der Wirtschaft entstanden zunehmend schwierigere Bedingungen, Leistungen für die Ausführung von Aufgaben, die außerhalb des eigentlichen Aufgabenspektrums der Wasserwirtschaft lagen, zu binden. Wenn man also vorankommen wollte, musste man sich die erforderlichen Gewerke und Leistungsbereiche selbst aufbauen.

---

<sup>21</sup> Weisung Nr. 30/78 über die Gründung des VEB Kombinat Wassertechnik und Projektierung Wasserwirtschaft vom 12. Dezember 1978. VuM des MUW Nr. 1/79 vom 7. Dezember 1979, S. 1. – Weisung Nr. 32/78 über die Gründung des Forschungszentrums Wassertechnik vom 12. Dezember 1978. ebenda, S. 2.

Im Kombinat Wassertechnik und in den WAB wurde darauf viel Kraft verwandt. Erinnert sei beispielsweise nur an die eigenen Bauleistungen, Werkstattleistungen für die Instandsetzung von KFZ, Maschinen und Geräten, Herstellung von Rationalisierungsmitteln, Leistungen im Bereich Elektro- und MSR-Technik, einschließlich Eigenfertigung von Leiterplatten für die Automatisierung oder auch die Anstrengungen zur Eigenherstellung von PE-Rohrformstücken mit Hilfe einer extra zu diesem Zwecke mit Unterstützung durch das Ministerium erstrittenen Spritzgussmaschine.

Die dabei erbrachten Leistungen und erreichten Erfolge können sich sehen lassen. Es muss aber auch beachtet werden, dass dadurch in erheblichem Umfang Kapazitäten gebunden wurden, die für die Durchführung der ureigensten Aufgaben verloren gingen.

Zur weiteren Vervollkommnung der Leitung und Planung und Rationalisierung der Verwaltungsarbeit in den WAB wurden mit der Weisung Nr. 13/80 des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft<sup>22</sup> sowie der dazu erlassenen Rahmenordnung vom 01. Juli 1981<sup>23</sup> die Organisation der Betriebe und ihre Aufbaustruktur einschneidend verändert. Einen Überblick über die Leitungsstruktur nach Durchführung der Weisung 13/80 gibt *Abbildung 2 im Anhang*.

Der Betrieb wurde durch den Direktor geleitet. Ihm unterstanden der Hauptingenieur, Fachdirektoren für Ressorts und Versorgungsbereichsleiter. Die Stelle des Hauptingenieurs wurde neu eingerichtet. Er war verantwortlich für alle Aufgaben der Produktion und Instandhaltung, einschließlich der Werkstätten und Spezialbereiche, für die stabile Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und Abwasserableitung und -behandlung, die wissenschaftlich-technische Entwicklung und die Neuererbewegung. Dem Hauptingenieur unterstanden:

- Der Haupttechnologe. Dieser war zugleich Leiter der Abteilung Verfahrenstechnik.
- Der Chefingenieur für Wasserversorgung. Er war zugleich Leiter der Wasserversorgung der Bezirksstadt.
- Der Chefingenieur für Abwasserbehandlung. Dieser war analog zugleich Leiter der Abwasserbehandlung der Bezirksstadt.
- Der Hauptmechaniker. Er hatte zugleich die Abteilung Mechanik zu leiten.
- Der Dispatcher
- Der Gruppenleiter Produktionsökonomie
- Der Leiter des Büros für die Neuererbewegung

Mit der direkten Verantwortung der Chefingenieure und des Hauptmechanikers für die Führung von Prozessen sollten eine höhere Wirksamkeit, ein besseres Verständnis für die konkreten Belange der Produktion erreicht und eine eventuelle Verselbständigung unterbunden werden.

Damit war für diese Leiter aber auch ein ständiger Gewissenskonflikt verbunden, sich unmittelbar auf die Aufgaben in dem unterstellten Bereich zu konzentrieren oder mit gleicher Intensität

---

<sup>22</sup> Weisung Nr. 13/80 zur weiteren Vervollkommnung der Leitung und Planung und Rationalisierung der Verwaltungsarbeit in den VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung vom 20. August 1980 (VD Nr. 0115/80).

<sup>23</sup> Rahmenordnung für die Leitung, Planung und Organisation der Arbeit des Hauptingenieurs, der Fachdirektoren, der Leiter der Versorgungsbereiche und für die Gestaltung des Dispatchersystems in den VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sowie im VEB Fernwasserversorgung zur weitem Durchsetzung der Weisung 13/80. Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft; Drucksache vom 01. Juli 1981.

sich der Anleitung, Unterstützung und Kontrolle in den anderen Bereichen zu widmen. Für die komplexe Wahrnehmung der Aufgabe fehlte meistens die Kraft. Dieser Spagat gelang nur in wenigen Betrieben. Andere griffen zu Sonderregelungen.

Ebenfalls neu war die Funktion des Fachdirektors für Investitionen.

Diesem waren zugeordnet bzw. unterstellt

- der Abteilungsleiter Investitionen,
- die Leiter der Investitionsbauleitungen,
- der Abteilungsleiter für Materialwirtschaft mit dem Zentrallager.

Hervorzuheben als inhaltlich neu wären die Aufgaben der Investitionsbegutachtung und Investitionspreisprüfung.

Mit der Rahmenordnung wurden auch die Aufgaben des Fachdirektors für Planung und Ökonomie und des Fachdirektors für Rechnungsführung und Finanzkontrolle (des Hauptbuchhalters) im Detail präzisiert. Der Aufgabenkomplex der EDV-Einsatzvorbereitung und Rechentechnik wurde an das ebenfalls neu zu bildende Fachdirektorat für Betriebsorganisation, Rechentechnik und allgemeine Verwaltung übergeleitet.

Als beratendes Organ war unter der Leitung des Direktors eine Direktion zu bilden, der die Fachdirektoren und Versorgungsbereichsleiter angehörten. Die Direktion trat in regelmäßigen Abständen zur Beratung zusammen.

Die Vorgaben für die Veränderungen der Organisation in den Betriebsbereiche, welche jetzt treffender Versorgungsbereiche genannt wurden, waren ähnlich gravierend, wie die im Bereich des Hauptingenieurs. Der Versorgungsbereichsleiter wurde erstmals in einem offiziellen Dokument als Vertreter des Direktors in seinem Verantwortungsbereich benannt. Damit wurden seine Stellung und seine hohe Verantwortung im Territorium deutlich. Dem Versorgungsbereichsleiter nachgeordnet waren nach dem Produktionsprinzip Produktions- bzw. Ingenieurbereiche für Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Spezialaufgaben nachzuordnen. Entsprechend den territorialen Bedingungen konnte eine weiter gehende Spezialisierung auf Wasserwerke, Rohrnetze, Abwasserbehandlungsanlagen und Kanalnetze erfolgen. Für die Leitung der Produktionsbereiche sollten Ingenieure oder Meister eingesetzt werden. Innerhalb der Produktionsbereiche wiederum sollte die Arbeit in Meisterbereiche oder Brigaden organisiert werden. Für Ausnahmefälle war sogar zugelassen, dass Produktionsarbeiter dem Produktionsbereichsleiter direkt unterstellt wurden.

Die Entscheidungen über die Gliederung der Versorgungsbereiche sollten unter Beachtung der territorialen Ausdehnung, der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Territoriums, der Konzentration und der Kompliziertheit des Anlagevermögens sowie der Anzahl der Arbeitskräfte getroffen werden. Mit der Weisung 13/80 und der Rahmenordnung zu ihrer Durchsetzung wurde den komplizierten, unterschiedlichen Bedingungen und Entwicklungen in der Organisation der Produktion und Instandhaltung in den Territorien entsprochen. Im Rahmen einer einheitlichen Grundorientierung war ausreichend Spielraum für die Anpassung an die jeweiligen Bedingungen gegeben.

Die Durchführung der Aufgaben zur Veränderung der Aufbauorganisation der WAB erfolgte in den Betrieben wiederum sehr differenziert. Bei der Einrichtung der Fachdirektorate gab es kaum Differenzen, obwohl auch Widersprüche laut wurden. Bei der inhaltlichen Zuordnung der Aufga-

ben zu den Fachdirektoraten wurde aus den unterschiedlichsten Gründen in Einzelfällen abgewichen. Aber das war unbedeutend. Die Grundstruktur der Leitung der WAB wurde durchgesetzt und bestand bis zu deren Umwandlung in Kapitalgesellschaften.

In der Organisation der Versorgungsbereiche blieben jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben bestehen bzw. verstärkten sich.

Einige Betriebe verringerten entsprechend der, mit der Weisung gegebenen Orientierung konsequent die territoriale Ausdehnung der Versorgungsbereiche auf das Gebiet von ein oder zwei politischen Kreisen und erhöhten damit die Anzahl der Versorgungsbereiche. Zugleich verringerte sich damit auch die Anzahl der Leitungsebenen, weil den Versorgungsbereichsleitern je nach Aufgabenstellung unmittelbar Leiter für die einzelnen Fachgebiete Wasserwerke, Trinkwassernetze, Abwassernetze, Kläranlagen, E- und MSR-Technik, Werkstätten usw. nachgeordnet werden konnten.

Der Versorgungsbereichsleiter als Vertreter des Direktors im Territorium konnte sich in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen auf ein, maximal zwei Stadt- oder Kreisverwaltungen und weniger Kommunen konzentrieren und dadurch wirksamer werden. Damit wurde zugleich auch mehr Bürgernähe erreicht.

In anderen Fällen hat man die die Versorgungsbereiche in der Ausdehnung der bisherigen Betriebsbereiche bestehen lassen und Verbesserungen durch die Einfügung von Leitungsebenen unterhalb der Ebene des Versorgungsbereichsleiters angestrebt.

Wenn über die Wirksamkeit der Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung und die Leistungen der WAB gesprochen und darüber geurteilt wird, sollten einige Rahmenbedingungen und Zusammenhänge beachtet werden, die nicht sofort auf den ersten Blick erkennbar sind.

Hinderlich auf die Entwicklung der WAB wirkten sich die zum Zeitpunkt ihrer Bildung und noch Jahre danach bestehenden eingeschränkten Kommunikationsbedingungen aus. Gerade in Flächenbetrieben, wie es die WAB waren, sind diese von besonderer Wichtigkeit. Für die Überbrückung von Entfernungen standen nur das Festnetztelefon und der Fernschreiber zur Verfügung. Sie waren lange Zeit die einzigen Mittel, schnell und möglichst zeitnah Informationen über Betriebszustände, Ereignisse und Störungen auszutauschen. Es war ein wesentlicher Fortschritt, als Anfang der 1970er Jahre in begrenztem Umfang und mit Auflagen der Dispatcherfunk eingeführt werden konnte. Unter den heutigen Bedingungen und Möglichkeiten, welche Computertechnik, Messtechnik, Automatisierung, Überwachung und Steuerung der Anlagen, Mobilfunk und -telefon, Internet und GPS bieten, wären Betriebe von der Größe und Organisation der WAB zu höchsten Ergebnissen in Rationalität und Effektivität fähig, was sich vor allem in geringeren Kosten und günstigen Preisen und Gebühren für die Bevölkerung niederschlagen würde.

Die Preispolitik in der DDR für Dinge des Grundbedarfs der Bevölkerung, wozu das Trinkwasser und auch die Abwasserableitung zweifelsfrei zu rechnen waren, ließ Preiserhöhungen oder die Einführung kostendeckender Preise nicht zu. Für die Bevölkerung galten in der DDR und noch bis Ende 1990 die in den Preis- und Gebührensatzungen der Kommunen oder Verbände bis 1945 und gegebenenfalls auch noch bis zur Gründung der DDR ausgewiesenen niedrigen Preise. Sie lagen bei 25 bis 30 Pfennig/m<sup>3</sup>. Auch mit den späteren Preisreformen änderte sich daran nichts, denn die höheren Preise wurden nur gegenüber den volkseigenen Wohnungsverwaltungen wirksam. Sie wurden nicht an die Bevölkerung weiter gegeben und deshalb für diese auch

nicht spürbar. Ausnahmen waren nur für neu erschlossene Gemeinden und völlig neue Stadtteile zulässig.

Dies führte zunehmend zu einem sorgloseren Umgang mit dem Trinkwasser. Dieser Trend verstärkte sich mit der Modernisierung der Sanitäreinrichtungen, dem Ausbau des Kleingartenwesens, dem Siedlungsbau und dem Wohnungsbau. Hinzu kam, dass die Verbrauchsmessung für die Bevölkerung immer mehr vernachlässigt wurde. Den Bürgern wurden anstelle gemessener Verbrauchsmengen feste Pauschalsätze berechnet. Dies hatte seine Ursachen im Mangel an Wasserzählern. Die einzige Produktionsstätte für Wasserzähler in der DDR, der VEB Gaselan Fürstenwalde, hatte die Produktion Mitte der 1960er Jahre eingestellt. Später wurden durch das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft einige Importe für Wasserzähler durchgesetzt aber das änderte die Situation kaum.

Noch entscheidender für die Vernachlässigung der Verbrauchsmessung aber war wohl die völlig falsche Auffassung hinsichtlich der Bewusstseinsentwicklung der Bürger, mit der dann auch selbstverständlich ein sparsamer Umgang mit dem Wasser verbunden gewesen wäre. Der Wasserverbrauch der Bevölkerung entwickelte sich dadurch rasant. Insbesondere stiegen die Verbrauchszahlen in den Naherholungs- und Erholungsgebieten in den Frühjahrs- und Sommermonaten und in Zeiten geringer Niederschläge. Der Durchschnittsverbrauch lag in vielen Versorgungsgebieten bei 250 l/E+d, der Spitzenverbrauch beim 3- bis 5-fachen des Durchschnittsverbrauchs. Auf solche hohen Werte stieg der Verbrauch in Spitzenzeiten an und darauf mussten die Wasserwerkskapazitäten und die Rohrleitungen ausgelegt werden.

Mit den Maßnahmen lief man der Entwicklung des Wasserverbrauchs immer hinterher. Versorgungsbeeinträchtigungen, Qualitätseinbußen, restriktive Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung waren in den Frühjahrs- und Sommermonaten unvermeidlich. Neben der Überlastung der Wasserdarbote und der Aufbereitungskapazitäten resultierte aus dieser Situation in vielen Versorgungsgebieten auch eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Rohrschäden, weil höhere Werksausgangsdrücke gefahren werden mussten. Dies alles führte zu hohen Betriebskosten und Verärgerungen bei der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten. Besonders hoch aber war der Aufwand an Investitionen für neue Wasserwerke, Erweiterung der Aufbereitungsanlagen und zusätzliche Transportleitungen.

Dieser Situation beim Umgang mit dem Trinkwasser standen die großen Anstrengungen zur rationellen Wasserverwendung in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gegenüber. Durch das Ministerium und die Betrieb wurde viel getan, um durch Information, Anleitung, Austausch von Erfahrungen und auch Kontrolle deutliche Erfolge im sparsamen Umgang mit dem Wasser und auch zur Senkung der Abwasserbelastung zu erreichen. Eigens zu diesem Zweck wurde durch das Ministerium auch eine Leitstelle für rationelle Wasserverwendung eingerichtet.

Mit der Einführung kostendeckender Preise und dem verstärkten Einbau von Wasserzählern ab Mitte 1990 änderte sich das Verhalten der Bevölkerung beim Trinkwasserverbrauch schlagartig.

Heute liegt der Durchschnittsverbrauch bei 125 l/E+d und in vielen Versorgungsgebieten noch weit darunter<sup>24</sup>. Der Spitzenverbrauch übersteigt auch in hoch frequentierten Erholungsgebieten den Durchschnittsverbrauch kaum um das Doppelte. Die Jahresabgaben der Wasserwerke sind um 50 % und mehr zurückgegangen. Viele kleinere Wasserwerke konnten stillgelegt werden.

---

<sup>24</sup> wat 2008: künftige Anforderungen an die Wasserwirtschaft im Fokus energie I wasser-praxis Heft 3/2008, S. 46 f.

Die Trinkwasserqualität ist auch in Spitzenzeiten ohne Beanstandungen. Die Anzahl der Rohrschäden, auch an älteren Leitungen ist deutlich geringer.

Auf die negativen Auswirkungen, wie Stagnation des Trinkwassers in den Rohrleitungen und mehr Ablagerungen in der Kanalisation, will ich hier nicht eingehen.

Legt man die heutigen Zahlen des spezifischen Wasserverbrauchs zu Grunde, dann ist unschwer zu erkennen, dass die Wasserwirtschaft der DDR Investitionen in Größenordnungen hätte einsparen oder für andere Aufgaben, wie die Modernisierung der Werke, die Erneuerung der Netze, die Erhöhung des Anschlussgrades oder auch den verstärkten Bau von Abwasseranlagen einsetzen können. Das macht sicherlich deutlich, welchen hohen materiellen Schaden die, wenn auch gut gedachte, Politik stabiler Verbraucherpreise hinsichtlich der Wasserpreise verursacht hat und wie dadurch das Image der Wasserversorgung in der DDR beschädigt wurde. Es bestätigte sich: was nichts kostet, wird nicht wert geschätzt! Daran ändert auch eine mögliche Bewusstseinsentwicklung nichts.

Eine andere wesentliche Bedingung, welche die Entwicklung der WAB maßgeblich bestimmte, war das 1971 auf dem 8. Parteitag der SED beschlossene Wohnungsbauprogramm – im Grunde eine herausragende soziale Aufgabenstellung für die Gesellschaft. Aus der Durchführung dieses Programms in Umfang und Tempo entstanden aber an vielen Standorten für deren Erschließung Anforderungen an die WAB, welche sie nicht, nicht termingerecht oder nur unter Zurückstellung, d. h. Vernachlässigung anderer Aufgaben, erfüllen konnten.

Beachten muss man dabei, dass die notwendigen Bau- und Ausrüstungsleistungen nur begrenzt zur Verfügung standen und in Form von Bilanzanteilen vorgegeben wurden. Diese Anteile waren nicht an den Erfordernissen, sondern dem Aufkommen und dessen Verteilung auf die einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft ausgerichtet. Oft reichten also schon diese vorgegebenen Bilanzanteile nicht aus, um alle technisch erforderlichen Maßnahmen in den Plan einzuordnen. Häufig wurden auch die in den Plan eingeordneten Vorhaben nicht oder nicht im geplanten Umfang von den dafür benannten Bau- oder Ausrüstungsbetrieben durchgeführt. So war unvermeidlich, dass Wohnungen fertig gestellt und bezogen wurden, die notwendigen Vorleistungen, die so genannte Primärschließung, aber noch nicht abgeschlossen war. Störungen in der Trinkwasserversorgung und erhebliche Probleme bei der Abwasserableitung waren die Folge. Dies führte zu Verärgerungen bei den Bürgern und Kritiken der örtlichen Staatsorgane an den Versorgungsbetrieben, die diese Situation eigentlich nicht zu verantworten hatten.

Erschwerend für die Aufgabenerfüllung und Leistungsentwicklung wirkten sich zunehmend die Limitierung des Verbrauchs von Brenn- und Treibstoffen aus. Gerade für Flächenbetriebe mit hoher Mechanisierung, wie die WAB, waren Mobilität und Einsatzbereitschaft der Arbeitgeräte eine Grundbedingung.

Auch die Aufwendungen in Verbindung mit der Energieträgerumstellung waren eine große Belastung. Später kamen Störungen der kontinuierlichen und bedarfsgerechten Materialversorgung hinzu.

Dennoch gelang es unter Führung durch das Ministerium auch in den Jahren bis 1989, die Schwierigkeiten immer wieder zu überwinden und weitere Fortschritte in der Entwicklung der Betriebe sowie bei der Erfüllung der Versorgungsaufgaben zu erreichen. Das galt für die Erhöhung der Stabilität in der Trinkwasserversorgung, die Verbesserung der Trinkwasserqualität und die Einhaltung der Qualitätsparameter mittels spezieller Qualitätssicherungsprogramme, die

Verbesserung der Abwasserbehandlung und die Einrichtung biologischer Reinigungsstufen ebenso, wie für den weiteren Ausbau der Automatisierung des Betriebes der Anlagen, der Fernüberwachung und Fernsteuerung, die Erhöhung der Effektivität in der Instandhaltung und selbstverständlich die konsequente Senkung des Verwaltungsaufwandes und die weitere Rationalisierung der Verwaltungsarbeit mit Hilfe der EDV und Computertechnik.

Die Arbeiter und Angestellten fühlten sich in den Betrieben wohl, hatten gute Arbeitsbedingungen und erfüllten ihre Aufgaben mit Fleiß und Einsatzbereitschaft. In allen Betrieben herrschten gute soziale Bedingungen und gab es gute Angebote für die Urlaubsgestaltung.

Das Verantwortungsgefühl der Mitarbeiter, die Haltung zu ihrem Betrieb zeigte sich auch im Herbst 1989. Es gab an vielen Orten in den Betrieben heftige Auseinandersetzungen und Kritiken an Hemmnissen und Missständen. Es kam aber in Verbindung damit zu keiner Zeit zu Arbeitsniederlegungen und in keinem Versorgungsgebiet zu Störungen oder Versorgungsausfällen.

Im Frühjahr 1990 wurden die WAB auf der Grundlage der Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen vom 01. März 1990 in Kapitalgesellschaften umgewandelt<sup>25</sup>. Es entstanden 13 GmbH und 2 AG. Der WAB Berlin wurde Eigenbetrieb des Magistrats von Berlin. Die Betriebe, welche gerade den Jahresabschluss 1989 hinter sich gebracht hatten oder noch damit beschäftigt waren, mussten nun Schlussbilanzen zum 31.03. bzw. 30.04.1990 als volkseigene Betriebe und Eröffnungsbilanzen als Kapitalgesellschaften zum 01.04. bzw. 01.05.1990 sowie die Bilanzbrücke dazu erarbeiten. Damit waren Entscheidungen zum Grund- und Eigenkapital, den Vermögensbestandteilen, zu Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten zu treffen. Wenig später war der Abschluss der Buchführung in Mark der DDR zum 30.06.1990 auf der Grundlage einer Inventur sämtlicher Vermögensgegenstände und Schulden sowie einer Gewinn- und Verlustrechnung im Sinne des Handelsgesetzbuches zu erarbeiten und die DM-Eröffnungsbilanz zu erstellen. Anschließend musste man sich schon wieder auf die Kalkulation kostendeckender Preise für Wasser und Abwasser konzentrieren. Das ist alles beanstandungsfrei erfolgt, woraus auf die große Leistungsfähigkeit und Flexibilität dieser Betriebe, auf den Leistungswillen und die Disziplin der Leiter und Mitarbeiter und auch den Zusammenhalt und die Kollegialität geschlossenen werden kann.

Die 15 WAB, also einschließlich WAB Berlin und der VEB Fernwasserversorgung Elbaue/Ostharz betrieben 1990 rd.

- 6.200 Wasserwerke mit einer Kapazität von 8.300 Tm<sup>3</sup>/d,
- 98.500 km Trinkwasserleitungen,
- 37.100 km Abwasserleitungen,
- 1.100 Kläranlagen mit einer Kapazität von 270 Tm<sup>3</sup>/h.

Mit diesen Anlagen wurden in den neuen Bundesländern und Ostberlin

- 15,4 Mio. Bürger mit Trinkwasser versorgt, was einem Anschlussgrad von 93,6 % entsprach; 1965 lag der Anschlussgrad noch bei 78,2 %.

---

<sup>25</sup> Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen vom 01. März 1990. Gesetzblatt I Nr. 14; S. 107.

- für 12,1 Mio. Bürger das Abwasser abgeleitet, was einem Anschlussgrad von 73,6 %, an Kläranlagen von 71,4 % entsprach; 1965 lag der Anschlussgrad noch bei 58,6 % und an Kläranlagen bei 39,2 %.

Die Betriebe beschäftigten rd. 24.000 Mitarbeiter, darunter

- 17.500 Facharbeiter,
- 1.600 Meister,
- 4.100 Ingenieure, Technologen und Kaufleute.

In diesen Zahlen spiegeln sich die Ergebnisse der Heranbildung des Facharbeiternachwuchses in eigenen, gut geführten Betriebsberufsschulen und modern ausgerüsteten Lehrwerkstätten sowie die erfolgreiche Bildungsarbeit der 1956 eröffneten Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg für die Aus- und Weiterbildung von Fachingenieuren sowie die Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Sektion Wasserwesen der Technischen Universität Dresden wider.

Die Unternehmen, nun jedoch ohne WAB Berlin, tätigten 1990 zusammen Investitionen für rd. 1,5 Mrd. DM bzw. 780 Mio. Euro. 1991 wurden 2,6 Mrd. DM bzw. 1,34 Mrd. Euro investiert, davon jeweils etwa 2/3 im Trinkwasserbereich und 1/3 in der Abwasserbehandlung. Investitionen in solcher Höhe sind nur wirtschaftlich leistungsfähigen und soliden Unternehmen möglich. Ab 1992 gingen die Investitionen als Folge der Maßnahmen zur Entflechtung der Betriebe drastisch zurück.

Entsprechend dem Einigungsvertrag endete die Preisbindung für Leistungen der Wasserwirtschaft (Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung) am 31.12.1990 und verbunden damit wurde die Zahlung von Subventionen an die Wasserunternehmen eingestellt. Deshalb war es erforderlich, kostendeckende Preise zu kalkulieren, die ab 01.01.1991 in Kraft traten. Sie betragen damals für Trinkwasserbezug durch private Haushalte umgerechnet 0,77 Euro bis 1,00 Euro/m<sup>3</sup> und für die Abwasserentsorgung 0,41 Euro bis 1,13 Euro/m<sup>3</sup>.

Im Jahre 1991 realisierten die Unternehmen ohne den Berliner Betrieb einen Umsatz von 3,2 Mrd. DM oder 1,64 Mrd. Euro, davon aus Trinkwasserverkauf 990 Mio. Euro und im Bereich Abwasserbehandlung 650 Mio. Euro. Diese Zahlen machen die hohe Wirtschaftlichkeit der WAB-Betriebe bzw. der daraus hervor gegangenen Unternehmen überzeugend deutlich. Auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der seither getätigten Investitionen und der negativen Wirkungen des Rückgangs des Wasserverbrauchs auf die Wirtschaftlichkeit ist daran nichts zu deuteln. Die Unternehmen verfügten zu dem Zeitpunkt noch über ein großes Potential zur Rationalisierung und Kostensenkung, dessen Nutzung diese Wirkungen deutlich gedämpft hätte. Ganz zu schweigen von den enormen Aufwendungen, welche bei der Entflechtung der Unternehmen entstanden sind.

Die zuvor gemachten Angaben sind den Jahresberichten 1990 und 1991 des Verbandes der Unternehmen für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserbehandlung e. V. entnommen<sup>26</sup>. Dieser Verband, kurz VUKWA e. V. war ein Zusammenschluss der ostdeutschen Wasserbetriebe. Er wurde am 12. März 1990 durch die Direktoren der WAB gegründet. Schon im April sind auch die Berliner Wasserbetriebe Mitglied des Verbandes geworden. Der Zusammenschluss erfolgte mit dem Ziel der Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber den Organen des

---

<sup>26</sup> Jahresbericht 1990 des VUKWA e. V., S. 5/6 und Jahresbericht 1991 des VUKWA e. V., S. 55; Drucksache.

Staates, der Treuhandanstalt und den Gewerkschaften sowie der Organisation der Zusammenarbeit, der Informationsvermittlung, der Beratung und des Gedanken- und Erfahrungsaustausches. Entgegen immer wieder laut gewordener Einwürfe, wurde der Verband durch die Eintragung in das Vereinsregister rechtsfähig, ebenso, wie die aus den WAB hervorgegangenen Kapitalgesellschaften durch deren Eintragung in das Handelsregister.<sup>27</sup>

Insbesondere bei der Umwandlung der Betriebe in Kapitalgesellschaften hat der Verband durch Schulungen zum Gesellschaftsrecht, zur Anfertigung von Bilanzen und der Bilanzbrücken, durch Informationsveranstaltungen zur Finanzierung solcher Unternehmen und vieles andere mehr, große Unterstützung gegeben. Zeitweilig war der Verband sogar Beauftragter der Treuhandanstalt und hat für diese, in Ermangelung anderer Entscheidungsträger, beispielsweise auch die Geschäftsführeranstellungsverträge unterzeichnet.

Später lagen die Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt. Es wurde an der Erarbeitung von Vorschlägen für die Besetzung der Aufsichtsräte mitgewirkt. Beratung zu speziellen Fragen der Entwicklung der einzelnen Betriebe wurde gegeben. Zur Information über die Vorteile der großen Unternehmen und Erörterung der Probleme der Überführung des Betriebsvermögens in kommunales Eigentum wurden mehrere Konferenzen organisiert – wie die Entwicklung zeigte, leider ohne Erfolg für den Erhalt der Unternehmen. Auf einer solchen Konferenz schrieb jemand unter dem Eindruck der heftigen Wortgefechte sinngemäß auf einen Zettel: „Es wäre bedauerlich, wenn die hervorragend organisierten WAB-Betriebe dem Kindbettfieber der Neufindung der Kommunen zum Opfer fielen“.

Abschließend sollte noch auf die positiven Wirkungen der Tarifverhandlungen, zunächst mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft, wie sie sich damals nannte, und dann auch mit der ÖTV verwiesen werden. Wesentliche Ergebnisse waren:

- die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche ab 1.11.1990 bei möglicher Gestaltung einer flexiblen Arbeitszeitregelung;
- die schrittweise Einführung einer einheitlichen Vergütungstabelle für Arbeiter und Angestellte beginnend ab 1. September 1990 mit Steigerungsstufen in Anerkennung von Berufserfahrung;
- die Vergütungserhöhungen für Auszubildende ab 1. September 1990;
- die sozialen Abfederungen durch Umschulung und Fortbildung im Rahmen eines Rationalisierungsschutzabkommens, einschließlich Abfindungsregelungen;
- eine lebensaltersabhängige Erhöhung des Erholungsurlaubs bis auf 30 Arbeitstage und Ausgestaltung der Urlaubsregelungen;
- Definition der Beschäftigungszeit, d. h. Anerkennung der Jahre der Berufstätigkeit in den WAB-Betrieben.

Gemeinsam mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände und mit großer Unterstützung durch diese wurden die Tarifverhandlungen mit beiden Gewerkschaften weitergeführt. Sie endeten mit einer weiteren Einkommenserhöhung für die Arbeiter und Angestellten ab 01. Oktober 1991, der Übernahme des kommunalen Tarifrechts-Ost mit Besitzstandswahrung, der Übernahme des kommunalen Tarifrechts-Ost für Auszubildende und Übernahme des Rationalisierungsschutzabkommens des öffentlichen Dienstes in den alten Bundesländern für Angestellte

---

<sup>27</sup> Gesetz über Vereinigungen - Vereinigungsgesetz - vom 21. Februar 1990. Gesetzblatt I Nr. 16 vom 28. Februar 1990.

und Arbeiter. Damit bestanden für die Beschäftigten in den Wasserunternehmen tarifrechtlich Sicherheiten für die unsichere Phase der Aufteilung der Betriebe, die inzwischen in Gang gekommen war.

Der Verband beendete seine Tätigkeit im September 1992 durch Selbstauflösung.

Der vorliegende Beitrag entstand im Zusammenhang mit dem Seminar des IUGR-Arbeitskreises Wasserwirtschaft der DDR zum Thema: „Der Klimawandel und die Folgen für die Wasserwirtschaft“. Es stellt sich sicher manchem die Frage, welchen Bezug hat die Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung der DDR dazu und warum wird darüber unter dieser Thematik gesprochen? Dazu wenige Worte.

In verschiedenen Gremien und auf Veranstaltungen wird über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft gesprochen und es werden Möglichkeiten erörtert, wie man sich darauf vorbereiten und diesen begegnen kann. Zunehmend ist dabei von gründlicherer Beobachtung und Bewertung der Wasserdarstellungsentwicklung, vom weiteren Ausbau von Verbundsystemen in der Wasserversorgung und vom Aufbau leistungsfähiger Unternehmen die Rede. Alles dieses war in den WAB-Unternehmen, mit ihrem Aufbau und ihrer Organisation, ihrer hohen Professionalität, ihrer Konzentration an Fachwissen und Kompetenz, praktisch Realität.

Obwohl die Fragen zur Entwicklung zukunftsorientierter Strukturen und Betriebsgrößen von größter Aktualität sind, wird beispielsweise eine völlig unsinnige Diskussion über die Liberalisierung auch in der Trinkwasserversorgung geführt. Solche Überlegungen sind dumm. Trinkwasser hat eine Identität – Strom nicht. Trinkwasser ist Lebensmittel, das wichtigste Lebensmittel und kann durch nichts ersetzt werden. Strom nicht, obwohl unstrittig auch wichtig.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind zweifelsfrei wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dabei kommt der Wasserversorgung der absolut höchste Stellenwert zu. Beides sind öffentliche Aufgaben, Aufgaben des Staates, der Länder und der Kommunen. Die dafür erforderlichen Anlagen gehören in die öffentliche Hand, wie auch immer die Rechtsformen der ausführenden Unternehmen gewählt werden.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung müssen wirtschaftlich aber vorrangig an den Bedürfnissen der Bürger orientiert sein. Beide Aufgaben dürfen nicht vorrangig oder gar ausschließlich wirtschaftlichen Zielen dienen.

Die WAB waren regional organisierte, auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtete, wirtschaftlich arbeitende Betriebe in der Hand des Staates. Sie boten gegenüber lokalen Ver- und Entsorgern insbesondere wirtschaftliche, personelle und betriebstechnische Vorteile, beispielsweise durch eine koordinierte und wirtschaftliche Planung und Durchführung der Investitionen, günstige Finanzierungsbedingungen und eine größere Flexibilität am Kapitalmarkt, einen konzentrierten und preisgünstigen Einkauf von Material und Ausrüstungen in größeren Mengen sowie eben auch leistungsfähige Kapazitäten auf den verschiedensten fachlichen Gebieten.

Die deutsche Wasserwirtschaft, die Bundesrepublik Deutschland haben eine einmalige, historische Chance für eine Vorbereitung und Ausrichtung dieses wichtigen Bereiches der Daseinsvorsorge auf die zukünftigen Anforderungen vertan, indem sie zuließen, dass die Entscheidungen über das Schicksal der aus den VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung hervorgegangenen Gesellschaften durch die Treuhandanstalt den zwar formal Zuständigen, aber nicht mit

dem erforderlichen Sachverstand Ausgestatteten überlassen wurden. Diese haben allzu häufig Kommunalisierung mit Entflechtung gleichgesetzt oder verwechselt.

In dem Zusammenhang ist nochmals aus dem schon erwähnten Interview mit Herrn Prof. Naber zu zitieren. Er vertrat die Meinung: „Die bestehende und bewährte Struktur der Siedlungswasserwirtschaft in den neuen Bundesländern sollte aus wasserwirtschaftlichen, infrastrukturellen, ökologischen und nicht zuletzt auch aus ökonomischen Gründen nicht zerschlagen werden. Ich kann mir sogar vorstellen, dass solche Strukturen auch entsprechende Rückwirkungen auf die alten Bundesländer haben“.

Obwohl dies damals keine Einzelmeinung und ähnliche Äußerungen häufiger zu hören waren, nahmen die Offiziellen so etwas nicht zur Kenntnis und ließen solche Meinungen unbeachtet.

Es ist ein Glück, dass dort, wo rechtzeitig Sachverstand waltete und Einsicht und Vernunft die Entscheidungen begleiteten, die völlige Zerstörung sinnvoller, effektiver Strukturen verhindert wurde. Dadurch sind doch noch eine Vielzahl größerer Gesellschaften und Zweckverbände entstanden, sind Verbundsysteme, Fernwasserversorgungen und Gruppenwasserversorgungen in einer Hand geblieben und ist auch der Verbund von Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung häufig beibehalten worden.

Die Diskussion über die damaligen Entscheidungen, über die Vergabe der Chancen und über notwendige Veränderungen, hin zu größeren Wirtschaftseinheiten in der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, sind nie abgebrochen, eher wieder stärker und lauter geworden.

Es würde mich freuen, wenn ich mit diesen Ausführungen dazu einen nützlichen Beitrag geleistet hätte.

## Literatur

Kraemer, R. A. & van der Wall, H. 1991: Die Wasserwirtschaft in der DDR – Studie im Auftrage der Hans-Böckler-Stiftung. Hg.: Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin.

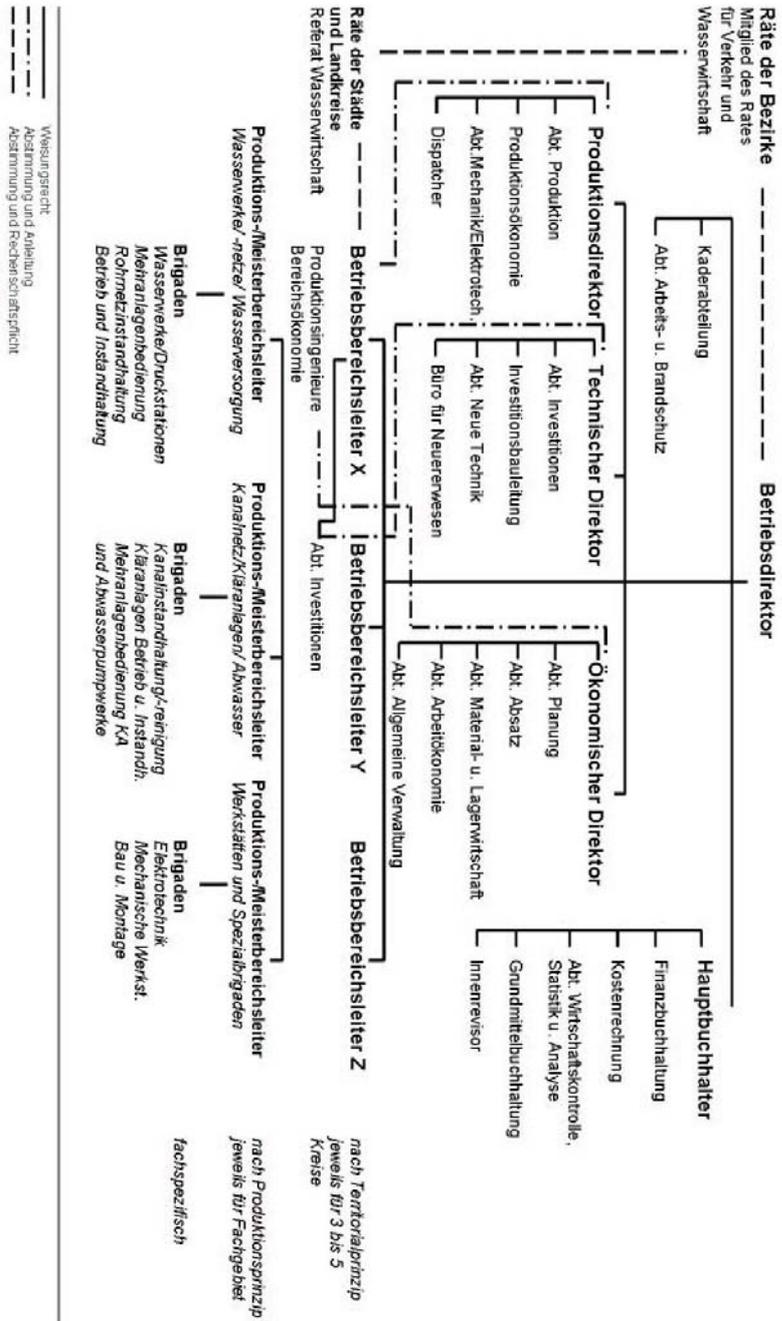
Kähler, K. et al. 1990-1994: I. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im Bezirk Potsdam bis 1990 – Bericht und Dokumentationen. II. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im Bezirk Potsdam. Entflechtung und Kommunalisierung zum 1. Juli 1994 – Durchführung im Einzelnen. III. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im Bezirk Potsdam. Vom staatlichen Betrieb zu den Unternehmen der Gemeinden – Bericht und Dokumentation. ISBN-Nr: 3-9808235-417

## Anhang

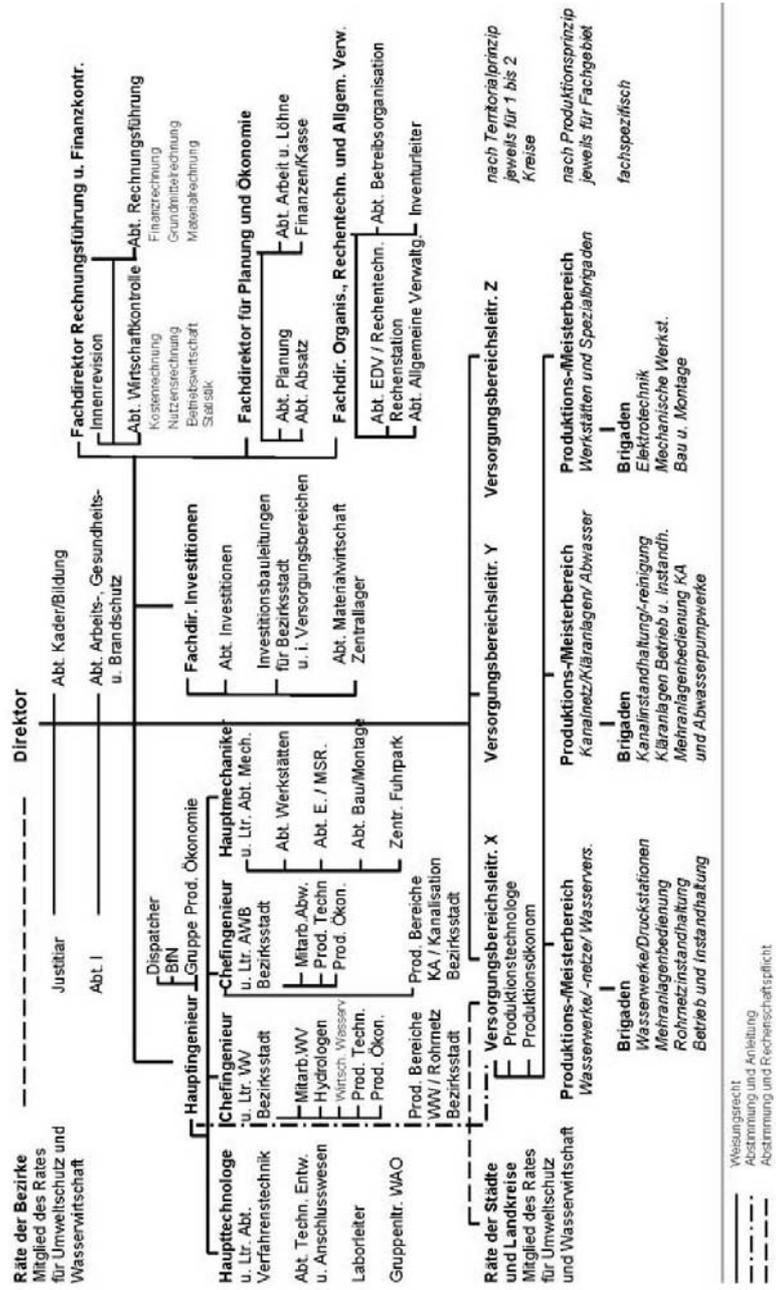
Organigramm der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Übersicht – Stand 1964

Organigramm der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Übersicht – Stand 1981

**Organigramm der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Übersicht - Stand 1964**



Organigramm der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Übersicht - Stand 1981



## Jubiläums-Spendertreffen 2007 und Einladung zum nächsten in Berlin am 23. Januar 2009

Nach längerer Pause fand am 16.11.2007 endlich wieder ein Treffen von Spendern und Spenderinnen von Archiv- und Bibliotheksgut für das Studienarchiv Umweltgeschichte und von weiteren Freunden und Freundinnen des IUGR statt. Leider konnten nicht alle angemeldeten Gäste



kommen, da zu dieser Zeit der „große“ Streik der Lokführer stattfand. Etwa 20 Personen besonders aus Thüringen und Sachsen sowie Sachsen-Anhalt, die mit dem Zug anreisen wollten, waren davon betroffen, sodass im Wesentlichen Gäste aus dem Berlin-Brandenburger Raum anwesend waren. Manche hatten sich seit Jahren nicht mehr gesehen.

Im Mittelpunkt des Treffens standen Berichte über die nun schon 17 Jahre umfassende Sammlungsarbeit des IUGR e.V. und über die Zukunft der Einrichtung an der Hochschule Neubrandenburg.

Behrens blickte in seinem Vortrag auf die Geschichte der Sammlung „Studienarchiv Umweltgeschichte“ seit 1991 zurück und rief zahlreiche Arbeitsschwerpunkte und Veranstaltungen in Erinnerung.

Die folgenden Fotos vermitteln einen kleinen Einblick in die Arbeit mit der Sammlung.

Mit dem ABM-Projekt Nr. 246/91/962 „Informations-, Dokumentations- und Beratungssystem zur Geschichte des Naturschutzes in den neuen Bundesländern“ und den darin angestellten Mitarbeiterinnen Carla Tammer und Annerose Sohler sowie Jürgen Hopfmann und einer Tüte voller Zeitungsausschnitte (siehe Foto) über die Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt fing alles an ... Für das ABM-Projekt herrschten heute geradezu unglaubliche Bedingungen: Es lief dann 27 Monate und zu den Personalkosten, die sich an der Vor-Qualifikation der Beschäftigten orientierten, kamen 30 % Sachmittel !!

Vortragsveranstaltungen, „Spendertreffen“, einzelne Tagungen, mehrere Ausstellungen, fast 20 Monografien, zahlreiche Aufsätze und Vorträge von IUGR-Mitgliedern, Betreuung vieler, vieler Nutzer und Nutzerinnen der Sammlung sowie etliche Förderprojekte im Archiv- und Bibliotheksbereich, die mehreren dadurch geförderten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen jahrelang „Brot und Arbeit“ sicherten, spiegeln die Auseinandersetzung des IUGR e.V. mit der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in Ostdeutschland bzw. der DDR wider.



Einer der ersten Spender: Prof. Dr. Dr. Horst Kurth (rechts), hier mit Dr. Uwe Wegener (siehe Beitrag im vorliegenden Heft)



# In guten Händen

Material zu Ornithologie und Vogelschutz in der DDR

Neubrandenburg/vthb. Dieser Tage erhielt das Studienarchiv Umweltgeschichte des Instituts für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Fachhochschule Neubrandenburg wieder einen außerordentlich interessanten Zugang. Siegfried Hamsch und

DDR. Die Unterlagen spiegeln die Entwicklung der Ornithologie und des Vogelschutzes in der DDR seit den 1950er Jahren bis 1989 wider. Siegfried Hamsch war Jahrzehnte lang Fachsekretär in der Abteilung Natur und Heimat im Kulturbund der DDR, zunächst

langjährigen Forschungen über die seit einigen Jahren in Deutschland ausgestorbene Blaurocke in Form einer mehrere hundert Seiten starken Monographie sowie eine Medaille, die für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Ornithologie - Kulturbund der DDR" vergeben worden war.



Übergabe der Materialien im Naturkunde-Museum Berlin (von links Siegfried Hamsch, Prof. Böhrens, Prof. Stephan). Foto: Fachhochschule

Prof. Dr. Burkhard Stephan übergeben Prof. Dr. Hermann Behrens (FH) umfangreiches Material zu ihrer Arbeit im Zentralen Fachausschuss Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der

im Kreis Guben und dann bei der Zentralen Kommission Natur und Heimat des Kulturbundes in Berlin.

Prof. Dr. Burkhard Stephan war Kurator und Leiter der Ornithologischen Abteilung am Institut für Systematische Zoologie des Museums für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin. Er gründete in den 1960er Jahren die IG Avifauna der DDR sowie die Mitteilungen dieser IG und wurde Mitglied des Zentralen Fachausschusses für Ornithologie und Vogelschutz bei der Zentralen Kommission Natur und Heimat des Kulturbundes der DDR. Dank seiner Initiative entstanden 3 Bände über die Avifauna in der DDR (Mecklenburg, KLAFS & STÜBS 1977, 1979, 1987; Brandenburg: E. RUTSCHKE 1983; Thüringen: D. v. KNORRE et al. 1986). Drei Jahrzehnte war Stephan auch Mitglied des Redaktionsbeirats der Fachzeitschrift „Der Falke“. Sämtliche genannte Publikationen befinden sich bereits in der Bibliothek des „Studienarchivs Umweltgeschichte“ des IUGR e. V.



Die Hauptarbeit: Der Kontakt mit unseren Spendern und Spenderinnen und die Pflege sowie Nutzung des Bestandes im Studienarchiv Umweltgeschichte.



## Bilder einer Ausstellung ...

Die Ausstellung „Naturschutz im Wandel“ wandert seit 2001 durch Deutschland.



**Das Motto des IUGR e.V.: Archive bergen nicht die ganze Wahrheit – Zusammen mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen Geschichte aufarbeiten!**

**An den vom IUGR e.V. herausgegebenen Veröffentlichungen arbeiteten seit 1993 ca. 200 Personen mit! Liste der Monographien:**

Wurzeln der Umweltbewegung: Die Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. (Forum Wissenschaft Studien 18). Marburg 1993

Umweltbewegungs- und Umweltforschungsgeschichte (Forum Wissenschaft Studien 19). Marburg 1993

Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR (Forum Wissenschaft Studien 30. Marburg 1993

Umweltgeschichte: Wissenschaft und Praxis (Forum Wissenschaft Studien 27). Marburg 1994

Ökologisches Erbe und ökologische Hinterlassenschaft (Forum Wissenschaft Studien 34). Marburg 1995

Wirtschaftsgeschichte und Umwelt - Hans Mottek zum Gedenken (Forum Wissenschaft Studien 29). Marburg 1996



Landschaftstage – Kooperative Planungsverfahren in der Landschaftsentwicklung. Erfahrungen aus der DDR (Forum Wissenschaft Studien 38). Marburg 1996

Von der Landesplanung zur Territorialplanung - Zur Entwicklung der räumlichen Planung in der SBZ/DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre (Forum Wissenschaft Studien 41). Marburg 1997

Landschaftsentwicklung und Landschaftsplanung in der Region „Mecklenburgische Seenplatte“. Neubrandenburg 2000

Naturschutz im vereinigten Deutschland. Rückblick und Vorschau, Gewinne und Defizite. Ideenforum des ehemaligen Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Berlin 2000

Landschaft und Planung in den neuen Bundesländern – Rückblicke. Berlin 2001  
 Kulturlandschaftselemente – erfassen, bewerten, darstellen. Berlin 2001  
 Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick, 2 Halbbände, (Forum Wissenschaft Studien 45/1 und 45/2). Marburg 1998; 2. Aufl. Berlin 2002  
 Von der Naturdenkmalpflege zum Prozessschutz in den Nationalparks. Berlin 2002  
 Naturschutzgebiete im 21. Jahrhundert. Berlin 2002  
 Kretschmann: Lüge und Wahrheit. Berlin 2003  
 Perspektiven der Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin 2004  
 Historische Kulturlandschaften als Gegenstand der Landschaftsplanung. Berlin 2004  
 Zukunft des Ehrenamtes im Natur- und Umweltschutz. Berlin 2005  
 Zukunft der Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern (2006)  
 Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 2: Sachsen-Anhalt. Steffen-Verlag Friedland 2006  
 Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 1: Mecklenburg-Vorpommern. Steffen-Verlag Friedland 2007  
 Umweltschutz in der Deutschen Demokratischen Republik. Analysen und Zeitzeugenberichte. 3 Bände. oekom-Verlag München 2007  
 „IUGR-Standpunkte“ Nr. 1 und 2 (2002/2005) und ca. 20 Hefte „Studienarchiv Umweltgeschichte“ und Vorläufer (BNU-IUGR-Mitteilungen)

## Ohne Unterstützung läuft nichts ! Dank gilt ...



**Den bisher fast 430 Spendern und Spenderinnen von Bibliotheks- und Archivmaterial**

STIFTUNG  
AUFARBEITUNG



Rektorat und KollegInnen der HS Neubrandenburg



Bundesanstalt für Arbeit



Landesumweltamt  
Brandenburg



den zahlreichen Einzelspendern und -spenderinnen, Naturschutzverwaltungen der neuen Bundesländer, Eurawasser AG, Berliner Sparkasse, Stiftung Naturschutz Berlin ...  
u.v.a.m.



Land NRW



Jost Reinhold  
Stiftung



Stiftung Umwelt- und  
Naturschutz M-V



Umweltministerium  
Bildungsministerium

Der Vorsitzende des IUGR e.V., **Prof. Dr. Mathias Grünwald**, stellte dar, welche Perspektiven sich der Sammlung Studienarchiv Umweltgeschichte an der Hochschule Neubrandenburg bieten. Grünwald, Hochschullehrer im Studiengang Landschaftsarchitektur und Umweltplanung und zugleich Prorektor für Forschung, Wissenstransfer und internationale Beziehungen, unterstrich zunächst, dass die Entwicklung der Sammlung und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes auch weiterhin die Unterstützung der Hochschulleitung erfahren werden. Im Zuge der Strukturveränderungen an der Hochschule werden sich dabei die Bedingungen für das Studienarchiv in räumlicher Hinsicht weiter verbessern, da durch den Umzug der Bauingenieure von Neubrandenburg nach Wismar bisher von diesen genutzte Räume mitgenutzt werden können.



**Andreas Grape** stellte schließlich die Ergebnisse der Erschließung des Archivbestandes im Studienarchiv dar. Es gelang ihm mittlerweile, den gesamten bis 2006 gesammelten Archivbestand im Studienarchiv zu erschließen (*vgl. den umfassenden Bericht im vorherigen Heft Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 12 (2007) – der Abschlussbericht folgt im nächsten Heft*).

## Einladung

Liebe Spender und Spenderinnen von Archivs- und Bibliotheksgut und Freunde und Freundinnen des Studienarchivs Umweltgeschichte, in Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, findet am Freitag, 23.01.2009, von 10 bis ca. 16 Uhr das nächste Treffen statt. Sie sind herzlich eingeladen zu diesem Wiedersehen.



Anschrift des Tagungsortes:

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin. Telefon 030.2043506, Fax 030.2041263. E-Mail: [kontakt@hausderdemokratie.de](mailto:kontakt@hausderdemokratie.de)

Sie erreichen den Tagungsort mit der Tramlinie M4 sowie den Buslinien 200 und 240. Haltestelle ist jeweils "Am Friedrichshain".

## Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte

Hans-Werner Frohn

Die fünfjährige Amtsdauer der Gremien der Stiftung Naturschutzgeschichte endete im November 2007. Die Neuberufung des Kuratoriums und die Neuwahl des Vorstandes standen unter dem Zeichen von Kontinuität und Wandel. Zum Ende der Amtsperiode des Kuratoriums schieden der frühere Präsident des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Dr. Hartmut Vogtmann und Frau Gila Altmann (Bund), die Herren Hans-Walter Schuster (BUND-NRW) und Dr. Norbert Kühn (NRW-Stiftung) aus dem Kuratorium aus. Neu berufen wurden die Parlamentarische Staatssekretärin im BMU, Frau Astrid Klug, die neue Präsidentin des BfN, Frau Prof. Dr. Beate Jessel, Herr Paul Kröfges (BUND-NRW) und Dr. Gert Schönfeld (NRW-Stiftung). Bei der Neukonstituierung des Kuratoriums wurde Herr Olaf Tschimpke zum Vorsitzenden und Frau Prof. Dr. Beate Jessel zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Das Kuratorium wählte anschließend erneut Herrn Prof. Albert Schmidt zum Vorstandsvorsitzenden sowie Frau Prof. Dr. Adelheid Stipproweit zu seiner Stellvertreterin. Neu in dieses Gremium wurde Frau Prof. Carola Becker, Frau Martina Grote, Herr Prof. Dr. Winfried Schenk sowie Herr Hubert Kofferath gewählt. Die Herren Prof. Dr. Mathias Grünwald, Dr. Uwe Wegener und Thomas Neiss wurden als Vorstandsmitglieder bestätigt.

Das Archiv der Stiftung Naturschutzgeschichte wuchs seit Mitte 2007 stetig. So konnten erneut umfangreiche Bestände eingeworben werden. Da ist zum einen das Depositum des österreichischen Juristen und Botanikers Dr. Hans Helmut Stoiber (Salzburg/Linz), der ein umfangreiches Nationalparkarchiv angelegt hat, zu nennen. Zum anderen übergab die Witwe des 2007 verstorbenen renommierten Landschaftsarchitekten Reinhard Grebe dessen Nachlass, darunter allein mehr als 150 Landschaftspläne, in unser Königswinterer Archiv. Des Weiteren übergibt die 1952 gegründete Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für nachhaltiges Wirtschaften, die für die Geschichte des Umwelt- und Naturschutzes auf parlamentarischer Ebene der Bundesrepublik besonders wichtig ist und aus der in den 1950er Jahren die ersten gesetzgeberischen Impulse auf diesem Politikfeld stammten, ihr Archiv bis 2010 sukzessive in das Stiftungsarchiv. Schließlich fanden auch kleinere Deposita bzw. Nachlässe insbesondere von früheren Naturschutzbeauftragten Heimstatt in den Räumen der Vorburg von Schloss Drachenburg.

Mittlerweile sind sieben Bestände des Archivs endgültig durch Findbücher erschlossen.

Auch die Bibliothek der Stiftung Naturschutzgeschichte erfreute sich erheblicher Zugänge, die ganz wesentlich auf Buch- bzw. Zeitschriftenspenden beruhen. Seit Dezember 2006 sind große Teile der mittlerweile über 15.000 Bücher und zahlreichen Zeitschriften zählenden Bibliothek über die Homepage der Stiftung Naturschutzgeschichte online gestellt. Zurzeit können externe Nutzerinnen und Nutzer hier in ca. 6.200 Medieneinheiten, darunter auch viele Zeitschriften, recherchieren.

Die Dauerausstellung zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland wurde 2007 von ca. 59.000 Gästen besucht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um über 45 %.

Seit 2007 ist die Stiftung Naturschutzgeschichte mit zwei wissenschaftlichen Projekten beauftragt. In Zusammenarbeit mit dem IUGR richtet sie bis 2009 auf der Insel Vilm unter Beteiligung von namhaften Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Ost und West das dreiteilige Sympo-

sium „Naturschutz im geteilten Deutschland“ aus. Im März 2008 wurde der Zeitraum 1970 bis 1979 thematisiert. Die Quintessenz fiel für diesen Zeitraum mehr als ernüchternd aus. Die weltweite, aber auch die deutsch-deutsche Entspannungspolitik, die ihren Ausdruck im Grundlagenvertrag von 1972/73 und dem KSZE-Abkommen 1975 fand, zog in der DDR weitere Abschottungsmaßnahmen nach sich. Gegenüber dem Naturschutz der BRD ordnete die DDR-Regierung eine „Kontaktsperre“ an. In den für den Naturschutz zuständigen staatlichen Stellen im Westen herrschte weitestgehendes Desinteresse am Geschehen in der DDR. Das 1970 verabschiedete Landeskultugesetz als ein umfassendes, auch den Naturschutz integrierendes Umweltgesetz ignorierte man im Westen nahezu gänzlich.

In den 1970er Jahren entwickelten sich die Strukturen in Ost und West auseinander. Kooperationen hielten sich hingegen im Bereich von ehrenamtlich betriebener wissenschaftlicher Arbeit. So kartierten sowohl BRD- als auch DDR-Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mitteldeutscher Floristen Flächen in Niedersachsen und auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts.

Die meisten innerdeutschen Naturschutzkontakte hielten sich im Bereich des ehrenamtlichen Naturschutzes. Knotenpunkte waren die Zentrale Lehrstätte Müritzhof bei Waren (Mecklenburg) und die Vogelschutzstation Steckby an der Mittelelbe. Diejenigen, die diese Kontakte am Leben erhielten, standen unter stetiger Beobachtung der Staatssicherheit, wie an eindringlichen Beispielen aufgezeigt werden konnte.

Die Akademie verdeutlichte aber auch, dass zwar die in den 1970er Jahren noch bestehenden Naturschutzkontakte weiter gepflegt wurden, neue aber kaum entstanden. Dies erklärt sich aber nicht nur durch den Mangel an Möglichkeiten, sondern vor allem dadurch, dass die Generation der damals unter 30-Jährigen sich offensichtlich mit der Zweistaatlichkeit Deutschlands arrangiert hatte.

In einem zweiten Forschungsprojekt beschäftigt sich die Stiftung Naturschutzgeschichte mit dem Themenfeld Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport. Im Rahmen dieses Vorhabens wird am 5. und 6. November 2008 ein Symposium unter dem Titel „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ ausgerichtet werden.

Naturschutz steht bekanntlich gegenwärtig vor dem Problem, dass durch die Spaß- bzw. Freizeitgesellschaft der Nutzungsdruck auf die Natur stetig zunimmt. Naherholung Suchende, Touristinnen und Touristen sowie Sport Treibende erheben Anspruch auf Natur und Landschaft. Am Beispiel dieser Konfliktfelder soll der grundsätzlichen Frage nachgegangen werden, wie sich die verschiedenen Akteure des Naturschutzes gegenüber der Frage nach der sozialen Teilhabe an Natur verhalten: Hat Naturschutz die Aufgabe, Natur *vor* den Menschen oder Natur *für* die Menschen zu schützen?

Auf den Nutzungsdruck muss angemessen reagiert werden. Ziel muss es sein, eine Harmonisierung von Schutz- und Nutzungsaspekten durch integrierte, abgestufte Flächennutzungskonzepte zu finden. Es zeigt sich bei der Entwicklung von Lösungsstrategien aber schnell, dass sowohl Schützende als auch Nutzende durch historisch gewachsene stabile Wahrnehmungs-, Denk- und Verhaltensmuster geprägt sind, die durch Sozialisation und Tradierung erworben wurden und die oft Konfliktlösungen erschweren. Die historische Genese von Mentalitäten soll im Rahmen der Tagung aufgezeigt werden.

Findet man keine angemessenen Strategien zur Konfliktlösung, so steigen unweigerlich auch die Akzeptanzprobleme des Naturschutzes. Die Tagung will sich deshalb nicht auf das Aufzeigen der Konflikte beschränken. Vielmehr gilt es, mögliche Potenziale für eine Zusammenarbeit zum Nutzen der Natur aufzuzeigen. Wie erreicht man, dass Naherholung Suchende, Touristinnen und Touristen sowie Sport Treibende Verständnis für Naturschutzanliegen entwickeln? Die Ansätze für Lösungsmöglichkeiten sollen im Rahmen der Tagung interdisziplinär entwickelt werden.



1 2 3 4 5 6 7 9 11 16 19 20 23 23 25 26 27 28 29 30

#### **Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Winterakademie 2008 zur Naturschutzgeschichte**

Von links nach rechts (auf Nennung der Titel wird verzichtet):

1-Joachim Klänke, 2-Margot Willens-Schmidt, 3-Albert Schmidt, 4-Rita Gudermann, 5-Hermann Behrens, 6-Mathias Grünwald, 7-(halb verdeckt) Erich Hobusch, 8-Klaus Adolph, 9-Bernd Ziese (hinten), 10-Günther Hoffmann, 11-Hans-Dieter Knapp, 12-(halb verdeckt) Günther Zwanzig, 13-Karl Heinz Großer, 14-Rainer Haupt, 15-Leberacht Jeschke, 16-Heinrich Spanier, 17-Uwe Wegener, 18-Hermining Schulzke, 19-Norbert Wiersbinski, 20-Reinhold Lutz, 21-Abrecht Krummsdorf, 22-Jürgen Riesebrock, 23-Thomas Neiss, 24-Lutz Raschhoff, 25-Hans Peter Genstichen, 26-Hans-Joachim Dietz, 27-Karl-Günther Kolodziejok, 28-Eugeniusz Nowak, 29-Wolfram Pflüg, 30-Michael Beileites. Foto: Hans-Weimer Frohn

## Aus dem IUGR e.V.

Hermann Behrens und Jens Hoffmann

### Wanderausstellung „Naturschutz im Wandel“

Nach wie vor wird die Wanderausstellung „Naturschutz im Wandel“ nachgefragt. Im Berichtszeitraum stand sie (bzw. steht sie) an folgenden Standorten: Kreisverwaltung Trier (2007/2008), Hunsrückhaus am Erbeskopf (2008) und aktuell in der „Alten Schmiede“ in Peckatel (M-V) (2008). Die Wanderausstellung wird kostenlos an Selbstabholer ausgeliehen. Abholung und Rücktransport müssen allerdings von den jeweiligen Interessenten organisiert und finanziert werden.

### Wanderausstellung „Grober Unfug!“

Neben der „altbewährten“ Wanderausstellung wandert eine weitere – eine Plakatausstellung mit dem Titel: „Grober Unfug! Natur- und Umweltschutzplakate aus 40 Jahren DDR“. Fast 70 Plakate aus den verschiedenen Phasen des Umwelt- und Naturschutzes der DDR werden gezeigt. Den Rahmen der Ausstellung bilden zugehörige Texttafeln, die sowohl die Entstehung des Mediums Plakat als auch seine Nutzung für Natur- und Umweltschutzbelange allgemein beschreiben und die zu den einzelnen Zeiträumen bzw. Phasen, anhand derer die Ausstellung strukturiert ist, Informationen über wichtige Ereignisse, Personen und Entwicklungen geben. Bisher stand sie in verschiedenen Bezirken in Berlin und in brandenburgischen Orten. Ab November 2008 ist sie im Naturpark Stechlin-Ruppiner Land zu sehen.

### Abschluss der Arbeiten zur Erschließung der Archivalien des Studienarchivs

Im Zeitraum von September 2006 bis August 2008 wurden die seit 1991 bis 2006 zusammengetragenen Archivalien des Studienarchivs Umweltgeschichte erschlossen. Möglich wurde dies durch eine Förderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die das Vorhaben mit ca. 70.000 Euro unterstützt. Die zur Erschließung vorgesehenen 86 laufenden Meter Schriftgut sowie 7 laufenden Meter Sammlungsgut konnten vollständig erschlossen werden. Alle erfassten Bestände sind in einer Datenbank erfasst und können bereits jetzt online recherchiert werden (<http://195.37.134.139/iugr/Archiv/index.htm>). Die Arbeiten wurden durch Andreas Grape (wissenschaftlicher Archivar) vorgenommen.

Folgenden Effekte der Erschließungsarbeiten lassen sich zusammenfassen:

- Die im Studienarchiv enthaltenen Archivalien wurden als Quelle erschlossen, können über Findmittel online recherchiert werden und stehen somit einem breiten Kreis von Nutzern zur Verfügung. Mit den Erschließungsarbeiten verbindet sich darüber hinaus eine Sicherung des Erhaltungszustandes der Archivalien (durch Ordnung, Enteisen, teilweises Ausbessern von Schadstellen, fachgerechte Verpackung). Die räumliche Situation in den Archivräumen hat sich durch das Ordnen der Archivalien und die Kassation nicht archivierungswürdiger Unterlagen deutlich entspannt.
- Das Studienarchiv ist zu einem „richtigen“ Archiv geworden. Verglichen mit dem Zustand vor Projektbeginn, der die Archivalien in einer nach Spendernummern geordneten Struktur

darbot und kaum weitere Angaben zum Inhalt der Bestände ermöglichte, ist der nun mehr erreichte Zustand sowohl bezogen auf die Ordnung im Magazin selbst als auch bezogen auf die Darstellung der Erschließungsergebnisse in der Datenbank ein eindeutiger Schritt in Richtung einer neuen Qualität der Archivarbeit.

- Das Erleben dieser Qualität sowohl beim Rundgang vor Ort als auch bei der Online-Recherche führt zu einer gesteigerten Attraktivität des Studienarchivs gegenüber potenziellen Vor- und Nachlassern von Archivalien. Bereits vor Projektbeginn haben wir immer wieder die Rückmeldung erhalten, wie wichtig es ist, dass es einen Ort wie das Studienarchiv gibt. Ergänzt um die neue Qualität der archivarisches Arbeit steigt der Stellenwert des Archivs weiter.
- Das Archiv wird regelmäßig genutzt. Die Nutzerstatistik für den Zeitraum von Juni 2007 bis Mai 2008 weist insgesamt 175 Nutzungen aus. Davon entfallen 100 Nutzungen auf externe Nutzer (Nutzung vor Ort, telefonische und schriftliche Anfragen) sowie 75 Nutzungen auf interne Nutzer (IUGR e.V. und Hochschule Neubrandenburg). Das heißt, dass im Durchschnitt 14 Personen pro Monat das Studienarchiv nutzen – nicht schlecht für ein Spezialarchiv.

### **Vollständige Erschließung der Bibliotheksbestände**

Begleitend zur Erschließung der Archivalien wurden auch große Fortschritte bei der Erschließung des Bibliotheksbestands gemacht. Mit Unterstützung durch finanzielle Mittel der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin sowie der Hochschule Neubrandenburg konnte das Ziel erreicht werden, alle Monographien der Bibliothek (12.000 Bände) vollständig zu erschließen und den Nutzern im Internet zur Recherche zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurde für 7 Monate eine Teilzeitstelle für eine Bibliothekarin finanziert.

Mit dem Rektorat der Hochschule wurden im Rahmen der Projekte zur Bibliothekerschließung auch weitere Gespräche zu einer möglichen Übernahme des Bibliotheksbestandes des IUGR e.V. in den Bestand der Hochschulbibliothek bzw. zu einer möglichen Betreuung durch das Personal der Hochschulbibliothek geführt. Erste positive Reaktionen gibt es hierzu. Es entstand die Idee, die Bibliothek des IUGR e.V. als Magazin der Hochschulbibliothek mit eigenen, auf den Charakter eines Präsenzbestandes bezogenen Regelungen zu führen und zur Erweiterung der Recherchemöglichkeiten die Bestände in den Gemeinsamen Verbundkatalog einzubinden, was eine wesentliche Öffnung in die Forschungslandschaft hinein bedeuten würde. Die Umsetzung der dafür notwendigen Schritte steht noch aus und ist für 2009/2010 geplant.

### **Erschließung der Plakatsammlung und des Planarchivs**

Im Zusammenhang mit der Wanderausstellung „Grober Unfug!“ gelang es im vergangenen Jahr, den bis dahin „angehäuften“ Bestand an Umwelt- und Naturschutzplakaten zu digitalisieren. Insgesamt konnten so 120 Plakate gescannt werden.

Mittlerweile sind ca. 150 weitere Plakate aus der DDR sowie ca. 100 Plakate aus weiteren ehemals sozialistischen Ländern, insbesondere Polen und der ČSSR, in das Studienarchiv Umweltgeschichte gekommen. Auch diese Plakate sollen gescannt werden und das IUGR e.V. ist bemüht, dafür eine Fördereinrichtung zu gewinnen.

Zum Bestand im Studienarchiv Umweltgeschichte gehören darüber hinaus ca. 2000 Pläne. Diese wurden im Jahre 2006 von der Architekten & Stadtplaner GmbH (A & S) Neubrandenburg, der Nachfolgeeinrichtung des ehemaligen Büros für Stadt- und Dorfplanung übergeben. Es handelt sich dabei um einen umfangreichen Fundus von Plänen (Generalbebauungspläne, Ortsgestaltungskonzeptionen, Blockkonzepte usw.) aus dem gesamten ehemaligen Bezirk Neubrandenburg.

Im Rahmen eines von der Hochschule Neubrandenburg finanzierten Projekts wurden diese Pläne vollständig gescannt und in einer Online-Plattform als „hPlan – Digitales historisches Plankarten-Archiv“ zusammengeführt. Die Plattform wurde von Dr. Maik Stöckmann (Leiter des Arbeitskreises Kulturlandschaft beim IUGR e.V.) erarbeitet. Die Plattform bietet die Möglichkeit, sowohl nach einzelnen Planarten als auch nach Orten und zugehörigen Planungen zu suchen. Das Plankartenarchiv bietet für weitere bereits im Archiv befindliche sowie zu erwartende Planunterlagen eine hervorragende Basis zu deren Aufbereitung und nachfolgenden Recherche. Aktuell sind fast ausnahmslos Pläne aus Mecklenburg-Vorpommern enthalten. Eine Ausweitung auf den Bereich der neuen Bundesländer insgesamt ist problemlos möglich.

## **Unsere Plakatsammlung wächst !! Haben auch Sie noch Plakate zum Natur- und Umweltschutz in der DDR?**

**Weil unser Archiv mittlerweile über einen umfangreichen Bestand an Plakaten zum Natur- und Umweltschutz in der DDR und in anderen europäischen Staaten verfügt, freuen wir uns über jede Ergänzung.**

**Daher: Wenn sie also noch Plakate haben, werfen Sie nichts weg, sondern geben sie sie in unser Archiv.**



### **Umfrage zu Archivalien zum Natur- und Umweltschutz der DDR**

Bereits im der Nr. 11 (2006) sowie der Nummer 12 (2007) des Hefts „Studienarchiv Umweltgeschichte“ wurde von Seiten des IUGR e.V. erstmalig offen um die Übergabe von Archivalien an das Studienarchiv geworben. Dafür gab es verschiedene Gründe, die auf Erfahrungen der letzten Jahre basierten. So gab es viele Übergaben von Materialien an das Studienarchiv, die zu einem großen Teil Bücher und Zeitschriften und neben diesen einzelnen Archivalien in nur geringem Umfang enthielten. Gespräche mit Spendern zeigten, dass gerade Archivalien von diesen oft als unwichtiger und unattraktiver Rest angesehen werden, den es neben Büchern und Zeitschriften – für die man ja mal bezahlt hat – auch noch gibt. Der Wert vorhandener Archivalien als einmalige Quelle wird von potenziellen Spendern somit in vielen Fällen unterschätzt bzw. gar nicht wahrgenommen. Außerdem machten wir die Erfahrung, dass Archivalien verloren gehen, weil die Personen, die diese besitzen, nicht frühzeitig klären, wie perspektivisch mit den Zeugnissen ihrer langjährigen Arbeit verfahren werden soll. Lange Zeit haben wir es von Seiten des Vereins – auch aus Angst, jemanden mit der Frage des Verbleibs zu nahe zu treten – unterlassen, dieses Thema aktiv anzugehen.

Das Wissen darum, dass viele der potenziellen Spender und Spenderinnen mittlerweile jedoch ein Alter deutlich über 70 Jahre erreicht haben, verstärkte den Eindruck, dass mit Blick nach vorn ein Zeitfenster von ca. 15 Jahren besteht, innerhalb dessen noch die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit besteht, die Zeugnissen einer ganzen Generation von Akteuren der Natur- und Umweltschutzarbeit bei aktiver Mitarbeit der Zeitzeugen und -zeuginnen zu sichern.

Die Idee einer Umfrage entstand. Gezielt sollte ein Kreis von Personen kontaktiert werden, um in Erfahrung zu bringen, ob überhaupt noch Archivalien vorhanden sind und welche Bereitschaft besteht, diese an das Studienarchiv Umweltgeschichte abzugeben. „Nebeneffekt“ dieser Umfrage sollte sein, eine Perspektive der weiteren Archivarbeit zu bestimmen, indem eine Abschätzung zu den zu erwartenden Zugängen innerhalb der nächsten 10 Jahre ermöglicht wird.

Ende Mai 2008 wurde an einen Kreis von 350 Personen ein Fragebogen versandt, der folgende Fragen zum Inhalt hatte: Haben Sie noch Archivalien zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in der DDR sowie in den neuen Ländern? Welchen Umfang haben diese Archivalien? Zu welchen geben die Archivalien Auskunft? Können Sie sich vorstellen, diese Archivalien an das Studienarchiv Umweltgeschichte abzugeben, damit sie dort erschlossen und als Quelle zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes zur Verfügung stehen? (Antwortmöglichkeiten im laufenden Jahr 2008, im Jahr 2009, innerhalb der nächsten fünf Jahre, innerhalb der nächsten zehn Jahre) Wünschen Sie, dass wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen?

Dem Fragebogen wurden beigelegt: eine „Bedienungsanleitung“ für das Online-Findbuch des Studienarchivs, die in einzelnen Schritten den Weg über die Homepage des IUGR e.V. hinzu zu einzelnen Beständen und Archiveinheiten zeigt; ein Entwurf zu einem Vertrag, der zwischen dem IUGR e.V. und dem Spender im Falle der Übergabe von Archivalien geschlossen wird; ein frankierter Rückumschlag.

Bis Ende Juli 2008, also nach 2 Monaten, sind bisher 106 Fragebögen zurückgesandt worden. Davon waren 3 Fragebögen nicht auswertbar. 62 befragte Personen gaben an, noch Archivalien zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes zu haben und 61 dieser Personen gaben ebenfalls an, diese Archivalien an das Studienarchiv Umweltgeschichte übergeben zu wollen. Dies

kann als Beleg dafür verstanden werden, dass sich das Archiv wirklich zum akzeptierten Ort der Bewahrung solcher Unterlagen entwickelt hat.

Von den 61 Personen, die eine Übergabe von Archivalien in Aussicht stellten, wurden folgende Zeiträume für die Übergabe angegeben: 25 Personen mit Übergabe im laufenden Jahr 2008, 11 Personen mit Übergabe im kommenden Jahr 2009, 15 Personen mit Übergabe innerhalb der nächsten fünf Jahre, 8 Personen mit Übergabe innerhalb der nächsten zehn Jahre, 2 Personen mit Übergabe im Todesfall durch testamentarische Verfügung.

Bei Rücksendung der Fragebögen und der darin geäußerten Bitte um Kontaktaufnahme wurden die jeweiligen Personen telefonisch kontaktiert und zum Teil bereits erste Termine für die Übergabe von Archivmaterial vereinbart. So sind im Zeitraum bis Ende Juli ca. 8 laufende Meter übergeben worden, darunter ein kompletter Vorlass. Es zeigte sich, dass der zeitnahe telefonische Kontakt nach Rücksendung des Fragebogens sehr wichtig ist. Im persönlichen Gespräch stellte sich oft heraus, dass über die im Fragebogen angegebenen Archivalien hinaus noch weitere vorhanden sind („Ich habe da noch ...“). Zum Teil ergaben sich so Hinweise auf den Verbleib kompletter Nachlässe. Gleiche Erfahrungen wurden bei persönlichen Besuchen vor Ort gemacht. Die Betreuung der Personen, die eine Bereitschaft zur Übergabe von Archivalien signalisiert haben, ist somit sehr wichtig.

Nach den Angaben, die sich aus den Fragebögen ergeben, kann für den Zeitraum bis Ende 2009 von weiteren Zugängen mit einem Umfang von ca. 15 laufenden Metern ausgegangen werden. Für den Zeitraum der nächsten Jahre erscheint die Annahme weiterer Zugänge im Umfang von weiteren ca. 15 laufenden Metern realistisch. Diese Annahmen beziehen sich nur auf den Kreis der mit der Umfrage erfassten Personen. Erfahrungen aus Besuchen vor Ort sowie eine Reihe von noch ausstehenden Gesprächen geben Anlass zu der Annahme, dass der Umfang auch deutlich darüber liegen kann. Zu den aus der Umfrage resultierenden Zugängen müssen noch weitere hinzugerechnet werden, die ohne weiteres Zutun bzw. unabhängig von der Umfrage übergeben werden. So sind in den vergangenen zwei Jahren jährlich ca. 20 laufende Meter Archivalien an das Studienarchiv übergeben worden.

Folgende Erfahrungen lassen sich zum derzeitigen Stand der Umfrage zusammenfassen:

- Die Umfrage brachte die beabsichtigten Effekte. Die Unsicherheit, ob und in welchem Umfang Archivalien überhaupt noch zu erwarten sind, konnte deutlich gemindert werden. Das Archiv wird weiter wachsen. Ungefähre Werte können bestimmt werden.
- Für viele Personen war die Umfrage konkreter Anlass, sich mit der Frage des Verbleibs auseinanderzusetzen. Das Studienarchiv Umweltgeschichte ist als Ort der Bewahrung privater Archivbestände noch einmal ins Bewusstsein gerückt worden.
- Ein intensiver Kontakt zu einer großen Zahl von Spendern und Spenderinnen (sowie auch deren Angehörigen) wurde durch die Betreuung der Umfrage erreicht.
- Informationen zum Verbleib von Archivalien konnten gewonnen werden. Einige komplette Vor- und Nachlässe sind in Aussicht gestellt.
- Der Abschluss eines zugehörigen Vertrags über die Archivalien wurde durchweg positiv aufgenommen. Es wurde versucht, nach Übergabe der Unterlagen möglichst zeitnah, den zugehörigen Vertrag abzuschließen, um gegenüber den Spendern und Spenderinnen deutlich zu machen, dass mit diesen auch gearbeitet wird.

**Ein neues ehrgeiziges Vorhaben des IUGR e.V.:****Vernetzung von ausgewählten Naturschutzarchiven in den ostdeutschen Bundesländern – IUGR e.V. erschließt Naturschutzarchiv des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG)**

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes der DDR kann sich im Wesentlichen auf fünf Quellen beziehen, vier davon sind Primärquellen, das sind

1. die Akten der zuständigen Ministerien auf DDR-Ebene, der Landesministerien bis 1952, Kreise bis 1952, ab 1952 Räte der Bezirke, Räte der Kreise,
2. die Akten des Kulturbundes der DDR und seiner Fachgesellschaften (hier insbesondere der Natur- und Heimatfreunde sowie der Gesellschaft für Natur und Umwelt mit zugehörigen Zentralen und bezirklichen Fachausschüssen) bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv sowie
3. die Archivalien des 1991 aufgelösten Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz, seiner Arbeitsgruppen und Biologischen Stationen, ferner
4. die im Studienarchiv Umweltgeschichte des IUGR e.V. (oder andernorts) befindlichen Archivalien von Privatpersonen, Einrichtungen und Gruppierungen.
5. Hinzu kommen Veröffentlichungen in der Fachliteratur (Sekundärquellen).

Zu 1. und 2.: Die in den Nr. 1 und 2 aufgeführten Quellen sind in der Regel durch entsprechende Findbücher im Bundesarchiv einschließlich SAPMO, den Landesarchiven und z.T. Kreisarchiven nachgewiesen und stehen damit der wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung.

Zu 3.: siehe unten.

Zu 4.: Alle dem Studienarchiv Umweltgeschichte bis 2006 übergebenen privaten und sonstigen Vor- und Nachlässe sind ebenfalls erschlossen, in einem digitalen (siehe [www.iugr.net](http://www.iugr.net)) und analogen Findbuch nachgewiesen und ebenfalls problemlos nutzbar. Für die Erschließung der seitdem übergebenen Materialien (ca. 50 lfd. Meter) wird derzeit ein Erschließungsprojekt vorbereitet.

Zu 5.: Die Nutzung von Sekundärquellen ist immer abhängig vom Forschungsgegenstand und -ziel und der Rechercheintensität und den Kenntnissen der Forschenden. Hier bietet das Studienarchiv Umweltgeschichte eine umfassende Sammlung von Monografien und Zeitschriften.

Zu 3.: Problematisch ist es, die Unterlagen des aufgelösten ILN zu nutzen. Bei Auflösung gingen die Archivalien nicht geschlossen in eine Hand über, sondern wurden zum Teil durch das Bundesamt für Naturschutz (z.B. Unterlagen der ILN Außenstelle in Dölzig), zum Teil durch die neu entstandenen Landesumweltämter (z. B. ehemalige Arbeitsgruppen Greifswald – zum LUNG M-V, ILN Arbeitsgruppe Potsdam – zum LUA Brandenburg) übernommen. Für aktuelle Arbeitszusammenhänge wichtige Unterlagen wurden weitergeführt. Das betrifft insbesondere die Schutzgebiets-Dokumentation. Nicht für aktuelle Arbeitszusammenhänge wichtige Bestände „schlummern“ bis heute in Schränken und zum Teil verpackt in Umzugskisten (weil einzelne Landesumweltämter Umzüge zu bewältigen hatten) und „harren“ der Erschließung. Eine Erschließung der vorhandenen ILN-Archivbestände, ihre Aufbereitung in digitalen und analogen Findbüchern und eine Vernetzung der einzelnen Findbücher zu einem umfassenden Findmittel,

das digital und analog nutzbar ist, könnte dazu beitragen, die „Archivlandschaft“ zum ostdeutschen Naturschutz zu komplettieren.

Dank der Unterstützung durch die Hochschule Neubrandenburg, die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) und das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG M-V) gelang es dem IUGR e.V., ein Pilotvorhaben für dieses ehrgeizige Gesamtprojekt zu verwirklichen: Der Archivar im Studienarchiv Umweltgeschichte, Andreas Grape, erschließt nun in einem vier Monate umfassenden Vorhaben die bis 1991 geführten und dann geschlossenen Aktenbestände des LUNG.

Die Zusammensetzung des LUNG-Naturschutzarchivs entspricht dem Gang der historischen Ereignisse im Politikfeld Naturschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern bzw. seit 1952 in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. Es enthält Unterlagen aus den Phasen

- Landesstelle für Naturschutz Mecklenburg bis 1945
- Landesstelle für Naturschutz Mecklenburg(-Vorpommern) 1947 bis 1952,
- Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz, Arbeitsgruppe Greifswald (1952-1991).

Das Naturschutzarchiv des LUNG beginnt zeitlich mit Akten der vor 1945 bestehenden „Landesstelle für Naturschutz“ in Mecklenburg. Diese wurde auf der Grundlage eines Erlasses vom 8.7.1936 und des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 gegründet und bei der höheren Naturschutzbehörde, dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Abteilung Forsten, angesiedelt. Ihr stand als Landesbeauftragter für Naturschutz Georg von Arnswaldt vor. Die vorhandenen Akten spiegeln die folgende organisatorische Entwicklung: Am 1.1.1946 wurde ein Landesamt für Denkmalpflege geschaffen, das nicht nur Aufgaben der (Bau- und Boden-) Denkmalpflege übernahm, sondern auch die Aufgaben des Naturschutzes und der Naturdenkmalpflege. Erster Landeskonservator dieses Landesamtes wurde der frühere Provinzialkonservator der Provinz Pommern, Paul Viering, der bis zum 31.12.1948 amtierte und dann altersbedingt ausschied. Ihm folgte bis 1952 Heinz Mansfeld, der sich ebenso wie Viering große Verdienste um den Neuaufbau des Naturschutzes erwarb. Auf Initiative Paul Vierings wurde am 22.2.1947 eine Leitende Naturschutzstelle eingerichtet, deren Leiter Prof. Dr. Robert Bauch, Rostock,

wurde. Viering und Bauch gelang es, drei Bezirkskonservatoren für Naturschutz zu gewinnen, Friedrich Hausmann für Westmecklenburg, Karl Bartels für Ostmecklenburg und Werner Berthold für Vorpommern. Vor Berthold war seit dem 1.1.1946 Dr. Fritz Adler, der Bezirkskonservator für Baudenkmäler, Kunstdenkmäler, Volkskunst und Heimatschutz in Vorpommern, auch für



Etwa 15 laufende Meter Naturschutzgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns: Andreas Grape hat viel zu tun ...

Naturschutz zuständig gewesen. 1950 wurde Friedrich Hausmann das Sachgebiet Naturschutz im Landesamt für Denkmalpflege nebenamtlich übertragen. Hausmann war vor allem im „alt-mecklenburgischen“ Raum die integrierende Persönlichkeit für den Naturschutz in der Wiederaufbauphase. Es waren hauptsächlich seine Erfahrungen, Kontakte und unermüdliche Arbeit, die die Neuorganisation z. T. in der Verwaltungsebene (auch in der Landeshauptstadt) und vor Ort beförderten. Ab 1946 wurde mit der Berufung von Vertrauensmännern in den Kreisen auch das Beauftragtenwesen Schritt für Schritt wieder aufgebaut.

1952 wurde in der DDR eine Gebiets- und Verwaltungsreform durchgeführt. Die alten Länder hörten auf zu existieren und das Territorium des damaligen Mecklenburg wurde in die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg aufgeteilt, wobei der Bezirk Schwerin durch den Kreis Perleberg und der Bezirk Neubrandenburg durch die uckermärkischen Landkreise Templin und Prenzlau (die heute wieder zu Brandenburg gehören) einen erheblichen Gebietszuwachs erfuhren. In diesem Zusammenhang ging die Verantwortlichkeit für den Naturschutz nicht nur in dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns von der Denkmalpflege in den Bereich der Land- und Forstwirtschaft über.

In den drei Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg wurden anstelle der Bezirkskonservatoren ehrenamtliche Bezirksbeauftragte berufen, wie Heinrich Thorbeck 1953 im Bezirk Rostock (vorher KNB Kr. Bad Doberan); im Bezirk Schwerin übernahm Friedrich Hausmann nach

Auflösung des Sachgebietes Naturschutz beim Landesamt für Denkmalpflege 1952 diese Funktion und im Bezirk Neubrandenburg Hubert Weber 1953.

Am 1.4.1953 wurde unter dem Dach der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ein eigenes Naturschutzinstitut gegründet, das Institut für Landschaftsforschung (später Landschaftsforschung) und Naturschutz (ILN) in Halle mit Zweigstellen, die im Wesentlichen für das Gebiet der ehemaligen Länder zuständig wurden. 1954 wurde als dritte der 5 Zweigstellen (später Arbeitsgruppen) dieses Instituts die Zweigstelle Greifswald mit zuerst zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern (Dr. Harry



Ausweis für den Bezirkskonservator für Naturschutz in Westmecklenburg, Friedrich Hausmann. Dem Studienarchiv Umweltgeschichte übergeben durch seine Tochter, Gerda Hausmann.

Schmidt und Dr. Lebrecht Jeschke) und einem nebenamtlichen Leiter, Prof. Dr. Theodor Hurtig, eingerichtet, die bis zur Auflösung des ILN 1991 bestand. Hiermit endet zeitlich der Bestand im Naturschutzarchiv des LUNG M-V.

Ziel des IUGR e.V. ist es, nach Erschließung dieses Bestandes sukzessive auch andere „schlummernde“ ILN-Bestände in anderen ostdeutschen Bundesländern zu erschließen, digital wie analog mit Findbüchern nachzuweisen und über das Internet zu vernetzen.

In Brandenburg wurde mittlerweile ein Förderantrag gestellt. Darüber hinaus wurden Rechercheanfragen in anderen Bundesländern und beim Bundesamt für Naturschutz nach dem Verbleib möglicher ILN-Bestände durchgeführt.

### Besuch aus dem Haus der Naturpflege, Bad Freienwalde

Im Juni 2008 besuchten Sybille Knospé, Vorsitzende des Vereins „Haus der Naturpflege e.V.“, Kerstin Götter als Geschäftsführerin und Gebhard Schultz als Bearbeiter eines drittmittelgeförderten Projektes zur Erschließung des archivalischen Nachlasses von Kurt und Erna Kretschmann im Museum des Hauses der Naturpflege, das Studienarchiv Umweltgeschichte.

IUGR e.V. - Geschäftsführer Behrens stellte die Sammlung im Studienarchiv Umweltgeschichte vor. Der wissenschaftliche Archivar des IUGR e.V. informierte über methodische und inhaltliche Aspekte, die der Erschließung der im Studienarchiv Umweltgeschichte enthaltenen Archivalien aus dem privaten Nachlass von Kurt und



Andreas Grape stellt den Bestand 027 – Kretschmann vor.

Erna Kretschmann zu Grunde lagen. Der bereits erschlossene Bestand wird auf der Internetseite des IUGR e.V. unter [www.iugr.net](http://www.iugr.net) > Studienarchiv Umweltgeschichte > Recherche > Archiva-

lien unter **StUg 027 – Kretschmann** in einem digitalen Findbuch nachgewiesen.



Besuch im Studienarchiv: Gebhardt Schultz, Sybille Knospé und Kerstin Götter (von rechts) mit Hermann Behrens (IUGR)

Dem Verein Haus der Naturpflege ist es im Jahr 2008 gelungen, eine Förderung zur archivalischen Erschließung des Archivbestandes sowie der Publikationen von Kurt und Erna Kretschmann im Museum des Vereins zu erhalten.

Beide Seiten sprachen sich dafür aus, die erschlossenen Bestände digital zu vernetzen, um der naturschutzhistorischen Forschung ein möglichst umfassendes Bild vom archivalischen Nachlass des „Vaters“ und der „Mutter“ insbesondere des praktischen ostdeutschen Naturschutzes bieten zu können.

### Lexikon der Naturschutzbeauftragten

Wie in den vorherigen Heften mehrfach berichtet wurde, sollen in diesem Lexikon alle Naturschutzbeauftragten, die seit Gründung der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen (1906) auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer und Berlin tätig waren oder es noch sind, mit Biogrammen vorgestellt werden. Insgesamt sollen so fünf Lexika entstehen, in jedem werden zwischen 250 und 400 Personen vorgestellt – ein ehrgeiziges Unterfangen, das nicht leicht zu verwirklichen ist, da es sich in den allermeisten Fällen um „einfache Leute“ handelt, um Lehrer, Förster, Vermesser, Museumsleiter oder -mitarbeiter usw., die vornehmlich auf lokaler Ebene wirkten. Dass das Projekt trotz aller Schwierigkeiten gelingt, ist vornehmlich der Unterstützung geschichtskundiger Helfer und Helferinnen in den Bundesländern, vieler noch lebender Beauftragter oder der Hilfe von Angehörigen bereits verstorbener Beauftragter zu verdanken sowie der geduldigen Unterstützung zahlreicher Archivmitarbeiter und -mitarbeiterinnen.

So konnten im vergangenen Jahr die ersten beiden Bände erscheinen, in denen die Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Provinzbeauftragten auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern<sup>1</sup> und Sachsen-Anhalt<sup>2</sup> vorgestellt werden.

Derzeit laufen „mit Hochdruck“ die Arbeiten am **dritten Band** der Reihe. Darin befasst sich der Bearbeiter, H. Behrens, mit den Beauftragten in **Berlin und Brandenburg**. Wie in den anderen Bänden wird auch hier ein umfassender Überblick über die Geschichte des Naturschutzes und der Naturdenkmalpflege in Berlin-Brandenburg stehen. Behrens wertete dabei u.v.a. Unterlagen des im Zuge der Arbeiten wieder entdeckten Archivs der ehemaligen Provinzialkommission für Naturdenkmalpflege der Provinz Brandenburg aus.

Die Arbeiten am dritten Band gestalten sich ein wenig aufwendiger als bisher, da es sich bei dem untersuchten Territorium gewissermaßen um das „Herzstück“ des deutschen Naturschutzes handelt, in dem unter ca. 400 Beauftragten Vorreiter und Wegbereiter (und zugleich Naturschutzbeauftragten) des staatlichen Naturschutzes wie Conwentz, Schoenichen, Klose, Hilzheimer, Hedicke und darüber hinaus viele andere (in ihrer Zeit) bekannte und den amtlichen wie ehrenamtlichen Naturschutz befördernden Naturschützer wie Wetekamp, Kienitz, Hueck, Helfer, Gruhl, E. und K. Kretschmann, Wernicke, Schnurre, Bickerich, Gierszewski, Rindt oder Zimmermann lebten und arbeiteten. Für viele dieser Naturschützer wie etwa den verdienstvollen ersten Landesbeauftragten für Naturschutz in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg – Dr. Kurt Gruhl – wird es erstmals detaillierte Angaben zu den Lebens- und Berufswegen geben.

Wie in den bereits bearbeiteten Bundesländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist auch in Berlin und Brandenburg eine Umfrage unter den noch erreichbaren ehemaligen Beauftragten bzw. unter Angehörigen verstorbener Beauftragter durchgeführt und ausgewertet worden. Darüber hinaus wurden bislang alle relevanten Archive in Berlin und Brandenburg besucht, nur die Durchsicht der Unterlagen im Landeshauptarchiv in Berlin steht noch aus, was im September/Oktober des laufenden Jahres geschehen soll. Insofern sind die Arbeiten an diesem Band weit vorangeschritten.

<sup>1</sup> IUGR e.V. (Hrsg.), Hermann Behrens (Bearb.) und Bernd Ziese (Mitarb.): Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 1: Mecklenburg und Vorpommern, Friedland/Mecklenburg 2007.

<sup>2</sup> IUGR e.V. (Hrsg.), Hermann Behrens (Bearb.): Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 2: Sachsen-Anhalt, Friedland/Mecklenburg 2006.

Es ist nach wie vor geplant, allen, die sich in Berlin und Brandenburg an der genannten Umfrage beteiligten, noch im Jahre 2008 „ihre“ Biogramm-Entwürfe zur Korrektur zu schicken.

Gleichzeitig geht die Sammlung von Informationen zu den Naturschutzbeauftragten auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Thüringen weiter und für das Bundesland Sachsen wird eine entsprechende Umfrage vorbereitet. Die Zeit dafür – das ist uns bewusst – drängt. Die Umfrage soll helfen, dass viele derer, die jahre- und jahrzehntelang als Ehrenamtliche die wichtige (und zeitweise wirkungsvollste) „dritte Säule“ des Naturschutzes ausmachten und die heute oft in einem hohen bis sehr hohen Alter stehen, selbst Auskunft geben können zu ihrem Wirken für den Naturschutz. Damit ist leider nicht gewährleistet, dass es uns gelingt, allen einst Befragten noch ein fertiges Lexikon zu überreichen. Leider ist die Zeit in dieser Hinsicht ohne Rücksicht und macht dieses Unterfangen in dem einen oder anderen Fall unmöglich. Beispielhaft sei der bekannte Thüringer Botaniker und ehemalige Kreisnaturschutzbeauftragte Dr. Heinz Schlüter aus Jena genannt, der sich mit großem Interesse an der Umfrage in Thüringen beteiligt hatte und leider kürzlich verstarb.

Das IUGR wäre mit seinem „Projekt“ gern schneller, aber die Arbeit an den Lexika erfolgt, wie bereits mehrfach in den letzten Heften „Studienarchiv Umweltgeschichte“ betont, auch nur mit ehrenamtlicher Kraft, die selbst ihre Zeit finden muss.

Dabei ist es erstaunlich, was auch im IUGR e.V. ehrenamtliche und freiwillige Arbeit hervorbringen kann, denn es wurden seit Erscheinen des letzten Heftes Studienarchiv Umweltgeschichte (Nr. 12) drei Arbeitskreise im IUGR e.V. gegründet, deren Mitglieder sich mit umwelthistorischen Fragestellungen beschäftigen.

### **Arbeitskreise im IUGR e.V.**

Unter dem Dach des IUGR e.V. haben sich im Verlauf des letzten Jahres drei Arbeitskreise gebildet, die sich mit Aspekten der Umweltgeschichte der DDR bzw. Ostdeutschlands befassen.

Im Arbeitskreis „Wasserwirtschaft“ arbeiten ca. 30 Personen, die in Betrieben und Einrichtungen der Wasserwirtschaft der DDR wie etwa in den Wasserwirtschaftsdirektionen beschäftigt waren. Die AG will mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Entwicklung dieses Bereichs als einen Abschnitt des Wasserwesens in Deutschland zu dokumentieren, darzustellen und über entsprechende Veröffentlichungen bekannt zu machen. Dazu werden Dokumente und Unterlagen zu Organisation, Verwaltung, Forschung, Aus- und Weiterbildung und Veröffentlichungen sowie zu den Aspekten Gewässer- und Wasserbewirtschaftung, wasserwirtschaftliche Anlagen, Wassertechnik und -technologie, Hochwasserschutz usw. gesammelt und ausgewertet. Die Leitung der Arbeitsgruppe übernahm Dr. Peter Lösel aus Berlin, Stellvertreter ist Dr. Rolf Wernecke aus Magdeburg.

Im Arbeitskreis „Melioration“ arbeiten ebenfalls etwa 30 Personen mit, die vor allem in Meliorationsbetrieben tätig waren. Franz Rohner (Pritzwalk) und Dr. Karl-Friedrich Ortmann (Rostock, Stellv.) vertreten den Arbeitskreis im Vorstand des IUGR e.V.; der Arbeitskreis brachte umfangreiche Archivalien in den Bestand des „Studienarchivs Umweltgeschichte“ ein, darunter hunderte von wertvollen Projektierungsunterlagen zu großen Meliorationsprojekten in Feuchtgebieten Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs. Damit kann ein wichtiger Abschnitt der Umweltgeschichte der DDR nachgezeichnet und mit heutigen wasserwirtschaftlichen Anforderungen,

Flurbereinigungszielen und Umweltbelangen gespiegelt werden. Der Arbeitskreis veranstaltet neben regelmäßigen Jahrestagungen in Neuseddin bei Potsdam Fachexkursionen zu aktuellen Themen wie dem Klimawandel und seinen zu erwartenden Auswirkungen auf Nordostdeutschland.

Im dritten Arbeitskreis beschäftigen sich die Mitglieder mit der historischen Entwicklung von „Kulturlandschaften“, insbesondere unter dem Aspekt der (digitalen) Erfassung und des Schutzes des „historischen Inventars“, d.h. der historischen Kulturlandschaftselemente. Leiter des Arbeitskreises ist Dr. Maik Stöckmann, der an der Hochschule Neubrandenburg Landespflege studierte und in Neubrandenburg als freischaffender Landespfleger tätig ist. Über den Arbeitskreis wird in Zusammenarbeit mit der Hochschule Neubrandenburg am digitalen „KulturLandschaftsElementeKataster“ unter dem Akronym „KLEKs“ weitergearbeitet.

An der Hochschule Neubrandenburg wird im Studiengang Landschaftsarchitektur und Umweltplanung seit über neun Jahren an der Erforschung, Erfassung und Bewertung von Elementen historischer Kulturlandschaften gearbeitet. Mit dem Kulturlandschaftsinformationssystem „KLEKs“ und dem dort enthaltenen Datenpool liegen deutschlandweit einzigartige technische und wissenschaftliche Voraussetzungen für den Umgang mit historischen Kulturlandschaftselementen vor. „KLEKs“ ist das erste umfassende Kulturlandschaftsinformationssystem in Deutschland. Im Gegensatz zum „KuLaDig“ in Nordrhein-Westfalen, bei dem aktuell mit der Erfassung historischer Kulturlandschaftselemente begonnen wird, werden solche mit dem „KLEKs“ bereits seit 1999 erfasst. Das System umfasst für Mecklenburg-Vorpommern sowie Teile der Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aktuell über eine Viertelmillion Datensätze zu knapp 189.000 Kulturlandschaftselementen. Im Gegensatz zum „KuLaDig“ werden im „KLEKs“ nicht nur denkmal- sondern auch naturschutzrelevante historische Kulturlandschaftselemente erfasst. „KLEKs“ ist keine behördeninterne Datenbank, sondern versteht sich als Teilbaustein einer Plattform für das bürgerschaftliche Engagement. „KLEKs“ ist eine Software, die nach dem Wikipedia-Prinzip von lokalen Experten vor Ort verwendet werden kann. Der Sinn bestehender behördlicher Datenbanken des Natur- und Denkmalschutzes wird damit keineswegs infrage gestellt. Ganz im Gegenteil sollen geeignete Informationen aus „KLEKs“ (z. B. zu bisher nicht beachteten nutzungsbedingten Landschaftselementen) auch in die behördlichen Datenbanken einfließen. „KLEKs“ ist keine „Insellösung“, es lässt sich insbesondere durch die Begriffe Gemeinschaftsprinzip und Selbstorganisation sowie Bürgernähe, Offenheit und Transparenz kennzeichnen. Unter Ausnutzung von Synergiepotenzialen bislang oft verstreuter Informationen und lokaler Initiativen soll der Zugriff auf einen gemeinsamen, ständig wachsenden und verbesserten Datenbestand ermöglicht werden. Durch dieses moderne, partizipative Konzept besteht die Möglichkeit, eine flächendeckende und auf Vollständigkeit angelegte Bestandsaufnahme historischer Kulturlandschaftselemente zu erreichen. Die fachliche Absicherung geschieht über die Zertifizierung der Datensätze über autorisierte Administratoren. Es besteht für verschiedene Teilräume Mecklenburg-Vorpommerns bereits eine gute Datenbasis. Für den weiteren Aufbau der Datenbank bestehen Kooperationen u. a. mit dem Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V., dem Kulturraum Erzgebirge sowie der Fachhochschule Eberswalde, wo KLEKs im Rahmen des Seminars „Kulturhistorische Landschaftsanalyse“ vorgestellt und genutzt wird. KLEKs wurde auf verschiedenen Tagungen vorgestellt (zuletzt in Frankfurt/Main, Köln, Bergisch-Gladbach, Lebus/Oder und in Neuenkirchen/ Niedersachsen).

## Der Klimawandel und die Folgen für die Wasserwirtschaft

Peter Lösel

Gut besucht war ein Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft im IUGR e.V., das zu diesem Thema vom 25. bis 27. März 2008 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See stattfand. Insgesamt wurden sieben wissenschaftliche Vorträge mit anschließenden Diskussionen gehalten. Darunter befand sich auch ein Beitrag, der im Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) gehalten wurde.

Prof. Dr. Uwe **Grünewald** von der Technischen Universität Cottbus beschäftigte sich mit der „Hydrologischen Forschung für die Wasserbewirtschaftung unter besonderer Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen und der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung in Deutschland“. Der Referent entwickelte am Beispiel der Flusseinzugsgebiete der Spree und der Schwarzen Elster, beides Nebenflüsse der Elbe mit besonders signifikanten Abfluss- und Nutzungsproblemen, die Forderung nach einer „klimawandelgerechten“ Wasserbewirtschaftung in Flusseinzugsgebieten, da der Klimawandel das Wasserdargebot beeinflusst. Erforderlich sei



Teilnehmer an der Tagung des AK Wasserwirtschaft. Foto: H. Bethge

u.a. eine flussgebietsübergreifende Koordinierung und Handlung verschiedener Bereiche, Sektoren, und Gremien. Er erwog in diesem Zusammenhang einen länderübergreifenden „Spree/Schwarze Elster – Verband“, um möglichst viele „Akteure“, „Betroffene“, „Verbände“ und „Vereinigungen“ besser einzubinden. Im Zuge einer solchen flussgebietsübergreifenden Koordination, die zu einer effektiveren Umsetzung der „übergreifenden Prinzipien der integrierten Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten“ (im Sinne der EU-WRRL) beitragen könnte, sei

eine kontinuierliche wissenschaftlich-technische Begleitung zu sichern. Insgesamt seien vielfältige Änderungen der regionalen, überregionalen und globalen Randbedingungen mit Sicherheit zu erwarten.

Angesichts des Klimawandels seien wasserwirtschaftliche Anpassungsstrategien nötig und möglich, sie müssten aber auch andere Probleme des globalen Wandels (Welt- und EU-Agrar- und Wirtschaftspolitik, internationale und nationale Energiepolitik, Bevölkerungsentwicklung ...) berücksichtigen. Grünewald wies darauf hin, dass z.B. der Einfluss der Landbewirtschaftung auf das Grundwasser bisher wohl noch größer sei als der Klimawandel.

Mathias **Weiland** stellte „Aufgaben und Arbeitsweise des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) des Landes Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen und deren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt“ dar.

Der LHW hat seinen Sitz in Magdeburg, mit Nebensitz in Halle/Saale und der Lutherstadt Wittenberg. Er unterhält im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Flussbereiche (Betriebsstellen) sowie Betriebsstätten nach wasserwirtschaftlichen und betrieblichen Notwendigkeiten. Der LHW ist u.a. für die Sammlung und Aufbereitung aktueller Hochwasserinformationen und für die Hochwasservorhersage im Land Sachsen-Anhalt verantwortlich. Die Hochwasservorhersagezentrale (HVZ) befindet sich am Hauptsitz in Magdeburg. Darüber hinaus ist sie in die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie eingebunden, die verlangt, dass bis zum Jahr 2015 alle Flüsse, Seen und sonstigen Gewässer der Europäischen Union einen „guten Zustand“ (natürliche Gewässer) erreichen bzw. ein „gutes Potenzial“ (künstliche und erheblich veränderte Gewässer) aufweisen. Mit dieser Richtlinie wird die ganzheitliche Betrachtung des Gewässers von seiner Quelle bis zur Mündung zum zentralen Element des Gewässerschutzes. Dabei wurden im Rahmen der Gewässerüberwachung wasserwirtschaftlich bedeutende Fließgewässermessstellen eingerichtet, an denen laufend biologische und chemische Qualitätskomponenten untersucht und bewertet werden. Eine flächendeckende Kartierung gewässermorphologischer Parameter gibt einen Überblick über die Gewässerstrukturgüte.

In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit 27 Seen mit einer Fläche von mehr als 50 ha und mehrere hundert kleinere Seen. Sachsen-Anhalt ist relativ arm an *natürlichen* Seen, unter den 10 flächenmäßig größten Seen ist lediglich der Arendsee (514 ha) als natürlicher See zu nennen. Die meisten größeren Seen des Landes sind aufgrund intensiver bergbaulicher Tätigkeit des Menschen entstandene *künstliche* Gewässer (Restseen des Braunkohlentagebaues oder der Kiesgewinnung). Die drei flächenmäßig größten Seen sind die Tagebaurestseen Geiseltal (künftig 1840 ha) und Goitsche (1370 ha) sowie der Muldestausee (605 ha). Ebenfalls von Bedeutung ist für Sachsen-Anhalt das System der Talsperren im Harz, die überwiegend der Trinkwasserversorgung dienen.

In Magdeburg (linkes Ufer der Elbe), Groß Rosenburg (Saale) und Dessau (Mulde) werden „Automatische Messstationen – Beschaffenheit“ (AMB) betrieben, deren Messungen Bestandteil nationaler und internationaler Messprogramme sind. Hier werden neben der kontinuierlichen Messung einiger Parameter auch Wochenmischproben des Wassers und Monatsmischproben der schwebstoffbürtigen Sedimente gewonnen. Darüber hinaus werden noch Schwebstoff- und Sedimentuntersuchungen an mehreren Messstellen durchgeführt. Ein „Klimazuschlagsfaktor“ ist in Sachsen-Anhalt für wasserwirtschaftliche Berechnungen und Bemessungen bisher nicht eingeführt worden.

Prof. Dr. **Kaden**, Geschäftsführer der DHI-WASY GmbH, berichtete über Ergebnisse und Erfahrungen eines Unternehmens bei der Wasserwirtschaftlichen Planung von Oberflächenwasser und Grundwasser. Er beschäftigte sich dabei mit Fragen des globalen Wandels des Wasserkreislaufs abgeleitet vom Flusseinzugsgebiet der Elbe und ihren Nebenflüssen, Möglichkeiten der Flutung der Havelniederung und der Altlastenproblematik am Beispiel der Wasserwerke Mockritz-Elsnig. Abschließend berichtete er über seine Erfahrungen mit dem Flussgebietsmanagement in China.

Dr. Frank **Wechsung** vom Potsdamer Institut für Klimaforschung (PIK) beschrieb „Klimafolgen und deren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt in Europa und besonders in Deutschland“ am Beispiel des Forschungsprojektes „GLOWA Elbe“, in dessen Mittelpunkt die Frage nach den Auswirkungen des Globalen Wandels auf Wasserverfügbarkeitsprobleme und Wassernutzungskonflikte im Elbegebiet steht. Für das Gebiet Spree/Havel hat sich das Vorhaben darüber hinaus zum Ziel gesetzt, Probleme und Konflikte nicht nur zu identifizieren, sondern auch integrierte Strategien zu deren nachhaltigen Bewältigung zu entwickeln.

Zusammenfassend schätzte er ein, dass ausgelöst durch den CO<sub>2</sub>-Anstieg eine Erwärmung eingetreten ist, die in den Neuen Bundesländern im Jahresmittel von 8<sup>o</sup> C auf 11<sup>o</sup> C ansteigen kann. Aus dem bevorstehenden Klimawandel lassen sich Tendenzen mit trockeneren Sommern und feuchteren Wintern ableiten. Eine generelle Klimavorhersage kann nicht abgegeben werden.

Manfred **Simon** stellte Betrachtungen zum Hochwasserregime der Elbe und zur historischen Entwicklung der Wasserstandsvorhersage an der Elbe an. Er charakterisierte kurz das Einzugsgebiet der Elbe und beschrieb die historische Entwicklung der Wasserstandsbeobachtungen, das Hochwasserregime der Elbe, die Entwicklung der Wasserstandsvorhersagen auf der Grundlage von Pegelbeziehungen, die Entwicklung der Wasserstandsvorhersagen auf der Grundlage von Modellen und die zukünftige weitere Verbesserung der Wasserstandsvorhersagen.



Blick auf den Seddiner See. Foto: H. Bethge

Interessant waren u.a. seine Ausführungen zum Hochwasserregime der

Elbe: Die überwiegende Anzahl bedeutender Hochwasserereignisse in der Elbe entsteht demnach infolge intensiver Schneeschmelze in Verbindung mit großflächigem ergiebigem Regen. Die Schneeschmelze allein löst allerdings keine großen Hochwasser in der Elbe aus. 71 bis 80 % der jährlichen Hochwasser treten im hydrologischen Winterhalbjahr auf. 26 bis 28 % davon fallen allein in den Monat März. Bedeutende Hochwasserereignisse in der Elbe in den Sommermonaten entstehen durch großflächigen mehrtägigen ergiebigen Regen. Große Elbehochwasser entstehen in den Mittelgebirgen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik. Der Zufluss der Moldau ist von entscheidender Bedeutung. Die größten Elbehochwasser in Dresden sind in der Regel Moldauhochwasser. Ohne Hochwasser aus der Oberen Elbe entstehen selbst bei sehr hohem Zufluss aus den Nebenflüssen der Mittleren Elbe, wie Schwarze Elster, Mulde und Saale,

in der Mittleren Elbe keine bedeutenden Hochwasserwellen. Talsperren und natürliche Überschwemmungsgebiete führen je nach Größe der Hochwasserwellen zu einer Rückhaltung bzw. Transformation der Hochwasserwellen. Wichtig ist eine frühzeitige Warnung der zuständigen Behörden, der gefährdeten Kommunen und Bevölkerung sowie der gefährdeten Betriebe der Wirtschaft vor nahendem Hochwasser, um rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten wie rechtzeitige Bedienung von Umflut-, Polder- und Entlastungswehren zur Minderung von Hochwasserscheitern in der Elbe. Für solche Vorhersagen von Hoch-, aber auch von Niedrigwasser, sind – vor allem auch aufgrund der Folgen des Klimawandels – weitere Verbesserungen im Flussgebietsmanagement notwendig. Simon stellte einige Möglichkeiten dar wie

- die weitere Ergänzung des Niederschlagsmessnetzes, auch mit Ombrometern, für die Verbesserung vorhandener und die Inbetriebnahme neuer Niederschlags-Abflussmodelle;
- die weitere Automatisierung von Meldepegeln und die Modernisierung veralteter Datenfernübertragungssysteme;
- die Erhöhung der Anzahl der Vorhersagepegel ohne Einrichtung zusätzlicher Pegelmessstellen;
- die weitere Verbesserung und Weiterentwicklung von Hochwasservorhersagemodellen der Flüsse im Einzugsgebiet der Elbe und von Simulationsmodellen für Abtauraten der Schneedecke.

In Auswertung des Hochwassers vom August 2002 wurden bereits die Hochwasservorhersagemodelle der Weißen Elster, Mulde, Saale, Bode und Ilse überarbeitet und Teile von automatisch messenden Niederschlagsmessnetzen (mit Ombrometern) in Regie der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingerichtet und die Hochwasserpegelmessnetze für eine höhere Ausfallsicherheit ausgerüstet. Nach vorliegenden Klimaszenarien ergeben sich durch den Klimawandel deutliche Veränderungen im Abflussverhalten. In diesem Zusammenhang gingen die Niederschläge im Sommer um bis zu 20 % in den nächsten 100 Jahren zurück, im Osten Deutschlands sogar bis über 40 %. Dagegen nähmen die Niederschläge im Winter im Mittel um 40 % zu. Durch den Rückgang der Niederschläge im Sommer würden verminderte Abflüsse im Sommerhalbjahr mit Folgen für Natur, Landwirtschaft, Wassernutzung und Schifffahrt auftreten.

Die höheren Niederschläge im Winter und in den Übergangsmontaten mit Zunahme des Anteils der Regenniederschläge führten dagegen zu Mehrabflüssen mit zunehmenden winterlichen Hochwässern und damit zur Verschärfung spezifischer Hochwassersituationen. Die klimatischen Veränderungen hätten allerdings keinen Einfluss auf die Vorhersagegenauigkeit der Wasserstandsvorhersagemodelle im Einzugsgebiet der Elbe.

Prof. Dr. H. **Niesche** gab mit Blick auf den Hochwasserschutz im Land Brandenburg einen Überblick über Erfahrungen und Lehren für zukünftige Hochwasserereignisse unter Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen. Das Hochwassergeschehen in Brandenburg werde bestimmt durch die beiden Flussgebiete Oder und Elbe. Beide Flüsse treffen in ihrem mittleren beziehungsweise mittleren und unteren Lauf auf Brandenburger Gebiete. An der Elbe einschließlich der Nebenflüsse sind auf brandenburgischem Gebiet 26.000 Menschen auf rund 26.300 Hektar Landesfläche von Hochwasserereignissen betroffen, an der Oder und deren Nebenflüssen etwa 34.400 Menschen und 87.000 Hektar. Hier fällt besonders das tief liegende Oderbruch ins Gewicht, wo ein Versagen der Hochwasserschutzanlagen die direkte Gefährdung von 20.000 Menschen zur Folge hätte.

Niesche ging in seinem Beitrag umfassend auf die Hochwasserereignisse an der Oder und der Elbe bis zum Jahr 2003 ein und zog Schlussfolgerungen für eine weitere Verbesserung des Hochwasserschutzes, zum Beispiel, dass in Brandenburg ein „Klimazuschlag“ vorgesehen, eine Demokratisierung der Deichschauern dringend zu realisieren und die Hochwasser-Gefährdungskarte mit kritischen Darstellungen zu erstellen und zum Führungsdokument zu



Der Tagungsort – Die Heimvolkshochschule am Seddiner See. Foto: H. Bethge

erheben sei. Die Flutungen der Polder seien weiter zu untersuchen und zwischen dem Land Brandenburg und Sachsen-Anhalt durch die Fachbetriebe gemeinsame Katastrophenschutzübungen zu vereinbaren. Für den Ernstfall seien Vorbereitungen zu treffen, dass von der Bundeswehr im Katastrophenschutz ausgebildete Soldaten zum Einsatz kommen.

Wilhelm **Thürnagel** stellte in einem historisch orientierten Beitrag die „Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR“ vor

und leitete daraus Erfahrungen und Schlussfolgerungen ab. Sein Referat findet sich in überarbeiteter Form im vorliegenden Heft.

Das Seminar des AK Wasserwirtschaft im IUGR e.V. wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmerinnen als großer Erfolg gewertet und soll ein erster Anfang für weitere wissenschaftliche Veranstaltungen sein, zu denen wie zu dieser Veranstaltung wiederum die Mitglieder des Arbeitskreises Melioration im IUGR e.V. zu aktiver Mitwirkung eingeladen werden sollen. Zukünftig sollen in noch höherem Maße Erfahrungen aus der wasserwirtschaftlichen Praxis in die wissenschaftlichen Seminare bzw. Kolloquien einbezogen und Vertreter aus Wasserbehörden und Versorgungsbetrieben eingeladen werden.

Das nächste Seminar des AK Wasserwirtschaft im IUGR e.V. wird für den Zeitraum vom 22. bis 24. April 2009 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See vorbereitet.

### **Weiterbildungsveranstaltung des AK Wasserwirtschaft in Dömitz**

Bereits im Jahr zuvor fand eine Weiterbildungsveranstaltung des Arbeitskreises in Dömitz an der Elbe statt. Vom 14. bis 16. September trafen sich dort 25 Arbeitskreismitglieder. In der Veranstaltung ging es vor allem um den Hochwasserschutz an der Elbe. Der Hochwasserschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland Aufgabe der Länder und damit in der Verantwortung der Bun-

desländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hamburg. Daraus resultiert ein enger Abstimmungsbedarf zwischen den Bundesländern.

Seit 1983 werden Hochwasserschutzmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen nach dem eisfreien Bemessungshochwasser geplant, das seinerzeit durch die Grenzkommission der DDR und BRD festgelegt wurde. Am Pegel Wittenberge wurden 745 cm bei einem Abfluss von 4000 m<sup>3</sup>/s ermittelt, für den Pegel Boizenburg 680 cm.

Im Land Mecklenburg-Vorpommern fallen die Aufgaben des Hochwasserschutzes in den Verantwortungsbereich des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur (StAUN) Schwerin. Der StAUN-Mitarbeiter Brüdigam informierte über aktuelle Strategien und Maßnahmen zum Hochwasserschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerpunkte der Hochwassergefährdung sind der Raum Dömitz und Boizenburg. Dort seien nach den letzten Hochwasserereignissen Deiche erhöht und verstärkt worden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern plane keine weiträumigen Deichrückverlegungen (die grundsätzlich möglich wären), während das Land Brandenburg hier andere Strategien verfolge. In Mecklenburg-Vorpommern würde dagegen der Umbau der hauptdeichgeschützten Polder als wirkungsvollste Maßnahme gesehen. Diese hauptdeichgeschützten Flächen umfassen in Mecklenburg-Vorpommern eine Fläche von 10.915 Hektar.

Auf dem Programm der Veranstaltung standen ferner Besichtigungen von Hochwasserschutzanlagen beiderseits der Elbe. In Hitzacker (Niedersachsen) wurde vom Mitarbeiter des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Hilmer, das Projekt „Hochwasserschutz für Hitzacker und Jeetzelniederung“ vorgestellt.



Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Weiterbildungsveranstaltung des AK Wasserwirtschaft in Dömitz. Foto: P. Lösel

## Aktivitäten des Arbeitskreises Melioration

Walter Wallenta

Auf der Jahresmitgliederversammlung des IUGR e.V. am 16.11.2007 in Berlin wurde der Arbeitskreis Melioration, der vorher als Bezirksgruppe Melioration der Landseniorenvereinigung Prignitz e.V. angehörte, als Mitglied in das IUGR e.V. aufgenommen. Franz Rohner (Pritzwalk) und Dr. Karl-Friedrich Ortmann (Rostock, Stellv.) vertreten die Gruppe im Vorstand.

Nun können Vereins- und Archivarbeit dieser Gruppe in einer Institution und an einem Standort gemeinsam stattfinden. Die bisher gesammelten Archivalien wurden dem „Studienarchiv Umweltgeschichte“ übergeben.

Der Arbeitskreis leistete auch 2008 eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Franz Rohner unterstützte das Brauereimuseum in Pritzwalk im Frühjahr bei der Gestaltung der Sonderausstellung „Melioration – Landschaft – Landwirtschaft im Kreis Pritzwalk“. Die Ausstellung fand großes Interesse über den Kreis hinaus. An einer Diskussionsrunde beteiligten sich über 40 Landwirte.

Neben den regelmäßigen mehrtägigen Jahrestagungen in Neuseddin bei Potsdam organisierte der Arbeitskreis Melioration im Juni 2007 erstmals eine eintägige Fachexkursion im Rhinluch zu Fragen der Gewässerunterhaltung, der Grünlandbewirtschaftung und der Moorbodenansprache. Die diesjährige Fachexkursion führte im Juni 2008 auf die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und in die Gemarkung Ahrenshagen östlich der Stadt Ribnitz-Damgarten.

An der Exkursion nahmen 56 Personen teil, unter ihnen die em. Professoren Günther Wertz und Karl-Friedrich Witt, der ehemalige Minister für Umweltschutz- und Wasserwirtschaft der DDR, Dr. Hans Reichelt, sowie Planer und Erbauer der Anlagen, die besichtigt wurden.

Am 6. Juni besuchten die Exkursionsteilnehmer und -teilnehmerinnen zunächst das Gut Darß. Der ehemalige Geschäftsführer Karl-Heinz Daetz berichtete, wie nach der Wiedervereinigung aus dem VEG Zingst mit der Produktionsrichtung Jungrinderaufzucht das Gut Darß mit dem Hauptproduktionszweig naturnahe Mutterkuhhaltung entstand. Zu den vom Gut Darß bewirtschafteten Flächen gehört ehemaliges Salzgrünland auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst, das in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts eingedeicht wurde und mittels Schöpfwerke entwässert wird. Es bringt augenscheinlich hohe Erträge an Gras, Heu und ist eine gute Weide für gesunde Rinder. Zu diesen Flächen gehört auch der Polder Werre, ursprünglich der nördlichste Teil des Saaler Boddens. 250 ha Neuland wurden durch einen Spüldeich und zwei Schöpfwerke geschaffen.

Durch diesen Polder führt heute eine Strasse, verbinden Gas- und Elektroleitungen das Fischland und den Darß und auf dem Werredeich verläuft der Ostseefernradweg. Neu sind Pläne, Teile dieses Polders als Ersatzmaßnahme für die Peenevertiefung und andere wasserbauliche Maßnahmen zu fluten. Die Flutung als Ganzes und auch die technische Lösung sind zurzeit umstritten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Exkursion am 6. Juni war die Dynamik der Ostseeküstenentwicklung. Dazu begaben sich die Teilnehmer an das Ende des Grenzweges in Ahrenshoop (ehemalige Grenze zwischen Mecklenburg und Vorpommern), wo das Hohe Ufer des Fischlan-

des in die Flachküste des Vordarßes übergeht. Hier werden die landschaftsgestaltenden Prozesse im Wechselspiel zwischen Land, Luft und Ostseewasser besonders deutlich.

Abends folgte ein Lichtbildervortrag über den Darßer Wald als Teil des Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ mit seinen unterschiedlichen Vegetationsformen, seiner Bewirtschaftung, touristischen Erschließung und seiner angestrebten naturbelassenen Entwicklung.

Am 7. Juni führte die Exkursion in die Gemarkung Ahrenshagen. Hier entstand in den 1970er Jahren die größte zusammenhängende Dränanlage auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Rund 1700 ha einer im Bodenaufbau sehr einheitlichen und ebenen Hochflächengrundmoräne mit wenigen Retentions- und versiegelten Flächen, die durch eine Landstrasse 1. Ordnung zerschnitten wird, werden mittels Dränung und Vorflutrohrleitungen an einem Punkt in den Templer Bach entwässert.

Wilfried Groth, ehemaliger Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Pantlitz, berichtete über die seiner Auskunft nach sozialverträgliche Umgestaltung der LPG Ahrenshagen in mehrere Agrargenossenschaften. Die wenig Funktionsstörungen aufweisenden Entwässerungsanlagen werden gemeinsam unterhalten. Sie bilden im Zusammenhang mit dem erfolgten landwirtschaftlichen Wegebau, den angelegten Windschutzstreifen und den Baumpflanzungen entlang der Wege und Strassen eine wesentliche Voraussetzung für die auf hohem Niveau stehende Pflanzenproduktion. Auf der Fahrt durch die Feldmark waren alle Teilnehmer von den sehr guten Pflanzenbeständen beeindruckt, die keine erkennbaren Schäden durch die lange Trockenheit aufwiesen.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer die Druckentwässerungs- und Kläranlage der Darßgemeinden Born, Wieck und Prerow. Die Druckentwässerungsanlage ist die größte geschlossene Anlage in der Bundesrepublik Deutschland mit zurzeit 1050 Pumpstationen, drei Hauptpumpwerken und einem Zwischenpumpwerk. Über eine festgelegte Anzahl relevanter Pumpstationen und anderer Anlagenteile wird der Zustand des gesamten Systems an das Prozessleitsystem auf der Kläranlage gemeldet. Auch beim Ausfall einzelner Komponenten des Systems bleibt die Betriebssicherheit erhalten. Auf Grund der extremen Schwankung der anfallenden Schmutzwassermenge zwischen Winter und Sommer im Verhältnis 1:7 wurde ein Zweileitungssystem aufgebaut. Das Gesamtsystem bestimmt bereits 14 Jahre den Stand der Technik und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wasserqualität in der Boddenlandschaft, die eine der wichtigsten noch zu erhaltenden Naturlandschaften Mitteleuropas ist. Die zuverlässige abwassertechnische Erschließung der Darßgemeinden war Voraussetzung für alle Maßnahmen zur Entwicklung des Tourismus und für den Aufbau der Infrastruktur.

Den Ausklang der Exkursion, die von Dr. Karl Friedrich Ortmann (Rostock) organisiert und moderiert wurde, bildete am 9. Juni eine gemeinsame Fahrt mit einem Motorschiff auf dem Prerowstrom und dem Bodstedter Bodden.

## Neuzugänge in das „Studienarchiv Umweltgeschichte“

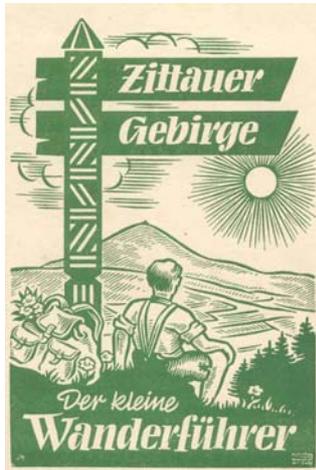
(Stand 19. August 2008)

Jens Hoffmann

Seit Erscheinen des letzten Hefts im Oktober 2007 haben erneut zahlreiche Zugänge von Archiv- und Bibliotheksgut zum Wachsen der Sammlung des IUGR e.V. beigetragen. Insgesamt 73 Personen und Institutionen haben Materialien an das IUGR e.V. gesandt. Davon waren 40 Personen neue Spender bzw. Spenderinnen. Der Kreis der Personen und Institutionen, deren Materialien im Studienarchiv vereint sind, ist seit dessen Bestehen auf die stattliche Zahl von 420 angewachsen.

### Herr Dr. U. Baierle, Meiningen

Naturschutzplakate, zahlreiche Naturschutzschilder (NSG, LSG, Geschützter Park, Geschütztes Gehölz), Ausstellung Naturschutz eine nationale Aufgabe (2x), zahlreiche Ehrennadeln für besondere Leistungen im Naturschutz in Gold, Silber, Bronze (je ca. 40), Urkunden, Metall-Druckstöcke für Urkunden, Diaserien Aufgaben der Jäger im Naturschutz, Landeskulturelle Aufgaben in der Forstwirtschaft, 3 Mappen mit Bildtafeln zu geschützten Pflanzen und Tieren, diverse Karten



Zeitschriften und Schriftenreihen: Berichte aus der Vogelwarte Hiddensee (Heft 1 bis 9), Beiträge zur Gehölkunde (1977 bis 1989), Naturschutz in der DDR (Heft 2 bis 12), Acta ornithologica (Band 1 bis 4), Zentrale für Wasservogelforschung der DDR. Mitteilungen und Berichte (1969 bis 1978), Deutsche Gartenarchitektur (1964 bis 1971), Naturschutz und Landschaftsplanung (1992 bis 1994), Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz (1997 bis 2001), Naturhistorisches Museum Schloß Bertholdsburg Schleusingen – Veröffentlichungen (1986 bis 2007), Thüringer Ornithologische Mitteilungen (fast komplette Reihe), Landschaftsarchitektur (1974 bis 1990), Garten + Landschaft (1992 bis 1994), Mitteilungen des Arbeitskreises Heimische Orchideen (fast komplett), Einzelhefte der Titel: Biosphäre, Rudolstädter naturhistorische Schriften, Mauritiana, Nyctalus

Weitere Literatur zum Naturschutz, u.a. Informationsmaterial zur Anlage von Wind- und Abwasserschutzpflanzungen (1974), ZFA Dendrologie und Gartenarchitektur: Gehölkunde in unserer Zeit (1975), Kümpel: Orchideen der thüringischen Rhön (1978), KdT: Arbeitsmaterial. Baumschutz im Baugeschehen (1980), Rat des Bezirkes: Liste der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bezirk Cottbus (1981), Verfügung über die Grundsätze für die Bewirtschaftung der Wälder der DDR (1985), Rat des Bezirkes Erfurt: Der Große Inselsberg ein wertvolles Naturschutzgebiet und stark frequentiertes Erholungszentrum im Thüringer Wald (1988), Arbeitsmaterial zur

floristischen Kartierung in Thüringen (1990), Westhus et al.: Flächennaturdenkmale im Bezirk Suhl, Teil 1 und 2 (1990)

#### **Herr W. Blaschke, Lauchhamer**

Zahlreiche Auszeichnungen (Ehrennadeln, Plaketten, Urkunden) für das Wirken im Naturschutz, Berufungsurkunden Werner Blaschke für Tätigkeiten im Naturschutz, Teilnahmebescheinigungen für Kurse und Lehrgänge

#### **Herr Dr. E. Bochnig, Greifswald**

Manuskript „Wegebau, Heft 1: Planung des landwirtschaftlichen Wegenetzes“, Ausführungsunterlagen und Fotodokumentation mit bautechnischen-technologischen Erläuterungen zur Ausführung der Wiedernutzbarmachung der Halde Illmersdorf, zahlreiche Sonderdrucke

Bochnig: Grundriß der Landschaftsgestaltung in der landwirtschaftlichen Melioration (1961), Institut für Meliorationswesen: Empfehlungen über die Rekultivierung von Kulturbodenkippen des Braunkohlenbergbaues (1963)

#### **Frau B. Bölsche, Brandenburg**

Haas: Die Insel Vilm (1924), Freidank, Plath: Zur Vogelwelt des Elbe-Havel-Winkels (1982), Programm AG Natur und Heimat 2007

#### **Herr Prof. Dr. S. Brehme, Berlin**

Zeitschriften und Unterlagen zum Regenwaldschutz

#### **Herr P.-F. Brinckmann, Neubrandenburg**

Hohl: Eine Sandgrube. Schotter und Sande als

Zeugen der Erdgeschichte (1948), Lauterbach: Wie alt ist die Erde? (1948), Grahmann: Das Eiszeitalter (1948), Polzin et al.: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg (1965), Institut für Volkskunsthochschule: Probleme des geistig-kulturellen Lebens auf dem Dorfe (1965), Polte, Marquardt: Unsere Freizeit (1969), Probleme der Aneignung des folkloristischen Erbes (1975), Schulmeister: Auf dem Wege zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945-1949 (1977), Walther, Große: Zwiebelmarkt und Lichterfest (1983), Reisebuch DDR (1985), Kulturbund in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1987), Kulturrat Mecklen-



Besuch bei dem ehem. KNB Dr. Eberhard Bochnig (Greifswald, rechts). Foto: Jens Hoffmann. Der Besuch diente einem Gespräch darüber, wie im Studienarchiv Umweltgeschichte mit übergebenen Materialien umgegangen wird und wie eine vertragliche Regelung zwischen IUGR und Materialgeber/in aussieht.

burg-Vorpommern e.V.: Kultur und Kunst Mecklenburg-Vorpommerns im Umbruch (1992),  
Schmidt: Ratgeber nicht nur für Ortschronisten (1993)

Einzelhefte der Zeitschriften Botanischer Rundbrief für Mecklenburg-Vorpommern, Otter-Kurier,  
Labus, Naturschutz heute, natur + kosmos

**Herr D. Buchholz, Gunsleben**

Bauer, Weinitschke: Landschaftspflege und Naturschutz (1973), Richter: Sozialistische Landes-  
kultur in der DDR (1977), Hupfer: Die Ostsee – kleines Meer mit großen Problemen (1978),  
Krumbiegel, Walther: Fossilien (1979), Zabel et al.: Nutzung und Schutz der Umwelt (1980),  
Weinitschke: Naturschutz. gestern – heute – morgen (1980), Handbuch der Naturschutzgebiete  
der DDR (Band 1 bis 5), Schwenk: Die Erde ist unser aller Haus (1988)

Einzelhefte der Zeitschrift Naturschutz in Sachsen-Anhalt

**Herr H. Dach, Rietzmeck**

2 Aktenordner zur Arbeit des ehemaligen Kreisvorstandes der GNU des Altkreises Roßlau

CD mit Manuskript Hans Dach: Wander- und Heimatführer, CD mit Manuskript Hans Dach:  
Naturpark Fläming/Sachsen-Anhalt

**Frau H. Deglmann, Berlin**

Sammlung Zeitungsausschnitte, Zimpel et al.: Jagd und Wild (1969)

**Herr Dr. M. Deutsch, Göttingen**

Deutsch: Untersuchungen zu Hochwasserschutzmaßnahmen an der Unstrut (1500-1900),  
(2007)

**Herr K. Diemke, Gransee**

Dokumentation Meliorationstechnik aus Dannenwalde

**Herr H.-U. Dost, Bergen auf Rügen**

Manuskript Handbuch der deutschen ornithologischen Literatur, Band 1, zusammengestellt von  
Hellmuth Dost, ehem. KNB Rügen

**Herr R. Eulenstein, Erfurt**

Archivalien (zahlreiche Fotos) und Literatur zur Wasserwirtschaft, u.a. KDT: Abwasserbehand-  
lung in ländlichen Gemeinden (1979), 100 Jahre zentrale Wasserversorgung Apolda (1989),  
Talsperre Tambach-Dietharz (1992), Thüringer Talsperrenverwaltung: Talsperren in Thüringen  
(1993)

**Herr G. Exner, Penzlin**

Zahlreiche Dias, u.a. zu Orchideen, verschiedene Utensilien aus der Naturschutzarbeit

Literatur zu Natur und Umwelt, darunter zahlreiche Titel aus der Reihe Die neue Brehm-Bücherei sowie u.a.: Weymar: Buch der Farne (1960), Weymar: Buch der Moose (1962), Weymar: Buch der Korbblütler (1966), Weymar: Buch der Schmetterlingsblütler (1966), Weymar: Buch der Doldengewächse (1966), Weymar: Buch der Lippenblütler (1966), Weymar: Buch der Gräser (1967), Heimatkundliches Jahrbuch des Bezirkes Neubrandenburg (1967), Zimmermann: Thüringer Wald. Kleiner Naturführer (1981), Kremp, Krägenow: Die Vögel des Kreises Waren (1986) sowie Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen

**Herr G. Franke, Schochwitz**

Faltkarte DDR für ausgewählte Bereiche der Landeskultur, Abschlussbericht „Entwicklung eines rechnergestützten Systems für die Bewirtschaftung der oberen Saale-Unstrut (Teil A bis C), Intensivierungsprogramm 1986/1990 zur RWV und Schutz der Gewässer

**Herr R. Gorisch, Berlin**

6 Ordner mit Unterlagen zur Arbeit des NABU Berlin-Lichtenberg

**Herr A. Grape, Neubrandenburg**

Diaserie Sozialistische Landeskultur, Sammelalbum Tiere unserer Heimat

Schulz: Mecklenburg (1938), DIW: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme (1971), Stadtordnung der Stadt Neubrandenburg (1983)

**Herr Prof. Dr. J. Grote, Mainz**

Zahlreiche Einzelhefte der Zeitschrift Journal of Ornithology

**Herr Prof. Dr. M. Grünwald, Neubrandenburg**

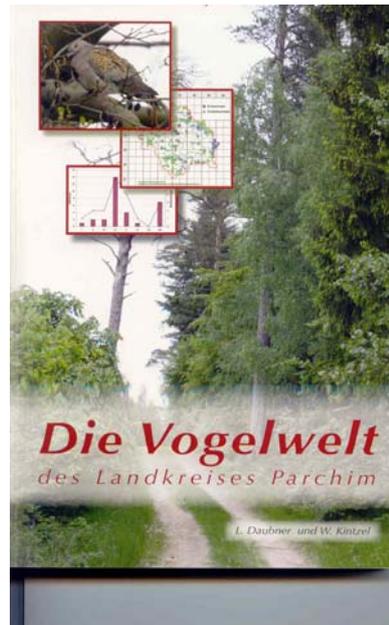
Neubrandenburger Naturschutzinform. Nr. 2 bis 4

**Herr P. Hahn, Rostock**

Fotos Wasserwerk Wismar-Friedrichshof; ferner: KdT, BV Neubrandenburg: Die Bewässerung gärtnerischer Nutzflächen zur Steigerung der Obst- und Gemüseproduktion unter dem Aspekt der rationellen Wasserverwendung (1984), VEB WAB Rostock: 35 Jahre DDR, 20 Jahre WAB (1984), 1964-1989 VEB WAB Rostock (1989), Stadtwerke Wismar: Wasserversorgung Wismar – ein geschichtlicher Abriß (o.J.)

**Herr G. Hamel, Heinersdorf**

Briefwechsel mit Kurt Kretschmann sowie Presseartikel



**Herr Prof. Dr. R. Haupt, Jena**

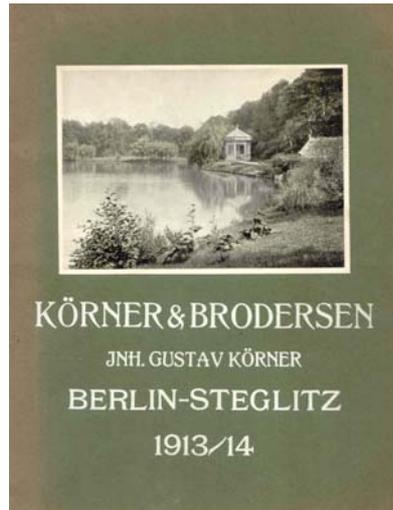
3 Hefte GNU Bezirksvorstand Erfurt

**Frau G. Hausmann, Schwerin**

Unterlagen zu Friedrich Hausmann (Ausweis Bezirkskonservator für Naturschutz, Urkunden, Fotos, Manuskripte und Belege zu Presseveröffentlichungen, Unterlagen zum LSG Großer Schweriner See sowie zur Naturschutzarbeit allgemein)

**Frau Hensel, Templin**

Archivalien zur Arbeit von Dr. D. Hensel als Naturschutzbeauftragter der Stadt Templin, u.a. zu den Themen Baumbegutachtungen, Ornithologie, Botanik, Orchideen, Templiner Seenkreuz, zur Gesellschaft für Natur und Umwelt

**Herr K. Hofmann, Neubrandenburg**

Naturschutzplakate und einzelne Archivalien

Kahmann: Schmecken und Riechen (1951), Institut für Bodenkartierung: Bodenkunde und Bodenkultur (1954), Römpf: Spurenelemente (1954), Hofmann: Problem um die Wettervorhersage (1954), Findeisen: Das Tier als Gott, Dämon und Ahne (1956), Zänkert: Lebensstätten zwischen Strand und Alpen (1957), Koch: Vom Urwald zum Forst (1957), Auerbach: Whr Dir, dass Du ein Enkel bist (1957), Schwenkel: Die Landschaft als Natur und Menschenwerk (1957), Römpf: Wuchsstoffe (1958), Jirovec, Boucek, Fiala: Das Leben unter dem Mikroskop (1958), Mell: Bergwaldtiere am Tropenrand (1961), Schröder: Wirtschaftspflanzen der warmen Zonen (1961), Hagel: Sturmfluten (1962), Müller: Aus Jahrmillionen. Tiere der Vorzeit (1962), Greiling: Mehr Brot für mehr Menschen (1963), Lieberoth: Bodenkunde, Bodenfruchtbarkeit (1963), Botsch: Morsealphabet des Lebens. Grundlagen der Vererbung (1965), Bezirkslandwirtschaftsrat Neubrandenburg: Praktische Anleitung für die Auswertung der Bodenschätzung und ihre Anwendung in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben des Bezirkes Neubrandenburg (1968), Schnieep: Erdöl. Rohstoff unserer Zeit (1968), Illies: Noahs Arche. Wege zum biologischen System (1969), Pantenburg: Das Porträt der Erde (1970), Kittner, Starke, Wissel: Wasserversorgung (1975), VEB Ingenieurbüro für Meliorationen Bad Freienwalde: Modellprojekt für Anlagen der Grundwasserregulierung (1976), VEB Forstprojektion Potsdam: Betriebsreglungsanweisung. Anweisungen zur Forsteinrichtung des Waldfonds der DDR (1978), Kahlke: Eiszeitalter (1981), Ministerium für Geologie: Gesetzliche Bestimmungen für das Sammeln von Mineralen, Fossilien und Gesteinen (1983)

**Herr N. Ibendorf, Lichtenhagen**

Fotosammlung und Dias von Karl Baumgarten zur Bauernhausforschung; Arbeiten von Johann-Friedrich Pries (Originalmanuskripte): „Bauliches aus der Bibel“, „Sippenhäuser“, „Wohnstätten in Afrika“, „Römerbauten in Deutschland“, „Die Baukunst der Indianer und Eskimos“, „Das japanische Haus“

**Frau Dr. Ilgner, Schwerin**

2. Konferenz des osteuropäischen Komitees (OEK) der Kommission für Erziehung der IUCN (1968), ZFA Landeskultur und Naturschutz: Sozialistische Landeskultur (1969), Lobeck: Landeskultur und Naturschutz im Bezirk Schwerin (1971), Rat des Bezirkes Schwerin: Umweltschutz zum Wohle der ganzen Gesellschaft. Sache der ganzen Gesellschaft (1972), Biolat: Ökologische Krise? Ziel und Hintergrund bürgerlicher Theorien von Gesellschaft und Umwelt (1974), Lohs, Döring: Im Mittelpunkt der Mensch. Umweltgestaltung – Umweltschutz (1975), Dehmel, Fiedler: Landschaftsschutz in der DDR (1976), Schindler: Graben wir uns selbst das Wasser ab? Umweltprobleme in unserer Zeit (1979), Weinitschke: Naturschutz gestern – heute – morgen (1980), Naujoks: Ökologische Erneuerung der ehemaligen DDR (1991)

**Herr Dr. H. Illig, Luckau**

Anschriftenkartei der Sektion Geobotanik und Phytotaxonomie in der Biologischen Gesellschaft der DDR

**Herr K. Jahn, Neubrandenburg**

Dias aus dem Nachlass Erich Jahn

**Herr H. Kaegelmann, Windeck**

Übersichten zur eigenen Arbeit, Literatur und Unterlagen zur Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Interdisziplinäre Wissenschaften,

Kaegelmann: Werkübersicht (1994), Autorengemeinschaft: Soforthheilung des Waldes (1985)

**Herr Prof. Dr. M. Köhler, Neubrandenburg**

ICOMOS: Gutsanlagen des 16. bis 19. Jahrhunderts im Ostseeraum – Geschichte und Gegenwart (1989)

**Herr H. Krebber, Neu Rhäse**

Archivalien zur Arbeit des Bezirksparkaktivs Neubrandenburg (ca. 0,5 laufende Meter), Archivalien zur Parkforschung Alfred Niendorfs in den 1960er Jahren

**Herr H. Krüger, Berlin**

Dokumentation 1. Landeskulturkonferenz Berlin-Treptow 1988

**Herr Prof. Dr. A. Krummsdorf, Rostock**

Reichelt: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der DBD (1997), Scholz: Bauernopfer der deutschen Frage (1997), Scheer: Solare Weltwirtschaft (2002), Gröning, Wolschke-Buhlmahn: Naturschutz und Demokratie!? (2006), Fischer: Landwirtschaft in Not (2006), Kurth et al.: Der Öko-Kamp Tännichen im Süden des Hasselfeldes – ein Erlebnis für Freunde der Natur (2006)

Broschüren zum Thema nachwachsende Rohstoffe, Einzelhefte der Zeitschrift Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde

**Herr M. Kutscher, Sassnitz**

Interessentenverzeichnis paläontologisch orientierter Freizeitsammler in der DDR

**Herr Dr. H. Lehrkamp, Berlin**

Unterlagen zur Moorforschung, Sonderdrucke von Veröffentlichungen von H. Lehrkamp

Fachliteratur zu den Themen Melioration, Bodenkunde, Moornutzung, u.a. Lieberoth: Bodenkunde, Bodenfruchtbarkeit (1969), Institut für Bodenkunde Eberswalde: Hauptbodenformliste mit Bestimmungsschlüssel für die landwirtschaftlich genutzten Standorte der DDR (1971), Olbertz et al.: Standortleistungstypen der landwirtschaftlichen Produktion im nördlichen Tiefland der DDR (1973), Schmidt, Thiere: Mittelmaßstäbige landwirtsch. Standortkartierung. Nutzung zur Meliorationsvorbereitung (1977), Weise: Katalog zur hydrologischen Kennzeichnung von Bodenformen im Jungpleistozän der DDR (1978), Illner et al.: Besandung von Niedermooren (1980), Schmidt, Diemann (Hrsg.): Erläuterungen zur

Mittelmaßstäbigen Standortkartierung (1981), Ilner, Schälitz: Moormelioration u. Moorbewirtschaftung (1985), Benkenstein et al.: Laborpraktikum Bodenkunde u. Pflanzenernährung (1986), Koepke: Anleitung z. hydrologischen Standortaufnahme (1985), Hofmann et al. Empfehlungen zur Melioration und Bewirtschaftung von Niedermoor im Bezirk Neubrandenburg (1986), Koepke: Bodenwasserregulierung (1989)

**Herr W. Lippert, Berlin**

Broschüren zum Berliner Zoo, Einzelhefte und zum Teil vollständige Jahrgänge der Zeitschriften Naturschutzarbeit in Mecklenburg, Ornithologische Mitteilungen, MILU, Der Falke, Naturschutz und Naturparke, Naturschutz heute, Ziervögel und Exoten

**Herr Dr. P. Lösel, Berlin**

Bücher und Einzelhefte von Zeitschriften zur Wasserwirtschaft, u.a. Talsperrenmeisterei des Landes Sachsen-Anhalt: Talsperren in Sachsen-Anhalt (1994), Festschrift zur 100. Wiederkehr der Gründung der Wiesenbauschule in Schleusingen, Ziege, Brückner: Lausitzer Wasser

**Herr Prof. Dr. R. Löther, Berlin**

Plakate zum Natur- und Umweltschutz

**Herr Dr. W. Mewes, Karow**

Archivalien (insgesamt 12 Ordner) zur Arbeit der Bezirksarbeitsgruppe „Gefährdete Tierarten“ Schwerin, der Fachgruppe Ornithologie Kreis Lübz, des Arbeitskreises Graureiher, zum Naturschutz in der „Wendzeit“, zur Arbeit des Umweltausschusses Landkreis Parchim; vollständige Zeitschriftenreihen: Zentrale für Wasservogelforschung der DDR. Mitteilungen und Berichte (1969-1987), Mitteilungen BAG Artenschutz (1981-1989), Naturschutz in der DDR (Nr. 1 bis 12), Beiträge zur Tierwelt der Mark (1 bis 14) sowie Einzelhefte der Zeitschriften und Schriftenreihen Naturschutzreport, Tiere im Konflikt, Ornithologische Schriftenschau, CORAX, Säugetierkundliche Informationen, Ornithologische Mitteilungen aus der Prignitz, Naturkundliche Jahresberichte des Museum Heineanum, BUCEPHALA, Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege

Wachs: An deutschen Küsten (1949), Dahnke: Geologie des Kreises Parchim (1954), Dahnke: Flora des Kreises Parchim (1955), Dahnke: Das große Moor bei Darze (1955), Dahnke: Geologie des Kreises Lübz (1956), Libbert: Vogelleben im Kreis Templin (1963), Rat des Kreises Röbel: Katalog der Naturdenkmale des Kreises Röbel (1977), Knorre: Ornithologische Veröffentlichungen aus Thüringen (1984), Baarck: Naturkundliche Bibliographie von Mecklenburg. Berichtsjahre 1890 bis 1944 (1984), Murswiek: Jagdrecht. Textausgabe (1988)

**Herr Montkowski, Penzlin**

Brehm-Gedächtnisstätte zu Renthendorf (1974)

**Herr W. Nedon, Halle/Saale**

Foto- und Filmdokumentation „Hochwasser im Tal der Lauter“

**Herr J. Neumann, Neubrandenburg**

Seevögel (Band 28, 2007)

**Herr. Dr. E. Nowak, Bonn**

Sonderdrucke N. Gladkov

**Herr H. Olejnik, Stralsund**

Unterlagen zur Naturschutzarbeit in den Nordbezirken der DDR, Gedanken zum Entwurf des Landeskulturgesetzes, Vortragsmanuskripte, Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen Stadtkreis Stralsund von 1940, Merkblätter zur Naturschutzarbeit, Skript - Nehls, Preuß: Landeskultur und Naturschutz – Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung (1970)

Literatur zu Natur- und Umweltschutz, u.a.: France: Denkmäler der Natur (1910), Reichstelle für Naturschutz: Taschenbuch der in Deutschland geschützten Pflanzen (1936), Knapp: Die Pflanzengesellschaften Mitteleuropas (1948), Schoenichen: Der Umgang mit Mutter Grün (1951), Klub Junger Agronomen: Leben und Werke Mitschurins, Lyssenkos und Wiljams (1952), Junge Agronomen helfen bei der Landschaftsgestaltung (1954), Durch unsere schöne deutsche Heimat. 12 Wanderrouten durch die Deutsche Demokratische Republik (1956), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Das Naturschutz- und Forschungsgebiet Serrahn (1959), Deutscher Kulturbund: 4000 km Hauptwanderwege der DDR (1960), Gilsenbach: Die Erde dürstet (1961), Birkfeld, Suhr: Landschaftsschutzgebiet Leipziger Auewald (1962), Dost: Rügen. Die Grüne Insel und ihre Naturschutzgebiete (1965), Perspektivprogramm zur Entwicklung des Erholungsgebietes Mittleres Ilmtal im Landkreis Weimar (1965), Grundsatzregelung zur Sicherung einer planmäßigen Entwicklung der Erholungsgebiete (1966), Deutscher Kulturbund: Botanik, Mykologie, Orchideen, Kakteen. Hinweise für Fachgruppen und Interessenten (1968), 2. Kolloquium Naturschutz im Ostseeraum (1969), Referate und Diskussionsbeiträge des 1. Landeskulturtages des Bezirkes Gera (1971), 3. Kolloquium Naturschutz im Ostseeraum (1971), Nationalrat der Nationalen Front: Umweltschutz zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen – Sache der ganzen sozialistischen Gesellschaft! (1973), Heimatkalender Kreis Eberswalde (1980), Dendrologischer Wegweiser durch den Tierpark Stralsund (2004)



Zahlreiche Einzelhefte der Zeitschriften Mecklenburgische Monatshefte; Natur und Heimat, Urania, Naturschutz und Landschaftsgestaltung im Bezirk Magdeburg, Märkische Heimat, Naturschutzarbeit und naturkundliche Heimatforschung in den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Naturschutzarbeit in Mecklenburg, Natur und Umwelt

**Hr. Dr. K.-F. Ortmann, Rostock**

Rat des Bezirkes Rostock: Ein Beitrag zur Perspektivplanung der Sandboden-LPG „Neue Heimat“, Bannemin-Mölschow, Kreis Wolgast (1961), Rat des Bezirkes Rostock: Bewertung und Vergütung der Arbeit nach der Leistung in der LPG (1961), DAL: Einschätzung der Anbauwürdigkeit der wichtigsten Feldfrüchte auf der Grundlage von Qualität, Leistung, und AKh-Aufwand bei einem Anbau auf den mittleren und bessern Bodenarten in den 3 Nordbezirken der DDR (1970)

Zeitschrift Die Deutsche Landwirtschaft (komplette Jahrgänge 1951, 1960-1967), Kooperation (Jahrgänge 1967-69)

**Herr Patzer, Torgelow**

Wieble: Aus dem Spinnenleben wärmerer Länder (1954), Dost: Die Vögel der Insel Rügen (1959), Geiler: Allgemeine Zoologie (1960), Stresemann: Exkursionsfauna. Wirbellose I (1961), Fachkommission Biologie: Zoologie, Fachworterklärungen (1962), Tembrock: Grundlagen der Tierpsychologie (1964), Hennig: Wirbellose II (1964), Stresemann: Exkursionsfauna. Wirbellose I/2 (1964), Freye: Repetitorium der Zoologie (1965), Hennig: Wirbellose I (1967), Herzog: Anatomie und Flugbiologie der Vögel (1968), Metzger: Die Ordnungen und Familien der einheimischen Insekten (1968), Makatsch: Verzeichnis der Vögel Deutschlands (1968), Metzger: Zoologischer Exkursionsführer (Glowe und Umgebung) (1969), Stresemann: Exkursionsfauna. Wirbellose II/2 (1969), Erdmann: Einführung in die Zoologie für Landwirte und Tierärzte (1970), Pädagogische Hochschule Potsdam: Anatomie und Biologie des Menschen (1971), Geißler: Meyers Taschenlexikon Molekularbiologie (1972), Heberer: Der Ursprung des Menschen (1972), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Das Naturschutzgebiet Serrahn (1975), Krägenow, Kremp: Die Vögel des Kreises Waren (1976), Kintzel, Mewes: Die Vogelwelt des Kreises Lübz (1976), Boekh: Nervensysteme und Sinnesorgane der Tiere (1978), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Fledermausschutz und Fledermausforschung im Bezirk Neubrandenburg (1978), Heß: Entwicklungsphysiologie der Pflanzen (1981), Makatsch: Verzeichnis der Vögel der Deutschen Demokratischen Republik (1981), Ritter: Humangenetik. Grundlagen – Erkenntnisse – Entwicklungen (1981), Emschermann: Entwicklung. Grundlagen – Erkenntnisse der tierischen Fortpflanzung und Ontogenie (1981), Heß: Genetik. Grundlagen – Erkenntnisse. Entwicklungen der modernen Vererbungsforschung (1982), Lamprecht: Verhalten. Grundlagen – Erkenntnisse, Entwicklungen der Ethologie (1982), Frey: Aquarienpraxis kurzgefaßt (1982), Knorre et al.: Die Vogelwelt Thüringens (1986), Herrmann: Die Menschwerdung (1988), Flindt, Kalusche, Kunsch: Basiswissen Biologie, Band 1 bis 3 (1989), Naturschutzgebiete und Naturdenkmale der Inseln Rügen und Hiddensee (1989), Plath: Die Vögel der Stadt Rostock (1990), Vökler: Die Vogelwelt des Kreises Bad Doberan (1994)

Zahlreiche Einzelhefte der Zeitschriften und Schriftenreihen: Schriftenschau für den Feldherpetologen, Seevögel, Naturschutz in der DDR, Natur und Naturschutz in Mecklenburg, Botanischer Rundbrief für den Bezirk Neubrandenburg, Zoologischer Rundbrief für den Bezirk Neubrandenburg, Mitteilungen der Interessengemeinschaft Avifauna DDR, Labus, Naturkundlicher Rundbrief für den Bezirk Neubrandenburg

**Herr H. Quitt, Wernigerode**

Zahlreiche Broschüren zu Landschaftstagen

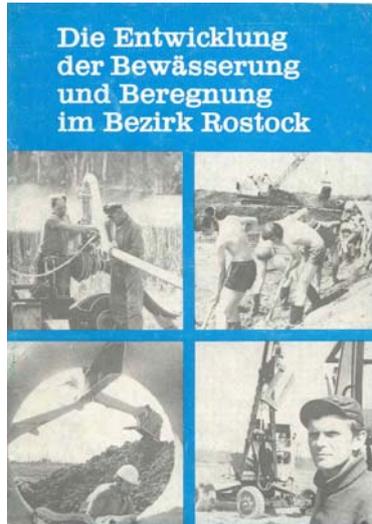
Unterlagen zu Landschaftspflegeplänen, Behandlungsrichtlinien usw.

**Herr Dr. H. Reichelt, Berlin**

Fotos zur Wirtschaftszweigkonferenz Melioration

**Herr Dr. L. Reichhoff, Dessau**

Literatur zu Natur- und Umweltschutz, Garten- und Landschaftsarchitektur, u.a. Crome: Ausgestorben – vom Aussterben bedroht (1967), Geschützte Natur im Kreis Wittenberg (1976), Kurth: Mehr Brot durch Chemie (1976), Djoshkin: Leben und Umwelt (1978), Akimuschkina: Vom Aussterben bedroht? (1981), Hartmann, Wilde: Wie man reich wird. Nachdenken über Bedürfnisse (1982), Kühne: Haus und Landschaft (1985), Reuter: Landschaftsschutzgebiete des Bezirkes Halles (1986), Rat des Saalkreises: Geschützte Natur im Saalkreis (1986), Reichhoff: Zwischen Wörlitz und Mosigkau (1990), Heft 1 bis 3 Veröffentlichungen der LPR Landschaftsplanung Dr. Reichhoff GbR, Staatliche Schlösser und Gärten Sachsen Anhalt: Das Gartenreich an Elbe und Mulde (2004), BHU: Weißbauch der historischen Gärten und Parks in den neuen Bundesländern (2005),

**Herr. J. Reiß, Erfurt**

Materialien zum VE Meliorationskombinat Erfurt: Betriebsgeschichte bis 1963 (Manuskript), Betriebschronik 1945 bis 1982 (3 Bände), Betriebskollektivverträge, Führungskonzeption des

Kombinatsdirektors, Grußadresse des Ministers für Wasserwirtschaft und Melioration der Republik Litauen (1988), Reiß: Das VE Meliorationskombinat Erfurt. Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit 1963-1990. Ein geschichtlicher Abriss (2008)

**Herr H. Rogge, Magdeburg**

Unterlagen zur Wasserwirtschaft, darunter u.a. Unterlagen zur Tätigkeit des BFA Wasser in der GNU im Bezirk Magdeburg, Verfügungen und Mitteilungen des MfUW, Lehrmaterial und Lehrbriefe

**Frau K. Rohde, Wackerow**

1,5 laufende Meter Archivalien zur und aus der Arbeit des ehem. KNB Gunther Rohde, zahlreiche Plakate und Bildtafeln

Literatur zu Natur- und Umweltschutz, u.a.: Schreiber: Vergletscherung und Moorbildung in Salzburg (1912), Auer: Zur Kenntnis der Stratigraphie der Mittel-Österbottischen Moore (1921), Bergmann: Die Exkursion des Schwedischen Forstvereins nach Deutschland im Sommer 1926 (1927), Keilhack: Naturgeschichte des Roten und Schwarzen Moores in der Rhön (1929), Döring: Naturbeobachtungen (1933), Lindner: Die Felsenburg Rathen bei der Bastei (1937), Herter: Von den Wirbeltieren in und um Berlin (1947), Brüne: Die Praxis der Moor- und Heidekultur (1948), Heger: Lehrbuch der forstlichen Vorratspflege (1950), Lindquist: Forstgenetik im schwedischen Waldbau (1951), Wagenknecht: Aufforsten planmäßig durchgeführt (1952), Erteld: Vorratsbehandlung und Ertrag im Wald (1952), Krutzsch: Waldaufbau (1952), Hueck: Deutsches Moorland (1953), Lutz: 25 phänologische Beobachtungen an Pflanzen und Tieren (1953), Forstwirtschaft, Lehrtexte für den Russischunterricht an Universitäten und Hochschulen (1954), Hinze: Unser Biber (1960), Kräuter: Tabellenwerk und Graphika zum Waldhöhenarifsystem (1960), Forstwirtschaftliches Institut Potsdam: Tafeln für die Schätzung der Werte von Waldbeständen (1965), Robel et al.: Forsttechnik (1966), Blechschmidt et al.: Waldbau (1967), Sager: Naturgewalt Meer (1972), Kulturbund, BV Rostock: Konzeption zur Intensivierung der Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR (1983), Wunderlich: Umwelt im Wandel (1984), Kosing: Sozialismus und Umwelt (1988), Landschaftspflege und Naturschutz im Raum Güstrow (1991), Havenstein: Im Reich der Stille. Exkursionen durch Moore Ostvorpommerns (1996), Handbuch der Naturschutzgebiete der DDR Band 1 bis 5, Lehrbriefe für das Fernstudium: Forstliche Bodenkunde, Forstliche Zuwachs- und Ertragskunde, Waldbau, Landeskultur und Umweltschutz, Forstliche Werkzeug- und Maschinenkunde Forstliche Standortkunde, Forstnutzung

Zahlreiche Einzelhefte und zum Teil komplette Jahrgänge der Zeitschriften und Schriftenreihen: Naturschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Archiv der Freunde der Naturgeschichte in Mecklenburg, Mitteilungen der Floristisch-soziologischen Arbeitsgemeinschaft, Geographische Berichte



**Frau D. Rumpft, Zingst**

DAL: Die Naturschutzgebiete der DDR (1964), Klinz: Gesetze für den Handgebrauch im Naturschutz. Band 1 und 2 (1960)

Einzelhefte der Zeitschriften Neue Mecklenburgische Monatshefte, Natur und Heimat, Natur und Naturschutz in Mecklenburg, Naturschutzarbeit in Mecklenburg, Naturschutzarbeit und naturkundliche Heimatforschung in den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

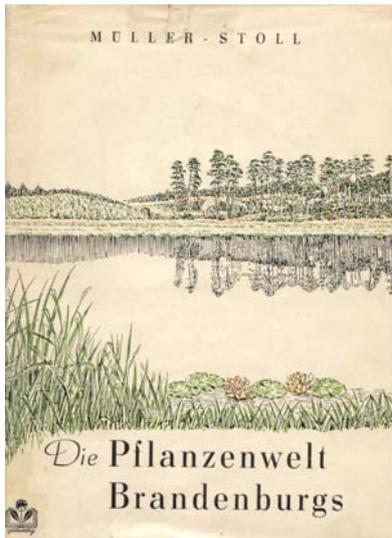
**Herr Dr. H. Rupp, Potsdam**

Zeitungsausschnitte zum Natur- und Umweltschutz

**Herr H. Ruthenberg, Neubrandenburg**

1,5 laufende Meter Archivalien zum Naturschutzgebiet Nonnenhof sowie zur Arbeit der Fördergemeinschaft NSG Nonnenhof e.V.

Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen, Ausgaben des heimatkundlichen Jahrbuches des Bezirkes Neubrandenburg sowie Literatur zu Naturschutzthemen, u.a.: France: Urwald (1928), Schomburg: Pulsschlag der Wildnis (1956), Müritzmuseum Waren: Wanderwege an der Müritz (1957), Raths, Biewald: Tiere im Experiment (1970), Krägenow, Schwarz: Die Vogelwelt des Kreises Röbel (1970), 3. Kolloquium Naturschutz im Ostseeraum (1971), Krägenow, Kremp: Die Vögel des Kreises Waren (1976), Dittberner, Hoyer: Die Vogelwelt der Inseln Rügen und Hiddensee (1993)

**Herr Dr. P. Sacher, Abbenrode**

Schutzgebiete der Ukraine und Moldawiens (1987)

**Herr K.-E. Sauerland, Rostock**

Mappe mit Zeitungsartikeln von Karl-Ernst Sauerland aus dem ehemaligen Kreis Sternberg

**Herr R. Schmidt, Guben**

Plakette 25 Jahre DDR Kulturbund der DDR, Kreisleitung Guben, Münze Zentrale Münzausstellung der DDR 1971, Münze 750 Stadtrecht Guben, Münze Kulturbund, Rat der Stadt Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, 3 Münzen Blumenfest Berlin Weissensee, Naumann-Medaille, Plakette Sozialistische Landeskultur Deutscher Kulturbund 1972, Prägungen Bezirksmünzausstellung Cottbus 1971, 1974, 2 Anstecker 6. Tagung Wasservogelforschung in Dresden, Schachtel mit 11 Ehrennadeln und Abzeichen (Naturschutz, DKB, Für heimatkundliche Leistungen)

Mappe mit 18 Urkunden Rudolf Schmidt, Christel Schmidt, FG Ornithologie und Vogelschutz Guben, Avifaunistischer Arbeitskreis der Niederlausitz sowie mit 3 Teilnahmebestätigungen an Lehrgängen Rudolf Schmidt, Mappe mit Klebemarken und Aufklebern

Unterlagen 2. Tagung Wasservogelforschung und Wasservogelschutz in der DDR, Unterlagen 3. Tagung Wasservogelforschung und Wasservogelschutz in der DDR, Unterlagen 5. Tagung Ökologie und Schutz der Wasservögel und ihrer Lebensräume, Unterlagen 6. Tagung Wasservogelforschung und Schutz von Feuchtgebieten, Unterlagen 16. Ornithologentagung des Bezirkes Dresden, 3. und 4. Rundbrief DKB, BL Potsdam, Material zur Avifauna Brandenburgs Teil 1 bis 5, Niederlausitzer Ornithologischer Rundbrief Nr. 1 bis 59, Entwürfe zu Artbearbeitungen der „Vogelwelt Brandenburgs“ 1. Ausgabe, zahlreiche Rundschreiben der Interessengemeinschaft Avifaunistik in Berlin und den Brandenburgischen Bezirken, Rundschreiben der Zentrale für Wasservogelforschung Nr. 2 bis 10, Ornithologische Berichte für Berlin (West) Nr. 20 und 21

Actitis. Avifaunistische Mitteilungen aus den Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt (1966-1989), Der ornithologische Beobachter (1954-2001)

### **Herr J. Schneider, Leipzig**

MfUW: Hochwassermeldeordnung für die Mulde und ihre Nebenflüsse (1982), Amt für Wasserwirtschaft: Vortrag B. Paelchen „Die Durchführung des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens und die Erteilung wasserrechtlicher Zustimmungen“, Jubiläumsausgabe 100 Jahre Wasserwerk Naunhof, 75 Jahre Canitz (1988)

### **Herr H.-J. Schubert, Neubrandenburg**

Zahlreiche Biologie-Lehrbücher sowie weitere Literatur, u.a. Weber: Ratschläge und Winke für den Tabakpflanzer (1947), Schneider: 25 Versuche zum Verständnis der Lehre Mitschurins und Lyssenkos (1951), Von Pflanzen, Tieren und Menschen (1962), Rat des Bezirkes: 2. Umweltschutzkonferenz Bezirk Neubrandenburg (1981)

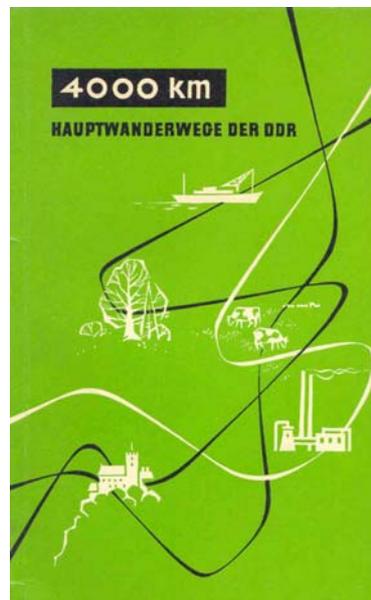
Zahlreiche Plakate

### **Herr H. Theiß, Bannewitz**

Archivalien zur Wasserwirtschaft

### **Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie**

10 Hefter mit Unterlagen des ILN Halle, Zweigstelle Jena: Personelles der AG Artenschutz des ILN (1979 bis 1989), Tierartenschutz allgemein (1979 bis 1989), Unterlagen zum Schwarzspecht (1980 bis 1982), Tagungen zum zoologischen Artenschutz (1984-1989), Unterlagen zu geschützten Tierarten (1976 bis 1984), Unterlagen zu Rauhfußhühnern (1979 bis 1987)



### Umweltbibliothek Leipzig

Literatur zum Natur- und Umweltschutz, u.a.: Scharfe: Die Abwasserreinigung (1952), Frommhold: Vom heimlichen Leben im Moor (1956), Schuster, Heine: Das Verfahren der chemischen Fällung zur Elimination der Phosphorverbindungen aus häuslichem Abwasser (1973), Verkehr und Umweltschutz, Internationale Transportannalen 1980, Bürger: Das Tier in unserer Umwelt (1985), Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft, Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst (1989), Umweltplakate Stadt Luzern (1993), Köhler (Hrsg.): Wachstum und Wachstumsgrenzen (1993), Kasek et al. (Hrsg.): Alternative Energiewirtschaft: Möglichkeiten und Probleme (1997), Erni: Geschriebene Landschaft (2000), Niessing: Rekultivierung von Rückstandshalden der Kaliindustrie (2005)

### Frau S. Valtin, Neubrandenburg

Unterlagen (vom ehem. KNB) Fred Valtin zur Diplomarbeit „Hydrologie des Schwarzagebietes“

### Frau E. Waack, Rostock

2 laufende Meter Archivalien zur Arbeit des Parkaktivs Rostock zur Grün- und Erholungsplanung Rostock-Stadt und Rostock-Land, 1000 Dias

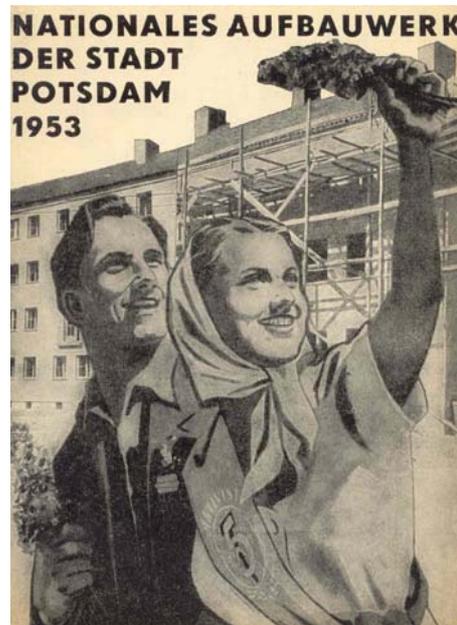
Borgmann: Die Begründung und Erziehung von Holzbeständen (1920), Marshall: Spaziergänge einer Naturforschers (1922), Thiede: Deutsche Bauernhäuser (1934), Foerster: Garten als Zauberschlüssel (1935), Mütze: Stauden (1936), Petersen: Die Gräser als Kulturpflanzen und Unkräuter auf Wiese, Weide und Acker (1949), Foerster: Neuer Glanz des Gartenjahres (1952),



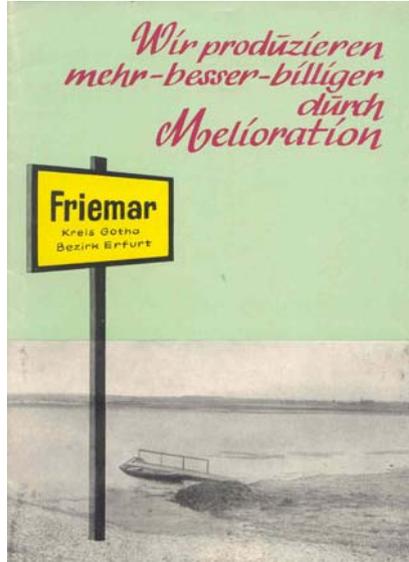
Schmitt: Der Park und sei Leben (1952), Steffen: Handbuch der Marktgiärtnerei (1953), Schramm: Baulehre der Gartenanlagetechnik (1954), Greiner Hoffmann: Fragen der Grünplanung im Städtebau (1955), Krüssmann: Die Nadelgehölze (1955), Allinger: Schöne Wohngärten in Stadt und Land (1955), Foerster: Blauer Schatz der Gärten (1955), Lein: Bäume und Sträucher im Wörlitzer Park (1957), Vulpius: Der Goethepark in Weimar (1957), Görzitz: Laubgehölze für Gärten und Landschaft

(1957), Eiselt: Die wichtigsten immergrünen Laubgehölze (1957), Foerster: Der Steingarten der sieben Jahreszeiten (1957), Krüssmann: Taschenbuch der Gehölzverwendung (1958), Schiller: Gartengestaltung (1958), Kleine Enzyklopädie Land, Forst, Garten (1959), Jelitto: Taschenbuch der Staudenverwendung (1959), Pritsch: Verbesserung der Bienenweide (1959), Pilz: Sanssouci (1960), Gandert: Rasen, Bedeutung, Anlage, Pflege (1960), Grunert: Kletterpflanzen (1961), Bochnig: Grundriß der Landschaftsgestaltung (1962), Bauer: Der Grüne Ozean. Von Wäldern und Waldregionen der Erde (1963), Reimann: Fachwerkbauten (1964), Piltz: Schlösser und Gärten (1964), Seyffert: Stauden Für Natur- und Steingärten (1965), Baumgarten: Das Bauernhaus in Mecklenburg (1965), Weymar: Buch der Doldengewächse (1966), Kürth, Kutschmar:

Baustilfibel (1967), Grunert: Das große Blumenzweibelbuch (1968), Eiselt: Bodenbedeckende Pflanzen (1968), DKB: Gehölzkunde und Parkpflege (1968), Ehler, Dickwach: Sport- und Spielgeräte aus Stämmen und Balken (1969), Rat der Stadt Rostock: Stadtzentrum Rostock – Planung und Aufbau (1969), Schüttauf: Parke und Gärten in er DDR (1969), Schubert: Wiesenblumen (1969), Schubert: Alpenblumen (1969), Luthard: Holzbewohnende Pilze (1969), Lobeck, Meincke: Wald, Hecke, Strand (1969), Kulturhistorisches Museum Rostock: Rostocker Stadtgeschichte (1970), Günther: Gehölze in den Gärten von Sanssouci. Dendrologischer Führer (1970), Grümmer: Im Ringe um die Nahrung (1970), Elze: Ein Naturlehrpfad durch de Branitzer Park (1971), Lässig et al.: Straßen und Plätze. Beispiele zur Gestaltung städtebaulicher Räume (1971), Richter: Sozialistische Gesellschaft und Territorium in der DDR (1972), Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher: Sozialistische Landeskultur und Umweltschutz. Bestandteil der Allgemeinbildung und des Biologieunterrichts (1972), Hilprecht: Der klingende Park (1972), Miessner: Das Heidegartenbuch (1972), Bursche: Wasserpflanzen (1973), Hellyer: Bunte Sträucher im Garten (1973), Weymar: Buch der Rosengewächse (1973), Meißner, Funck: Schöne Grünanlagen in Städten und Gemeinden (1974), Müller: Pflanzenschutz bei Blumen und Zierpflanzen (1974), Haenchen, Haenchen: Das neue Rosenbuch (1974), Seyffert: Sommerblumen (1975), Keller: Kleine Geschichte der Gartenkunst (1976), Gandert, Schnabel: Rasen für Sport und Spiel (1976), Dörter: Süßgräser (1976), Delenk: Bau und Unterhaltung von Grünanlagen (1977), Heynert: Botanische Kostbarkeiten (1977), Günther, Harksen: Bestandskatalog der Lennepläne. Teil 1 Potsdam und Umgebung (1978), Grunert: Balkonblumen (1979), Günther: Schöne Blütengehölze (1979), Rössing, Piltz: In Parks und Gärten (1980), Kabisch, Hemmerling: Tümpel, Teiche und Weiher – Oasen in der Landschaft (1981), Türich: Botanik im Gartenbau (1981), Staatliche Kunstsammlungen Dresden: Schloß- und Parkansichten der Stadt Puschkin (1982), TU Dresden: Forstlicher Wanderpfad Grillenburg (1982), Needon et al.: Pflanzen und Tiere. Ein Naturführer (1982), Giersberg: Sanssouci im Luftbild (1982), Rat der Stadt Schwerin: Flora des Stadt- des Landkreises Schwerin. Teil 1 und 2 (1982), Wagenbreth, Steiner: Geologische Streifzüge (1982), KB der DDR, ZAK Rhododendron: Ratschläge für den Rhododendronfreund (1982), Foerster, Rostin: Ein Garten der Erinnerung (1982), Mecklenburgisches Folklorenzentrums: Kleine Mecklenburgische Bauernhaus-Fibel (1982), Cejka, Vanek: Steingärten. Anlage und Pflege (1983), Bringezu: Grundlagen der Gehölzproduktion (1983), Schuster, Sommer: Sumpf- und Wasserpflanzen für Garten und Landschaft (1984), Grunert: Gartenblumen von A bis Z (1984), Diener: Drogen in Übersichten (1984), Kaufmann: Grundlagen der Zierpflanzenproduktion (1984),



Kettner: Grundwissen für Imker (1985), Günther: Peter Joseph Lenne. Gärten, Parke, Landschaften (1985), Rat der Stadt Schwerin: Landschaftspark Sachsenberg (1985), Pritsch: Bienenweide (1985), Succow, Jeschke: Moore in der Landschaft (1986), Institut für Kommunalwirtschaft: Stauden. Verwendung, Pflanzung und Pflege, (1987), Baumgarten, Heim: Landschaft und Bauernhaus in Mecklenburg (1987), Hirsch: Deassau – Wörlitz. Aufklärung und Frühklassik (1987), Kulturbund der DDR: 6. Bezirksfachtagung Denkmalpflege (1987), Museum der Stadt Neustrelitz: Parklandschaft Hohenzieritz (1988), von Buttlar: Peter Joseph Lenne. Volkspark und Arkadien (1989), Hirschfeld: Theorie der Gartenkunst (1990), Parklandschaft Basedow (1989), Rose: Gärten im englischen Stil (1990), Brown: Kunst und Architektur englischer Gärten (1991),



Sobotka: Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern (1993), Vercelloni: Historischer Gartenatlas. Eine europäische Ideengeschichte (1994) Gothein: Geschichte der Gartenkunst. Band 1 und 2 (1997), Zerwer: Der dendrologische Park Blücherhof (1998)

Mitteilungen der Deutschen Dendrologischen Gesellschaft (1926, 1928, 1929, 1930, 1931), Einzelhefte der Zeitschriften Rostocker Hefte, Der Holznagel sowie Zeitschrift Deutsche Gartenarchitektur - Landschaftsarchitektur (1963 bis 1984), Garten +Landschaft. Zeitschrift für Landschaftsarchitektur (komplette Jahrgänge 1985-1997)

#### **Herr W. Walenta, Rostock**

6 Manuskripte von Zeitzeugenberichten

Staatliches Komitee für Meliorationen: Wege und Methoden zur Erhöhung der Effektivität von

Meliorationen (1971), Staatliches Komitee für Meliorationen: Ergebnisse und Wirkungen von Be- und Entwässerungsvorhaben bei der weiteren Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, Staatliches Komitee für Meliorationen: Hohe und stabile Erträge – durch Meliorationen (1970), VEB Landbauprojekt Potsdam: Katalog Anlagen und Bauwerke der Güllewirtschaft (1976), NABU: Die Lewitz. Ein Lebensraum im Wandel der Zeit (2002)

#### **Herr G. Waligora, Berlin**

Ausstellung „Liepe – wie wir es erlebten“ (Tafeln der Ausstellung zzgl. Einladungen, Gästebücher aus den Jahren 1988, 1994, 2008)

#### **Herr Dr. U. Wegener, Halberstadt**

Ordner mit Unterlagen zum 1. bis 4. Landschaftstag Harz und Landschaftstag Huy

Literatur zu Natur- und Umweltschutz, u.a. Graf: Ökonomie und Ökologie der Landnutzung (1984), Weinitschke: Naturschutz und Landnutzung (1987), Orchideen. Bildtafeln mitteleuropäischer Arten, Formen und Bastarde Teil 1 und 2 (1984)

#### Herr Dr. W. Wendt, Aschersleben

4 Ordner zum Naturschutz im Kreis Aschersleben

#### Herr Dr. H. Wohlgemuth, Berlin

Hefte 1 bis 13 der Zeitschrift Umweltpanorama

#### Herr Dr. H. Wollert, Teterow

Karte NSG der DDR, Gesetzblätter, Beschlüsse des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, Gehölzschutzordnung Kreis Teterow, Beschlussvorlage Rat des Kreises Teterow zu ökologisch besonderen Bereichen, FND sowie ND Liste der bestehenden Schutz- und Schongebiete Kreis Teterow, Naturdenkmale des Kreises Teterow Aufstellung geschützte Objekte Kreis Teterow, Verzeichnis ND und FND Kreis Teterow, Aufstellung und Karte besonders wertvoller Alleen Kreis Teterow, Empfehlung zur Erarbeitung von Flurgestaltungskonzeptionen, Richtlinie zur Wahrnehmung von Naturschutzaufgaben durch die staatlichen Forstbetriebe

#### Frau I. Wolter, Neubrandenburg

Blanckmeister: Mathematischer und physikalischer Grundriss für Forstwirte (1957), Zimpel, Noack, Römpler, Sir: Jagd und Wild (1959), Mevius: Taschenbuch der Botanik, Erster Teil (1961), Demartini, Stepanek: Federwild in Wort und Bild (1962), Hilprecht: Nachtigall und Sprosser (1965), Erteld, Hengst: Waldertragslehre (1966), Lemke, Stoy: Jagdliches Brauchtum (1971), Fischer, Schumann: Ansprechen des Rehwildes (1972), Fischer, Schumann: Ansprechen des Schwarzwildes (1972), Stubbe: Buch der Hege, Band II: Federwild (1973), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Das Naturschutzgebiet Serrahn (1975), Thomasius: Wald. Landeskultur und Gesellschaft (1978), Meynhardt: Schwarzwildreport (1978), Schrötter: Deutsches Forstwesen in Böhmen, Mähren und Schlesien (1993)

#### Herr H. Zänker, Erfurt

Grundwassererschließungsordnung im Bezirk Erfurt (1978), Ordnung zur Übergabe und Übernahme von fertig gestellten Vorhaben der Trinkwasserversorgung, Kanalisation und Abwasserbehandlung in ländlichen Gebieten des Bezirkes Erfurt (1984), Ordnung über die schadlose Beseitigung nicht nutzbarer Abprodukte im Bezirk Erfurt (1984), Programm zum Schutz der Trinkwasservorräte und zur Sicherung einer TGL-gerechten Trinkwasserversorgung sowie zur



Verbesserung der Abwasserableitung und -behandlung in den Städten und Gemeinden im Bezirk Erfurt im Fünfjahrplanzeitraum 1985 - 1990 (1985), Einschätzung zur Wasserversorgung mit Selterswasser für Kleinkinder im Bezirk Erfurt (1986), Information über die Ergebnisse und Erfahrungen bei der Durchsetzung der rationellen Wasserverwendung im Bezirk Erfurt (1987), Maßnahmen zur Unterstützung des VEB WAB Erfurt bei der Lösung der Versorgungsaufgaben in der Wasserversorgung und Abwasserableitung und -behandlung im Bezirk Erfurt im Zeitraum 1986-1990 (1987), Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Winter/Frühjahr 1988/89 im Bezirk Erfurt (1988), Maßnahmen zur Durchführung des Hochwasserschutzprogramms im Bezirk Erfurt für den Zeitraum 1988-1995 (1988), Weitere Maßnahmen zur Durchsetzung des Programms zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung und Abwasserableitung und -behandlung in ländlichen Gebieten des Bezirkes Erfurt 1988-1990 (1988, 1989), Bezirksverwaltungsbehörde Erfurt: Umweltsituation im Bezirk Erfurt 1980-89, NWA GmbH Erfurt: Handlungskonzept zur Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in Nordthüringen (1990), Information über die Lage auf den Deponien im Bezirk Erfurt (1990)

## Nachlass des Bauernhausforschers Karl Baumgarten an Hochschule Neubrandenburg



Dr. Karl Baumgarten. Foto: StUg  
Nachlass Baumgarten

Die Hochschule Neubrandenburg erhielt kürzlich aus den Händen von Frau Sigrid Baumgarten den bibliothekarischen und archivarischen Nachlass ihres Vaters, des auch international renommierten mecklenburgischen Bauernhausforschers Dr. Karl Baumgarten.

Karl Baumgarten hat wie kein anderer die mecklenburgischen Bauernhäuser in ihrer Beziehung zur Landschaft und zu den sozialen Verhältnissen erforscht. Die Freilichtmuseen in Mecklenburg gehen auf seine Initiative zurück.

Baumgarten wurde am 5.2.1910 in Wismar geboren. Er lernte am Gymnasium in Waren bei Prof. Richard Wossidlo und studierte später am Pädagogischen Institut der Universität Rostock Geschichte und Biologie. Nach seinem Examen 1931 war er Lehrer an verschiedenen Schulen in Mecklenburg, u.a. in Federow im damaligen Kreis Waren. Dort fing er an, seinem Interesse am ländlichen Bauwesen, das Ende der 1920er Jahre durch den Hausforscher Prof. Folkers, der an der Universität Rostock einen Lehrauftrag wahrnahm, geweckt worden war, nachzugehen.

Baumgarten veröffentlichte seit Anfang der 1940er Jahre hauskundliche Aufsätze. 1956 erschien unter dem Titel „Das Land der Schwarzen Bauern“ sein Heimatbuch über den Hägerort, die Landschaft zwischen Unterwarnow und Kühlung. Durch diese Arbeiten bekannt geworden, wurde er 1957 an das Wossidlo-Archiv in Rostock berufen, das er von 1959 bis 1975 leitete und das heute vom Institut für Volkskunde der Universität Rostock betreut wird. 1961 promovierte er mit dem Buch „Zimmermannswerk in Mecklenburg – Die Scheune“ und widmete sich dann vor allem der Erforschung des Bauernhauses in Mecklenburg. Jahre lang inventarisierte er hunderte von Bauernhäusern als Beispiele für die verschiedenen heimischen Bauernhaustypen

und veröffentlichte verschiedene Bücher wie „Das Bauernhaus in Mecklenburg“ (1965) oder „Hallenhäuser in Mecklenburg“ (1970) und viele Aufsätze. Er beschäftigte sich darin vor allem auch mit dem wirtschaftlich, kulturell oder sozial bedingten Wandel der bäuerlichen Nutzungsansprüche. Auch im Ruhestand forschte und publizierte er weiter. So erschienen die Bücher „Das deutsche Bauernhaus“ (1985) und „Landschaft und Bauernhaus in Mecklenburg“ (1987).



Abbildung: Dorfansicht, Skizze von Karl Baumgarten (Nachlass Baumgarten)

Gleichzeitig bemühte sich Baumgarten mit großem Einsatz um die Erhaltung der baulichen Zeugnisse ländlicher Volksarchitektur in Mecklenburg und Vorpommern. Große Verdienste erwarb er sich dabei um die Einrichtung der Freilichtmuseen Klockenhagen, Alt-Schwerin oder Schwerin-Mueß, für deren Begründung er die erforderlichen Gutachten schrieb und praktische Ratschläge gab, und weite Verbreitung erfuhr die „Kleine Mecklenburgische Bauernhaus-Fibel“, die bis 1990 in drei Auflagen erschien. Karl Baumgarten starb am 16. Oktober 1989 in Rostock.

Bei dem nun der Hochschule Neubrandenburg übergebenen Nachlass handelt es sich um ca. 1.200 Bücher zur Hausforschung, die eine einzigartige Spezialbibliothek darstellen und als Sondersammlung in die Hochschulbibliothek eingegliedert werden, sowie um einen ca. 5 laufende Meter umfassenden Archivbestand mit wissenschaftlicher Korrespondenz, handschriftlichen Aufzeichnungen, Skizzen, Zeichnungen, Plänen, Fotos, Dias sowie das zum Teil selbst hergestellte Werkzeug, mit dem Karl Baumgarten Bauernhäuser aufmaß. Auch die zahlreichen Auszeichnungen (Urkunden; Ehrenplaketten und -medaillen) finden sich im Nachlass, darunter der Kulturpreis des Bezirks Rostock 1983. Der archivalische Nachlass soll in den Bestand und in das Findbuch des Studienarchivs Umweltgeschichte integriert werden.

## Neue Bücher

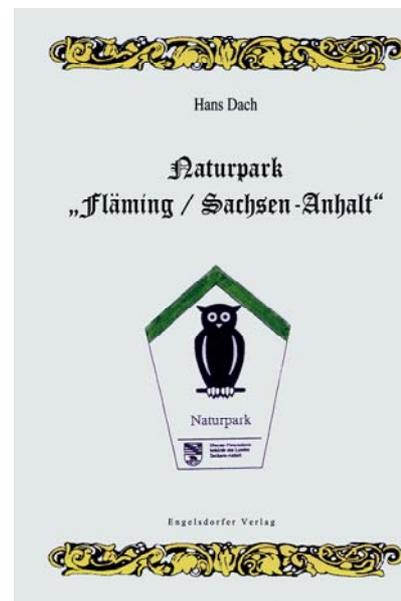
### **Dach, H.: Entdeckungen zwischen Elbe und Fläming, Landkreis Anhalt-Zerbst und angrenzendes Wandergebiet. Engelsdorfer Verlag Zerbst**

„Wandern Sie! Wer wandert, nimmt sich Zeit für die Vielseitigkeit seiner Umgebung. Die bei einer Wanderung gesammelten Eindrücke hinterlassen bleibende Erinnerung und ein neues Lebensgefühl.“ – Das ist das Motto des Autors des vorliegenden Wander- und Heimatführers, des ehemaligen Kreis-Wanderwege-Meisters Hans Dach, der zugleich Spender umfangreicher Materialien für das Studienarchiv Umweltgeschichte ist. Das Wanderbuch gibt Wanderfreundinnen und Wanderfreunden viele Anregungen zum persönlichen Erkunden in der Region Dessau bis in dem „Naturpark Fläming“ des Landes Sachsen – Anhalt und Brandenburg.

Unter der Leitung des Autors (bis 1997 ehrenamtlich bestellter Kreiswegemeister des Landkreises Anhalt-Zerbst) entstanden 138 Wanderwege mit einer Weglänge von 1.663,4 km. Alle aufgeführten Wanderwege wurden persönlich erwandert. Wanderwege aus früheren Zeiten wurden aktualisiert (Wanderwege einst und heute).

### **Dach, H. 2006: Naturpark Fläming/Sachsen-Anhalt. Engelsdorfer Verlag. Leipzig. 38,- Euro. ISBN 978-3-86703-125-7 ISBN 3-86703-125-8**

Der Autor beschreibt die Entstehungsgeschichte des Naturparks, Flora und Fauna, Naturlehrpfade, Flämingbäche, Naturdenkmale, Wanderwege und Ortschaften im Naturpark.



# STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE



Umwelt hat Geschichte!

## Archiv und Bibliothek

**Wir sammeln Archivalien (Akten, Aufzeichnungen u.Ä.), Dias, Fotos, Schriftgut jeglicher Art (Bücher, Zeitschriften), Musealien (Abzeichen, Plaketten, usw.) zu den Bereichen:**

- Bürgerliche und proletarische Heimat-, Naturschutz- und Wanderbewegung vor 1945
- Naturschutz, Umweltpolitik in der SBZ und DDR,
- Natur- und Umweltschutzbewegung (Natur- und Heimatfreunde, Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR, kirchliche und oppositionelle Umwelt- und Naturschutzgruppen),
- Umwelt- und Naturschutzbewegung seit 1990 in den neuen Bundesländern.

Wenn Sie Quellen und Dokumente zu den genannten Themen haben und sie nicht mehr benötigen und die Zeugnisse Ihrer wissenschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzarbeit am richtigen Ort wissen wollen, dann ...

**Werfen Sie nichts weg und regeln Sie, wo Zeugnisse Ihrer Tätigkeit bleiben sollen.**

**Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns !**



**Institut für Umweltgeschichte  
und Regionalentwicklung e.V.**  
an der Hochschule Neubrandenburg

Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg

Tel.: 0395-5693 224 oder -255, Fax: 0395-5693 299

Internet: [www.iugr.net](http://www.iugr.net) Email: [info@iugr.net](mailto:info@iugr.net)

**Autoren**

Prof. Dr. Hermann Behrens, IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg,  
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Hans-Werner Frohn, c/o Stiftung Naturschutzgeschichte, Drachenfelsstr. 118,  
53639 Königswinter

Andreas Grape, IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubran-  
denburg

Prof. Dr. Mathias Grünwald, IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg,  
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Jens Hoffmann, IUGR e.V. an der Hochschule Neubrandenburg,  
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Peter Lösel, Kienbergstr. 62, 12685 Berlin

Dr. Eugeniusz Nowak, Langenbergsweg 77, 53179 Bonn

Dr. Walter Wallenta, Danziger Str. 61, 18107 Rostock

Dr. Uwe Wegener, Meisenweg 27, 38820 Halberstadt

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Impressum/ Danksagung</b>	2
Eugeniusz Nowak <b>Wie aus dem geplanten Leningrad-Übereinkommen die Ramsar-Konvention wurde ...</b>	3
Hermann Behrens <b>Fruchtbarer Streit um Aufsatz im Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 12 ... wird fortgesetzt</b>	8
Uwe Wegener <b>Naturschutzmanagement auf wissenschaftlicher Grundlage – neue Ansätze in der DDR in den Jahren 1970 bis 1989</b>	9
Hermann Behrens <b>Aus der Arbeit der Naturschutzbeauftragten im Altkreis Forst (Lausitz) nach dem Zweiten Weltkrieg</b>	14
Wilhelm Thürnagel <b>Organisation der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR - Erfahrungen und Schlussfolgerungen</b>	31
<b>Jubiläums-Spendertreffen 2007 und Einladung zum nächsten in Berlin am 23. Januar 2009</b>	55
Hans-Werner Frohn <b>Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte</b>	62
Hermann Behrens und Jens Hoffmann <b>Aus dem IUGR e.V.</b>	65
<b>Ein neues ehrgeiziges Vorhaben des IUGR e.V.:</b>	70
Peter Lösel <b>Der Klimawandel und die Folgen für die Wasserwirtschaft</b>	77
Walter Wallenta <b>Aktivitäten des Arbeitskreises Melioration</b>	83
Jens Hoffmann <b>Neuzugänge in das „Studienarchiv Umweltgeschichte“</b>	85
Autoren dieses Heftes	107